



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„NGOs als zivilgesellschaftliche Akteure in Ägypten –
zwischen Kooptation und Restriktion“

Verfasserin

Mag. Sherin Gharib

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Betreuer:

A 385
Diplomstudium Arabistik
Ao. Univ.-Prof. Dr. Herbert Eisenstein

بِسْمِ اللَّهِ الرَّحْمَنِ الرَّحِيمِ

Mein großer Dank gilt:

**meinen Eltern, Geschwistern und Freunden
für ihre immerwährende Unterstützung**

meinen Interviewpartnern

meinem Betreuer

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
1.1 Problem- und Fragestellung	7
1.2 Gliederung der Arbeit und Forschungsmethode.....	9
2. Zum Konzept der Zivilgesellschaft.....	12
2.1 Was ist „Zivilgesellschaft“?	13
2.2 Die Debatte um die Zivilgesellschaft im arabischen Raum	15
2.2.1 Die säkularistische Debatte	21
2.2.2 Die religiös geprägte Debatte und al- muğtama' al-ahlī:	26
2.3 Kritik am Konzept der Zivilgesellschaft	29
2.4 Das Konzept des „Korporatismus“	32
2.5 Sind arabische Staaten „uncivil“ societies?	34
2.6 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) als Beispiel zivilgesellschaftlicher Akteure... 36	
2.6.1 Definitionen und ihre Schwächen.....	36
2.6.2 Geschichtliche Entwicklung von NGOs	39
2.6.3 Mängel von NGOs.....	41
3. Historischer Abriss Ägyptens	43
4. Ägyptische Zivilgesellschaft im geschichtlichen Rückblick	47
4.1 Ägypten ab Muḥammad 'Alī – Liberale Ära für die Zivilgesellschaft?	47
4.2 Zivilgesellschaft in der Ära Ḡamāl 'Abd an-Nāṣir	52
4.3 Ära Sādāt – Infitāḥpolitik und eine kontrollierte Öffnung für zivilgesellschaftliche Akteure	56
5. Zivilgesellschaft ab der Ära M. Ḥusnī Mubārak.....	59
5.1 Formen von NGOs.....	61
5.1.1 Entwicklungsorganisationen (community development associations).....	62
5.1.2 Interessensorganisationen (advocacy organisations)	63
5.1.3 Islamische NGOs	65
5.1.4 Koptische NGOs	67
5.1.5 Businessvereinigungen	68
5.2 Gesetzgebung und rechtliche Grundlage.....	69
5.2.1 Verfassung 1971	69
5.2.2 Verfassung 2012	70
5.2.3 Gesetzeslage	72
5.2.4 Büro für Staatssicherheit	77
5.2.5 Ausnahmezustand	78
5.3 Interne Struktur und Mängel von NGOs.....	79
5.3.1 Generalversammlung und Vorstand	79
5.3.2 Beschäftigte, Volontäre und Mitglieder	82
5.3.3 Budget.....	84
5.3.4 Interne Defizite und Hürden.....	88
5.4 Beziehungen zwischen verschiedenen NGO-Typen.....	91
5.5 Analyse der Beziehungen zwischen Staat und NGOs – ein korporatistisches Modell? 92	
5.5.1 „Korporatismus“ am Beispiel Ägyptens	92

5.5.2	Dimensionen des Korporatismus und der Kooptation	95
5.5.3	„Korporatismus“ oder „Co-integrationism“?	99
6.	<i>Die Rolle von NGOs in der Post-Mubarak-Ära</i>	101
6.1	Einfluss von NGOs auf die ägyptische „Revolution“	101
6.2	NGOs nach dem ägyptischen Umsturz 2011	102
7.	<i>Zusammenfassende Schlussbetrachtungen</i>	106
8.	<i>Literaturverzeichnis</i>	110
9.	<i>Anhang</i>	115
9.1	Allgemeine Fakten	115
9.1.1	Key Indicators	115
9.1.2	NGO Law Monitor at a Glance	115
9.1.3	International Rankings	116
9.1.4	Legal Snapshot - International and Regional Human Rights Agreements	117
9.2	Interviewleitfäden	118
9.2.1	Interview Journalist, Maṣrī al-Yūm	118
9.2.2	Interview Kamāl Nabīl , Gründer und Leiter des Development and Institutionalization Support Center	119
9.2.3	Interview Esrāʾ ʿAbd al-Fattāh , Medienkoordinatorin, Egyptian Democratic Academy und politische Aktivistin	119
10.	<i>Abstract</i>	121
11.	<i>Curriculum Vitae</i>	123

1. Einleitung

1.1 Problem- und Fragestellung

„Der Begriff Zivilgesellschaft ähnelt einer Black Box. Jeder kann das sehen, was er darin sehen will“.

Dalāl al-Bizrī ¹

Dalāl al-Bizrī zeigt mit dieser Aussage die Komplexität des Konzeptes der Zivilgesellschaft auf. Der Terminus „Zivilgesellschaft“ ist sehr weitreichend. Er bezeichnet einen gesellschaftlichen Raum, der von der staatlichen sowie der wirtschaftlichen Sphäre unabhängig ist. Seine Organisationsformen umfassen Nichtregierungsorganisationen, wirtschaftliche Vereinigungen, Berufsverbände, aber auch soziale Bewegungen. Diese sind vom Staat als auch von nach Profit strebenden wirtschaftlichen Institutionen unabhängig. In einer zivilgesellschaftlichen Vereinigung versammeln sich Freiwillige, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen.²

Wie in seiner Feststellung bereits impliziert wird, ist das Konzept sehr umstritten: Während einige darin ein allheilendes Mittel für soziale Verwerfungen sehen, wird es von anderen stark kritisiert. So wird von einigen Wissenschaftlern die Zusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen mit internationalen Finanzinstitutionen oder ausländischen Geberorganisationen, aber auch mit staatlichen Akteuren kritisiert, und die Frage gestellt, inwiefern NGOs überhaupt unabhängig oder autonom sind. Auch interne Mängel lassen Fragen nach dem Nutzen zivilgesellschaftlicher Organisationen aufkommen. Auf der anderen Seite wird eine starke Zivilgesellschaft als wichtig erachtet, damit diese dem Staat entgegentreten und bestimmte Interessen vertreten kann.

Im Nahen und Mittleren Osten ist das Konzept der Zivilgesellschaft ebenfalls von einer Ambiguität geprägt. Innerhalb verschiedener Debatten wurde das Konzept aufgegriffen und unterschiedlich bewertet. So gibt es um das Phänomen eine säkulare sowie eine religiös geprägte Diskussion. Es bestehen im Nahen und Mittleren Osten zahlreiche NGOs, Berufsverbände und soziale Bewegungen, allerdings sind diese in den meisten Fällen

¹ Al-Bizrī, Dalāl: Ġrāmšī fī-d-Dīwānīya. zit. nach Ibrahim, Ferhad (1995): Die arabische Debatte über Zivilgesellschaft. In: Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi: Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. S. 23.

² Vgl. Adloff, Frank (2005): Zivilgesellschaft: Theorie und politische Praxis. S. 8.

kooptiert bzw. vereinnahmt oder einer scharfen Restriktionspolitik ausgesetzt.³

Die folgende Diplomarbeit möchte das Phänomen der Zivilgesellschaft im Nahen und Mittleren Osten am Beispiel Ägyptens untersuchen. Im Fokus der Analyse stehen Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Dabei sollen die beiden folgenden zentralen Fragestellungen behandelt werden:

- Wie lässt sich die Beziehung zwischen Staat und NGOs bzw. Staat und Zivilgesellschaft seit dem 19. Jahrhundert beschreiben?
- Welche Unterschiede für NGOs lassen sich nach dem politischen Umsturz 2011 erkennen?

In Ägypten existieren verschiedene Formen von Nichtregierungsorganisationen. Einteilen lassen sich diese in Entwicklungsorganisationen (community development associations), welche für Bedürftige Leistungen anbieten, Interessensgruppen (advocacy organisations), wie beispielsweise Frauen – oder Menschenrechtsorganisationen, religiös-geprägte, worunter sowohl islamische als auch koptische Organisationen fallen, welche in der Regel Wohltätigkeitsorganisationen sind, sowie Businessorganisationen, die Leistungen für ihre Mitglieder erbringen und in der Ära Mubārak von staatlicher Seite stark privilegiert behandelt wurden.

Zur Analyse der ersten Fragestellung wird als theoretische Basis das Konzept des „Korporatismus“ herangenommen. Dieses geht davon aus, dass der Staat zivilgesellschaftliche Akteure vereinnahmt, und sie auch im politischen Prozess einbindet – allerdings ohne die Kontrolle über sie zu verlieren. Auf diese Weise verhindert er die Entstehung einer Widerstandsbewegung. Jedoch ist es im Falle Ägyptens zu einer Privilegierung bestimmter Personen gekommen, während weite Teile der Bevölkerung nur begrenzt vom Korporatismus profitieren konnten. Das von Fahmy dargestellte Konzept des „co- integrationism“ geht auf dieses ein, und findet daher ebenfalls Eingang in die Analyse.

In der Literatur wird die korporatistische Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft oft in Zusammenhang mit der Frage, inwieweit arabische Staaten überhaupt demokratisiert

³ Vgl. Schlumberger, Oliver (2008): Autoritarismus in der arabischen Welt..

werden können, analysiert. Es gibt zahlreiche Theorien, warum diese immun gegen eine Demokratisierung seien – als Grund wird auch die korporatistisch geprägte Beziehung zu zivilgesellschaftlichen Akteuren genannt. Allerdings beachtete man nicht das Potential für die Transformation dieser Akteure. Die Annahme, der Autoritarismus sei in Ägypten ein immerwährendes Phänomen und zivilgesellschaftliche Kräfte seien zu schwach, um einen Wandel herbeizuführen, wurde durch den politischen Umsturz 2011 widerlegt. Zwar ist es nach wie vor nicht zu einer Demokratisierung gekommen, doch zeigt der Umsturz, dass zivilgesellschaftliche Akteure sehr wohl einen Wandel herbeiführen können. Das Regime unter Mubārak ist in seinem „Sozialvertrag“ gescheitert – zunehmende Repression, Verschlechterung der sozialen Lage sowie eine weitverbreitete Korruption haben zum politischen Umsturz geführt. Im Rahmen dieser Arbeit soll allerdings nicht genauer auf die Demokratisierungsdebatte der arabischen Welt eingegangen werden, sondern, um der zweiten Fragestellung nachzugehen, analysiert werden, inwieweit NGOs einen Einfluss auf den politischen Umsturz 2011 hatten bzw. was sich für NGOs in einer Post- Mubārak-Ära geändert hat.

Die These der Arbeit lautet, dass sich Nichtregierungsorganisationen in Ägypten zwischen einer Kooptations- und einer Restriktionspolitik bewegen. Akteure, die staatliche Interessen befolgen, werden toleriert; gegen alle weiteren wird stark restriktiv vorgegangen. Zudem ist das Konzept der Zivilgesellschaft sehr problematisch. Oft entsprechen NGOs gar nicht den Kriterien zivilgesellschaftlicher Organisationen. Sie sind weder unabhängig noch autonom, sondern werden nicht selten für staatliche Interessen kooptiert. Trotzdem konnten Interessensgruppen zu einem politischen Wandel beitragen. Nach dem politischen Umsturz gibt es keine Verbesserungen bezüglich der Einschränkungen gegenüber NGOs, sondern eine striktere Politik aus Angst vor ausländischem Einfluss (beispielsweise Verhaftungen, Durchsuchungen in Büros zivilgesellschaftlicher Organisationen, Verschwörungstheorien).

1.2 Gliederung der Arbeit und Forschungsmethode

Kapitel 2 („Zum Konzept der Zivilgesellschaft“) umfasst eine theoretische Annäherung, wobei zunächst der Terminus Zivilgesellschaft erläutert und danach die unterschiedlichen

arabischen Debatten dazu behandelt werden. Anschließend wird die Kritik am Konzept dargelegt, sowie auf die Probleme der im arabischen Raum bestehenden Zivilgesellschaften eingegangen. Eine zentrale Rolle spielt das Konzept des „Korporatismus“, welches in weiterer Folge für die Analyse der staatlichen Beziehungen zu NGOs verwendet wird, sowie die Annahme, dass es sich in arabischen Staaten um „uncivil societies“ handle. Danach wird auf die Frage eingegangen, was man überhaupt unter „Nichtregierungsorganisationen“ (NGO) versteht. Anschließend werden die geschichtliche Entwicklung sowie Mängel von NGOs erläutert.

Kapitel 3 („Historischer Abriss“) stellt einen Überblick über die geschichtliche und politische Entwicklung Ägyptens ab Muḥammad ‘Alī dar.

Kapitel 4 („Ägyptische Zivilgesellschaft im geschichtlichen Rückblick“) gibt einen geschichtlichen Rückblick auf die Zivilgesellschaft in Ägypten ab dem 19. Jahrhundert. Unter Muḥammad ‘Alī, welcher als Gründer des modernen ägyptischen Staates gilt, entstanden die ersten Nichtregierungsorganisationen, die philanthropische Leistungen anboten. Mitte des 19. Jahrhunderts bildeten sich Organisationen, die sich mit weiteren Tätigkeiten auseinander setzten. Unter Ḡamāl ‘Abd an-Nāṣir wurden viele Organisationen mit staatlichen zusammengelegt. Anwar as-Sādāt erlaubte zwar eine begrenzte politische Liberalisierung, jedoch wurden nur bestimmte Gruppierungen privilegiert – jene von denen er sich erhoffte, sie würden seine Macht und Legitimität stärken. Restriktive Gesetze traten ab Ḡamāl ‘Abd an-Nāṣir in Kraft.

Kapitel 5 („Zivilgesellschaft ab der Ära M. Hosni Mubarak“) behandelt Nichtregierungsorganisationen ab der Ära Mubarak. Unter Mubarak stieg die Anzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen stark an, allerdings war die gesetzliche Lage nach wie vor restriktiv geprägt. Zunächst wird auf die verschiedenen Formen der NGOs eingegangen, danach gesetzliche Rahmenbedingungen, sowie interne Strukturen der NGOs und die äußerst umstrittene Frage der Finanzierung und interne Defizite erläutert. Die Analyse dieser Faktoren erfolgt zum einen mittels Studien in Form von Sekundärliteratur, zum anderen mittels selbst durchgeführten Interviews. Eine sehr wichtige Studie ist jene von Maha M. Adelrahman⁴ über 60 Nichtregierungsorganisationen. Auch Cilija Harders⁵ hat sich in ihrer Publikation mit Nichtregierungsorganisationen auseinandergesetzt, vor

⁴ Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt.

⁵ Harders, Cilja (2002): Staatsanalyse von Unten: Urbane Armut und politische Partizipation in Ägypten.

allem mit community development associations, welche Leistungen für die Gesellschaft anbieten. Es werden auch die Beziehungen zwischen den verschiedenen NGO Formen analysiert. Diese sind von gegenseitigem Misstrauen geprägt und oft erfolgt keine Zusammenarbeit. Das nächste Unterkapitel geht auf die staatlichen Beziehungen zu NGOs ein. Anhand der Theorie soll versucht werden, die Verbindungen zum Staat bzw. sein Umgang mit den verschiedenen Formen der NGOs in Ägypten zu analysieren. Daneben soll auch erforscht werden, ob der Terminus „uncivil society“, also die „Abwesenheit einer Zivilgesellschaft“, auf Ägypten zutrifft.

Schließlich setzt sich das sechste Kapitel („Die Rolle von NGOs in der Post- Mubārak Ära) mit den Änderungen und Unterschieden, die sich für Nichtregierungsorganisationen nach dem politischen Umsturz 2011 ergeben haben, aber auch mit dem Einfluss von NGOs auf die Revolution auseinander. Haben NGOs einen Beitrag zur Entstehung der Revolution geleistet? Mit welchen Hürden haben diese Akteure weiterhin zu kämpfen? Welche Unterschiede sind zu verzeichnen – können NGOs nun freier als in der Ära Mubārak agieren? Dieses Kapitel beruht auf Studien, Zeitungsartikeln sowie eigenen Interviews.

Das letzte Kapitel, Kapitel 7 („Zusammenfassende Schlussbetrachtungen“) soll alle Erkenntnisse zusammenfassend erläutern.

Methodologisch wurde zum einen die bestehende Literatur analysiert, zum anderen drei Interviews durchgeführt. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, inwiefern ein Unterschied für NGOs nach dem politischen Umsturz zu verzeichnen ist. Befragt wurde ein Journalist der ägyptischen Tageszeitung Maṣrī al-Yūm, der Gründer und Leiter der NGO „Development and Institutionalization Support Center“, Kamāl Nabīl, sowie die Medienkoordinatorin bei „Egyptian Democratic Academy“ und politische Aktivistin, Esrā’ ‘Abd al-Fattāh . Die Interviewleitfäden sind im Anhang in englischer Sprache abgedruckt. Sonstige Aufzeichnungen und Mitschriften befinden sich im Besitz der Autorin.

2. Zum Konzept der Zivilgesellschaft

Das Konzept der Zivilgesellschaft ist heute sehr relevant und wird von verschiedenen Akteuren aus Wissenschaft, Politik oder Medien aufgegriffen und thematisiert. Zivilgesellschaft mit dem Verständnis einer vom Staat abgegrenzten Sphäre geht auf das 18. Jahrhundert zurück. Vor allem bei Locke, Tocqueville und Gramsci finden sich die Ursprünge des Begriffes. Im Rahmen des Kampfes gegen die ausgeprägte Staatsmacht in Osteuropa und Lateinamerika erlebte er in den 1980er Jahren seinen Durchbruch. Auch Diskussionen in Industriestaaten um vom Staat autonome Strategien trugen zu seiner Renaissance bei.⁶ Geprägt ist der Terminus der Zivilgesellschaft von einer Ambiguität. Es herrscht keine Übereinstimmung unter den Theoretikern, inwieweit das Konzept als sinnvoll zu betrachten ist. Im Begriff lassen sich zudem normative Beschreibungen finden.⁷ So wird die Zivilgesellschaft von einigen als „*Allheilmittel gegen die Verwerfungen in der sozialen Welt...*“⁸ angesehen. Ihr wird zugeschrieben, sie sei ein Mittel, um autoritäre Regime zu überwinden.⁹ Andere stehen dem Konzept sehr skeptisch gegenüber. Es wird in Frage gestellt, ob der Begriff überhaupt etwas Exaktes bezeichnet.¹⁰ Zudem wird in diesem Entwurf eine neue Form der „*liberaldemokratisch-marktwirtschaftlichen Modernisierung*“¹¹ gesehen.

Insbesondere ist es seit Ende der 1980er Jahre in drei Regionen Bestandteil des politischen Diskurses geworden: in den ehemaligen Ostblock-Staaten, in westlichen Staaten sowie in der arabischen Welt. Während im Westen von zwei Positionen ausgegangen werden kann, jene der Konservativen, welche bereits existierende liberale westliche Demokratien als Modell einer Zivilgesellschaft betrachten, und jene der Linken und Rechten, für die das politische System im Westen doch einer Verbesserung bedürfe, möchten die Konzepte der Zivilgesellschaft in Osteuropa sowie im Nahen Osten Staat und Gesellschaft entflechten.¹²

⁶ Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen. S.125-126 und Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (2005): Lexikon der Politikwissenschaft. S.1175.

⁷ Vgl. Adloff Frank (2005): Zivilgesellschaft: Theorie und politische Praxis S. 7.

⁸ Ibid.

⁹ Vgl. Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi (1995): Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. S. 9.

¹⁰ Vgl. Adloff Frank (2005): Zivilgesellschaft: Theorie und politische Praxis S. 7.

¹¹ Narr (1994). S.587: zit. nach: Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi: Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. S. 9.

¹² Vgl. Ibrahim, Ferhad (1995): Die arabische Debatte über Zivilgesellschaft. In: Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi: Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. S. 23.

Das große Interesse an Zivilgesellschaft ist auf das fehlende Vertrauen gegenüber dem Staat als Entwicklungsagent zurückzuführen.¹³ In der arabischen Welt versucht man, Alternativen zu einem autoritären Regime ausfindig zu machen.¹⁴ Der Begriff ist in dieser Region nun zu einem zentralen Thema sowohl im politischen als auch im intellektuellen Diskurs geworden. Wiederfinden lässt er sich auf der Agenda religiös-motivierter Kräfte sowie auf der von säkularen und liberal-orientierten Akteuren. Für viele stellt die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Organisationen ein erstrebenswertes Ziel dar.¹⁵

Dieses Kapitel versucht zunächst den Terminus der Zivilgesellschaft zu definieren. Danach geht es auf die nahöstliche Debatte ein. Es werden verschiedene Diskurse sowie die Mängel und Probleme des Konzeptes ausgearbeitet. Ein Fokus liegt auf Nichtregierungsorganisationen (NGOs), da diese im Mittelpunkt der folgenden Untersuchung stehen.

2.1 Was ist „Zivilgesellschaft“?

Laut Hegel ist die Zivilgesellschaft in einer Sphäre lokalisiert, die zwischen Familie und Staat liegt. Zivilgesellschaftliche Akteure sind *„Zusammenschlüsse (intermediäre Organisationen wie Vereine und Interessensgruppen) von freien Bürgern..., die einerseits gesellschaftliche Probleme regeln und andererseits die Dominanz des Staates in dieser Sphäre schwächen.“*¹⁶ Zivilgesellschaft kann als *„ein gesellschaftlicher Raum, nämlich die plurale Gesamtheit der öffentlichen Assoziationen, Vereinigungen und Zusammenkünfte..., die auf dem freiwilligen Zusammenhandeln der Bürger und Bürgerinnen beruhen“*¹⁷, definiert werden. Typische Organisationsformen sind dabei Vereine, Verbände oder soziale Bewegungen.¹⁸

Neben Staat und Wirtschaft bildet die Zivilgesellschaft eine dritte Sphäre. Sie ist sowohl

¹³ Ibrahim, Ferhad: Die osteuropäischen Erfahrungen als Vorbild? Der schwierige Weg zur Demokratie im Vorderen Orient: Der Staat und der Aufbau einer Zivilgesellschaft. In: Der Vordere Orient an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. 3/98. Aufrufbar unter: http://www.buergerimstaat.de/3_98/bis983g.htm. 9.11.2012.

¹⁴ Vgl. Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi: Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. S. 16.

¹⁵ Hamzawy, Amr (2005): Zeitgenössisches politisches Denken in der arabischen Welt: Kontinuität und Wandel. S. 22.

¹⁶ Ibrahim, Ferhad: Die osteuropäischen Erfahrungen als Vorbild? Der schwierige Weg zur Demokratie im Vorderen Orient: Der Staat und der Aufbau einer Zivilgesellschaft. In: Der Vordere Orient an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. 3/98. Aufrufbar unter: http://www.buergerimstaat.de/3_98/bis983g.htm. 9.11.2012. S.141.

¹⁷ Adloff, Frank (2005): Zivilgesellschaft: Theorie und politische Praxis. S. 8.

¹⁸ Vgl. ibid.

von wirtschaftlichen Interessen als auch vom Staat unabhängig. Bürger versammeln bzw. organisieren sich freiwillig, um gemeinsame Werte und Interessen, die unabhängig von Familie, Staat oder sonstigen Institutionen sind, zu erreichen. Kollektives Handeln stellt ein wichtiges Merkmal dar. Es wird versucht, auf weite Bevölkerungsteile Einfluss zu nehmen, und so viele wie möglich für die gleichen Interessen und Ziele zu mobilisieren. Zivilgesellschaftliche Akteure reagieren auf Themen, die meist von profitstrebenden Institutionen übergangen werden. Der Begriff inkludiert nicht dies, was unter Gesellschaft zu verstehen ist.¹⁹ Stattdessen beschränkt er sich auf „die freiwilligen und öffentlichen Vereinigungen von Bürgern und Bürgerinnen.“²⁰

Die UNDP definiert zivilgesellschaftliche Organisationen folgendermaßen: „CSOs [Civil society organisations] are non-state actors whose aims are neither to generate profits nor to seek governing power. CSOs unite people to advance shared goals and interests. UNDP collaborates with CSOs whose goals, values and development philosophies accord with its own.“²¹

Die Entstehung zivilgesellschaftlicher Akteure erlebte in den letzten Jahrzehnten einen Aufschwung. Sie inkludieren nicht-staatliche und nicht-marktorientierte Organisationen. Diese besitzen verschiedene Ziele, Wertvorstellungen und Expertisen. Sie können beispielsweise service-orientierte Vereinigungen mit speziellen Intentionen (z.B. Business- oder Interessensvertretungen) sein, die für kollektive Interessen eintreten. Akteure der Zivilgesellschaft sind autonom, freiwillig und nicht profitorientiert. Sie haben eine strukturierte Führung oder einen organisierten Rahmen und handeln innerhalb von Grenzen, die von der Gesetzgebung definiert sind. Somit inkludiert der Terminus Verbände, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (NGOs). NGOs sind in Bereichen der Entwicklung, Dienstleistung oder Sozialwesen tätig. Einige setzen sich mit Fragen der Förderung von Menschen- oder Frauenrechte, Fragen der Entwicklung oder Umwelt auseinander. Aktivitätsbereiche überlappen sich; somit ist eine Kategorisierung von zivilgesellschaftlichen Akteuren schwer vorzunehmen. Hinzu kommt auch, dass es zahlreiche halbamtliche, nicht vollständig unabhängige soziale Einrichtungen gibt.²²

Bei der Definition der Zivilgesellschaft stellen sich in Bezug auf den arabischen Raum

¹⁹ Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen. S. 127.

²⁰ Vgl. Adloff, Frank (2005): Zivilgesellschaft: Theorie und politische Praxis. S. 9.

²¹ UNDP (2008): Egypt Human Development Report: Egypt's Social Contract: The Role of Civil Society. S.62.

²² Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen. S. 128.

zwei wichtige Fragen: zum einen, ob Zivilgesellschaft nur eine säkulare Sphäre umfasst, oder ob auch religiös geprägte Akteure Teil davon sind.²³ Darüber existiert eine Debatte, die im Folgenden näher behandelt wird. Die zweite Frage ist, ob *„die Zivilgesellschaft ausschließlich aus intermediären Verbänden und Interessensvertretungen [besteht], welche zwischen dem Staat und den Bürgern vermitteln, ohne einen Anspruch auf die politische Macht zu erheben, oder gelten auch Organisationen mit einem ausgesprochenen Machtanspruch (z.B. oppositionelle politische Parteien) oder mit einem hohen Grad der Kooptation durch den Staatsapparat...als Teil der zivilgesellschaftlichen Sphäre?“*²⁴ Das Problem der Kooptation ist im arabischen Raum stark präsent, und lässt vor allem die Frage aufkommen, inwieweit überhaupt von der Existenz einer Zivilgesellschaft gesprochen werden kann. Einige Autoren gehen, angesichts stark autoritärer Herrschaftsstrukturen, davon aus, dass es im arabischen Raum keine Zivilgesellschaft gibt.²⁵ Dieser Frage wird in der folgenden Arbeit nachgegangen.

Insgesamt sind die zahlreichen Definitionsversuche von bestimmten Staatsbildern geprägt. Die Verhinderung des Ausbaus einer Zivilgesellschaft wird jeweils unterschiedlich betrachtet und es werden unterschiedliche Gründe für das Versagen abgeleitet.

2.2 Die Debatte um die Zivilgesellschaft im arabischen Raum

Im arabischen Raum wurde das Konzept der Zivilgesellschaft von verschiedenen Bewegungen aufgegriffen. Einige religiöse Akteure, säkulare Organisationen sowie liberale Bürgerrechtsakteure befürworten einen Ausbau der Zivilgesellschaft.²⁶ Menschenrechtler oder lokale Mitarbeiter nichtstaatlicher Organisationen betrachten das Konzept sogar als *„magische(...) Antwort auf alle Probleme und negative Symptome arabischer politischer Systeme.“*²⁷

Im politischen Diskurs über die Zivilgesellschaft lassen sich zwischen den westlichen, den ehemaligen Ostblock-Staaten sowie den arabischen Staaten folgende Unterschiede

²³ Vgl. Hamzawy, Amr (2005): Zeitgenössisches politisches Denken in der arabischen Welt: Kontinuität und Wandel. S.39.

²⁴ Hamzawy, Amr (2005): Zeitgenössisches politisches Denken in der arabischen Welt: Kontinuität und Wandel. S. 40.

²⁵ Vgl. ibid.

²⁶ Vgl. a.a.O. S. 22.

²⁷ Ibid.

erkennen: im Westen existieren zwei Strömungen: jene der Konservativen, die die bereits existierenden westlichen liberalen Demokratien schon als Modell der Zivilgesellschaft betrachten, sowie jene aus dem linken und rechten Lager. Sowohl Linke als auch Rechte kritisieren die politischen Systeme westlicher Staaten und empfinden sie als verbesserungsbedürftig, allerdings haben sie unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich der Veränderungen: Die Linken wollen eine stärkere Partizipation am parlamentarischen System.²⁸ Es geht ihnen darum „*wie die Partizipation und der Willensbildungsprozeß im Rahmen des parlamentarischen Systems effektiver werden könnten.*“²⁹

Der Kommunitarismus, also die Kritik der Rechten am Liberalismus, thematisiert zwei Faktoren: Erstens wird der expressivistische sowie der utilitaristische Individualismus, welcher durch den Liberalismus herbeigeführt wird, kritisiert. Andererseits thematisiert er den „*Bedarf an gemeinschaftlicher Integration, die durch horizontale soziale Institutionen erzielt werden kann.*“³⁰

Gemeinsamkeiten weisen die osteuropäischen sowie die nahöstlichen Konzepte der Zivilgesellschaft auf. Da beide Regionen von einer „Übermacht“ des Staates geprägt waren bzw. sind, ist das Ziel die Entflechtung von Staat und Gesellschaft. Die schwache Zivilgesellschaft war auf diese Übermacht des Staates zurückzuführen und musste sich ihre Existenz erkämpfen. Anders als in Osteuropa stellt sich im arabischen Raum die Frage nach dem politischen Islam, welcher in der Debatte um die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle spielt. Religiös geprägte Gruppierungen bilden „*dominante Kräfte innerhalb der gesellschaftlichen Opposition und der „Voluntary Associations.*“³¹ Der politische Islam änderte somit auch die Debatte über Demokratisierung und Zivilgesellschaft im Nahen und Mittleren Osten. Durch das Konzept der Zivilgesellschaft wird versucht, Alternativen zu den bestehenden autoritären Regimen zu finden.³²

Relevant im arabischen Raum wurde der Terminus der Zivilgesellschaft, laut Hamzawy, aufgrund dreier Veränderungen: Das Versagen des arabischen Nationalstaates, ein Erstarken des radikalen Islamismus, aber auch die globalen demokratischen Veränderungen

²⁸ Vgl. Ibrahim, Ferhad (1995): Die arabische Debatte über Zivilgesellschaft. In: Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi: Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. S.23.

²⁹ Ibid.

³⁰ Ibid.

³¹ Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi (1995): Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. S. 16.

³² Vgl. a.a.O. S. 17.

seit dem Ende des Kalten Krieges können als Gründe dafür gelten.³³ Es lassen sich vier Problemfelder erkennen, welche die Kontroverse um das Konzept geprägt haben: Zunächst stellt sich die Frage, wie politische Transformationen im Westen zu bewerten und inwiefern diese auf den arabischen Raum übertragbar sind. Weiters ist zu klären, wie die arabisch-islamische Geschichte in Bezug auf Staatsform und Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft gedeutet werden soll. Relevant werden hier Fragen nach Säkularismus und Stellung der Religion in der Politik, aber auch Fragen nach kultureller sowie geistiger Modernisierung. Des Weiteren gibt es eine Auseinandersetzung hinsichtlich der Definierung des Terminus der Zivilgesellschaft sowie der Charakterisierung zivilgesellschaftlicher Organisationen. Das vierte Problemfeld stellen die Barrieren im Bereich des Ausbaus der Zivilgesellschaft dar, wobei diese von Krisendiskursen begleitet sind. Ein säkular geprägter nationalistischer Krisendiskurs geht davon aus, dass der Westen für die fehlende Demokratie in den arabischen Staaten Verantwortung trägt. Die Herausbildung starker Staaten sowie starker Gesellschaften wird erhofft. Zudem gibt es den säkularen Krisendiskurs, der auf der Idee, der politische Islam sei das wahre Hindernis für die Etablierung demokratischer Elemente, beruht. Vertreter dieses Diskurses wünschen sich eine Zerschlagung islamistischer Bewegungen und gleichzeitig eine Stärkung säkularer demokratischer Kräfte und Strukturen. Der religiös geprägte Krisendiskurs hingegen geht von der Ansicht aus, dass eben diese säkularen Kräfte Grund für Korruption, staatlichen Legitimitätsverlust, aber auch für den moralischen Verfall der Gesellschaft seien. Letztlich gibt es einen reformorientierten Krisendiskurs, welcher den autoritär geprägten Nationalstaat für die ausbleibende Demokratisierung verantwortlich macht.³⁴ Vertreter wollen „(...) *die Räume der staatlichen Macht durch traditionelle sowie moderne, staatsunabhängige Bürgerorganisationen einschränken* (...).“³⁵ Eine Neudefinition der Politik außerhalb des Staates sowie ein neuer Gesellschaftsvertrag sind die Ziele.³⁶

Zwischen 1950 und 1970 stand der arabische Nationalstaat im Mittelpunkt und galt als Garant für die Stabilität. Man glaubte, der Nationalstaat würde eine Transformation herbeiführen. Der Staat wurde überbetont und seine steigende Macht unhinterfragt

³³ Vgl. Hamzawy, Amr (2005): *Zeitgenössisches politisches Denken in der arabischen Welt: Kontinuität und Wandel*. S.22.

³⁴ Vgl. a.a.O. S. 23.

³⁵ Ibid.

³⁶ Vgl. Hamzawy, Amr (2005): *Zeitgenössisches politisches Denken in der arabischen Welt: Kontinuität und Wandel*. S. 24.

hingegen. Erst als sich in der ersten Hälfte der 1980er Jahre soziale und ökonomische Probleme vermehrten und die Unfähigkeit des Staates diese zu lösen ersichtlich wurde, kritisierten arabische Intellektuelle die Politik der Nationalstaaten. Allerdings kam es nicht zu einem Prozess des Überdenkens betreffend die staatliche Rolle, sondern zu einer weiteren Begeisterung für den Staat. Dies spiegelte sich in der Entstehung neuer Staatsmodelle wider, welche die öffentliche Diskussion dominierten. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre entfernten sich säkulare Eliten sowie religiöse Intellektuelle vom Konzept des Staates und begannen sich nun den sozialen Akteuren zu nähern. Auch das Erstarken des Islamismus bzw. der Aufstieg von radikalen religiös geprägten Bewegungen und Parteien bewirkte eine tiefere Thematisierung der Zivilgesellschaft. Religiös geprägte Bewegungen kritisierten modernistische Entwicklungen bzw. Gedanken liberaler oder sozialistischer Art, da sie sie als kulturelle Fremdkörper auffassten. Säkular geprägte Denker befürchteten somit einen islamistischen Einfluss bzw. eine Stärkung islamistischer Kräfte und wollten daher eine Einschränkung der Spielräume dieser Akteure erzielen.³⁷ Sie machten somit vom Terminus der Zivilgesellschaft Gebrauch und definierten ihn als *„den säkularen intermediären Bereich zwischen dem Staat und der Privatsphäre, aus dem islamistische Bewegungen verbannt werden sollten“*³⁸ Als Reaktion darauf griffen auch religiös motivierte bzw. moderat-islamistische Kräfte den Begriff der Zivilgesellschaft auf. Der Begriff wurde *„mit einem aus der islamistischen Überlieferung stammenden Konstrukt gleichgesetzt, nämlich al-muğtama‘ al-ahlī (=Bürgergesellschaft)“*.³⁹

Globale Faktoren trugen ebenfalls zu einem Diskurs über und Aufgreifen des Konzeptes der Zivilgesellschaft bei. Globale Veränderungen der 1980er und 1990er Jahre wirkten sich auf die intellektuellen Diskurse im arabischen Raum aus. Durch das Scheitern der Nationalstaaten in der Dritten Welt begann man in der westlichen Literatur die Rolle des Staates zu kritisieren. Im arabischen Raum konnte unter anderem durch die kulturelle sowie mediale globale Vernetzung eine Debatte über Staat und Gesellschaft sowie über die Hindernisse der Demokratisierung entstehen.⁴⁰ In den 1990er Jahre kam *„die globale Renaissance des Begriffs der Zivilgesellschaft nach den politischen Veränderungen im*

³⁷Vgl. Hamzawy, Amr (2005): Zeitgenössisches politisches Denken in der arabischen Welt: Kontinuität und Wandel. S.24-25.

³⁸A.a.O. S. 25-26.

³⁹A.a.O. S.26.

⁴⁰Vgl. Hamzawy, Amr (2005): Zeitgenössisches politisches Denken in der arabischen Welt: Kontinuität und Wandel. S. 26-27.

ehemaligen Ostblock (...)⁴¹ der Debatte hinzu.

Säkulare Denker sehen in der Zivilgesellschaft *„entweder ein verklärendes ideologisches Instrument (marxistische, nationalistische und panarabische Auffassungen) oder ein magisches Rezept zur Demokratisierung arabischer politischer Systeme (liberaler Standpunkt).“*⁴² Gemäßigte religiöse Intellektuelle wiederum wollen sie islamisieren und *„heben die Relevanz der intermediären Sphäre als Kampfarena zur Ablösung des autoritären (säkularen) Nationalstaats im arabisch-islamischen Raum hervor.“*⁴³ Reformorientierte Denker wollen eine *„unverkennbar minder politisierte Deutung der Zivilgesellschaft, welche letzten Endes ihre normative Neutralisierung als Äquivalent zur demokratischen Öffentlichkeit nach sich zieht.“*⁴⁴

Es stellt sich auch die Frage, ob das Thema der Zivilgesellschaft überhaupt in den arabischen Raum aufgenommen werden soll, da der Ursprung im Westen liegt, und sich somit die Frage nach universal gültigen Konzepten stellt.⁴⁵ So verurteilt beispielsweise der ägyptische Politologe Muṣṭafa Kāmil as-Sayyid *„die Abweisung des Zivilgesellschaftsbegriffs aufgrund seiner westlichen Herkunft als ideologisch überfrachtet und unwissenschaftlich.“*⁴⁶ Laut ihm ist die Zivilgesellschaft allgemein gültig. Auf der anderen Seite betrachtet beispielweise der Jurist Ḥusām ‘Isā den Begriff als *„ein instrumentalisierbares Konstrukt des modernen westlichen liberalen Denkens, welches gemeinsam mit den Kategorien Individualismus, politische Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Gemeinwohl und Marktwirtschaft das „Legitimationsparadigma“ des kapitalistischen Systems bilde.“*⁴⁷ Ihm zufolge deutet die Zivilgesellschaft *„auf eine vermeintlich freie Sphäre der wirtschaftlichen Konkurrenz und der sozialen Interaktion zwischen gleichberechtigten Individuen hin und verleugnet somit die Existenz sozialer Klassen, ökonomischer Unterschiede und gesellschaftlicher Stratifikation.“*⁴⁸

Ein wichtiger Vertreter des Konzeptes der Zivilgesellschaft im Nahen und Mittleren Osten ist Sa‘d ad-Dīn Ibrāhīm, der in seiner Definition die religiös geprägten Gruppierungen aus

⁴¹ A.a.O. S. 27.

⁴² Hamzawy, Amr (2005): Zeitgenössisches politisches Denken in der arabischen Welt: Kontinuität und Wandel. S. 28.

⁴³ A.a.O. S.29.

⁴⁴ A.a.O. S. 28

⁴⁵ Vgl. a.a. O. S.29-30.

⁴⁶ A.a.O. S 31.

⁴⁷ Ibid.

⁴⁸ Ibid.

dem Konzept ausschließt. Religiöse Gruppierungen sollten ausgeschlossen werden, „*weil sie als primordiale Erscheinungen nicht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhen.*“⁴⁹

Einerseits wird eine religiöse Legitimation der Herrschaft als Ursache für den Rückschritt betrachtet, andererseits wird von einer entgegengesetzten Position eben die Abkehr vom Islam als Grund für die gegenwärtige Krise verstanden.⁵⁰ Insgesamt lassen sich drei Diskurse erkennen:

- Der erste Teildiskurs geht davon aus, dass der Islam die einzige Quelle der politischen und sozialen Ordnung darstellt. Ideologische und politische Kräfte sind hier zwar weitreichend, besitzen allerdings das gleiche Ziel. Ihre Intention ist die Erreichung einer „islamischen Ordnung“ (an-nizām al-islāmī). Diese basiert auf einem theoretischen Konzept, welches von der Gemeinschaft der Muslime, der *’umma* ausgeht. Staat und Gesellschaft sind demnach eine Einheit.⁵¹ Die Grundlage ist die Offenbarung, und somit beruht die Einheit „*auf göttliche[m] Gesetz und fand im ersten islamischen Staat zu Lebzeiten des Propheten eine konkrete Gestalt.*“⁵² Daher sei es auch Pflicht für Muslime, diesen Staat wieder zu errichten.⁵³
- Was den zweiten Teildiskurs betrifft, so fällt unter diesen die Position des Staates. Der arabische Staat ist durch „*westliche Penetration und Zerfall des Osmanischen Reichs*“ entstanden. Oft werden die Gründe für die politische, soziale und ökonomische Krise in der arabischen Welt in den Entwicklungsprogrammen der 1950er und 1960er Jahren gesehen sowie in der Infītāḥ-Politik, die dazu führte, dass bestimmte Bevölkerungsschichten begünstigt wurden, während die breite Masse verarmte.⁵⁴
- Im dritten Diskurs findet sich die säkularistische Richtung. Diese ist eine unorganisierte „Koalition“. Sie setzt sich aus Intellektuellen sowie Mitgliedern nicht-islamistischer Parteien zusammen und zählt zu der schwächsten Strömung.

⁴⁹ Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi (1995): Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. S. 18.

⁵⁰ Ibrahim, Ferhad (1995): Die arabische Debatte über Zivilgesellschaft. In: Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi: Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. S. 24-25.

⁵¹ Vgl. a.a.S.27.

⁵² Ibid.

⁵³ Vgl. ibid.

⁵⁴ Vgl. ibid.

Weder kann sie sich auf islamisches Erbe noch auf Institutionen wie im zweiten Teildiskurs stützen.⁵⁵

Es lässt sich ein Widerspruch zwischen dem ersten Teildiskurs und dem dritten finden. Laut Burhān Ġalyūn stehen sich „zwei antagonistische zivilisatorische Projekte gegenüber, ein Projekt, das eine Islamisierung aller Bereiche des Lebens anstrebt, und ein säkulares, dessen Grundlage die strikte Trennung zwischen Politik und Religion ist“.⁵⁶

Im Folgenden soll näher auf die einzelnen Debatten eingegangen werden.

2.2.1 Die säkularistische Debatte

Die Bezeichnung „Säkularismus“ dient insbesondere der Abgrenzung von religiös geprägten Akteuren: Zwei Strömungen können innerhalb der säkularistischen Debatte unterschieden werden. Zum einen eine liberale und zum anderen eine linke Strömung.⁵⁷

2.2.1.1 Das Liberale Konzept

Die Liberalen gelten als Verfechter der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und Vorkämpfer eines wirtschaftlichen und politischen Liberalismus. Sie machen sowohl die Islamisten als auch den Staat für die schlechte wirtschaftliche und politische Entwicklung verantwortlich. Sie befürchten, dass religiös geprägte Kräfte weiterhin Macht anstreben werden und, dass der Staat seine Linie, auf einen religiösen Diskurs einzuschwenken, fortsetzen wird. Diese als Gefahr empfundenen Faktoren wollen Liberale durch eine Doppelstrategie wiedergutmachen: Ihres Erachtens sollen zum einen Institutionen der Zivilgesellschaft die staatliche Macht einschränken, zum anderen soll die Religion aus dem Konzept der Zivilgesellschaft ausgeschlossen werden.⁵⁸ Insbesondere das Zivilgesellschaftskonzept von Sa'd ad-Dīn Ibrāhīm, einem ägyptischen Soziologen, macht dieses Verständnis deutlich. Dieser versteht Zivilgesellschaft als „eine Summe von freiwilligen sozialen nicht-staatlichen und nichtprimordialen Institutionen. Ihnen kommt die Aufgabe zu, den Individuen Partizipation am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Sie

⁵⁵ Vgl. Ibrahim, Ferhad (1995): Die arabische Debatte über Zivilgesellschaft. In: Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi: Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. S. 28.

⁵⁶ Ibid.

⁵⁷ A.a.O. S. 29.

⁵⁸ Ibid.

*fungieren als intermediäre Institutionen zwischen Staat und Gesellschaft. Primordiale Organisationen hingegen sind tribale und kinship-Formationen. Zu ihnen werden aber auch religiöse Vereinigungen gezählt, da auch diese vorgesellschaftliche Formationen sind.*⁵⁹

Zudem ist Ibrāhīm der arabischen Kultur gegenüber kritisch eingestellt. Laut ihm hat jede Kultur zwei „Aufgaben“: Zum einen sollte sie Werte, Normen sowie Verhaltensmuster etablieren, um sich internen sowie externen Veränderungen anpassen zu können, und zum anderen sollte sie Erneuerung und Kreativität bewirken, und somit auch einen Fortschritt gewährleisten.⁶⁰ In arabischen Gesellschaften sieht er diese Aufgaben nicht erfüllt, da das Erziehungssystem auf Autorität und Kreativitätshemmung basiert. Zudem kritisiert er, dass Einheit gegenüber Vielfalt Vorrang habe, was laut ihm eine Stagnation verursache. Auch das Phänomen *„scheinbarer Loyalität gegenüber den Herrschenden bei gleichzeitiger versteckter Opposition und Mißtrauen“*⁶¹ wird von ihm kritisch betrachtet. Um einen politischen sowie kulturellen Wandel zu erreichen, müssen sich Individuen von den primordialen Formationen ablösen und ihre Interessen durch Akteure der Zivilgesellschaft zum Ausdruck bringen. Der Staat ist weder gewillt, noch im Stande einen sozialen oder kulturellen Wandel herbeizuführen, somit sei dies Aufgabe der Zivilgesellschaft. Was staatliche Institutionen betrifft, sind diese juristisch-kontraktisch und dienen dazu, das gesellschaftliche Zusammenleben der Individuen nach allgemeinen Regeln zu steuern.⁶² Laut ihm befinden sich die Institutionen der Zivilgesellschaft, die als „Voluntary Associations“ bezeichnet werden, in der Mitte zwischen primordialen und staatlichen Institutionen, welche anhand von Freiwilligkeit und Gewalt zu unterscheiden sind. Laut Ibrāhīm gehört zu den Zielen zivilgesellschaftlicher Organisationen die Wiedergutmachung negativer Einflüsse auf Individuen, die von Familie, primordialen Formationen oder vom Staat verursacht werden. Allerdings liegt das Hauptziel darin, eine demokratische Transformation in den arabischen Gesellschaften zu ermöglichen. Die Zivilgesellschaft soll sich auf demokratische Prinzipien gründen und einen demokratischen Wandel zulassen.⁶³

In der Zivilgesellschaft findet er weiters folgende Funktionen beheimatet:

⁵⁹ Ibrahim, Saad Eddin (1992).S. 220. zit. nach: a.a.O. S. 30.

⁶⁰ Vgl. a.a.O. S. 30.

⁶¹ Ibid.

⁶² Vgl. Ibid.

⁶³ Vgl. Ibrahim, Ferhad (1995): Die arabische Debatte über Zivilgesellschaft. In: Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi: Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. S. 31.

- *„Effizienz der Institutionen der Zivilgesellschaft, denn die soziale und politische Partizipation ist abhängig von der Effizienz und dem Organisationsgrad in den Institutionen der Zivilgesellschaft.*
- *Die Zivilgesellschaft erhöht die Effizienz der politischen Sozialisation und ermöglicht vermehrte Partizipation.*
- *Die Zivilgesellschaft gibt den Individuen Schutz gegenüber dem Staat. Sie stabilisiert aber auch die politische und soziale Ordnung, weil sie Ventile für politischen und sozialen Protest schafft.*
- *Die Institutionen der Zivilgesellschaft ersetzen den Staat in sozialen und ökonomischen Bereichen, die von diesem nicht mehr abgedeckt werden können. So sind beispielsweise viele arabische Staaten nicht mehr in der Lage, die Entwicklungsprogramme zu finanzieren und zu leiten.“⁶⁴*

Ähnlichkeiten hat das Konzept Ibrāhīms mit dem des amerikanischen Soziologen Edward Shils, bei dem der Begriff „Zivilität“ zentral ist. Darunter versteht er *„eine Summe von Denk – und Verhaltensmustern in einer civil society.“*⁶⁵ Somit ist es möglich, Interessen der Individuen und Interessen der Gesamtgesellschaft zu vereinen. Shils zählt allerdings auch Legislative und Judikative zu den Institutionen der Zivilgesellschaft und meint weiters, dass der liberale demokratische Staat bereits ein Staat der Zivilgesellschaft sei. Er verweist darauf, dass eine Zivilgesellschaft nur in einer pluralistisch-demokratischen Ordnung existieren kann. Sowohl Shils als auch Ibrāhīm schließen primordiale Organisationen von ihr aus. Der Grund dafür liegt darin, dass Zugehörigkeitskriterien nach der Abstammung der Menschen erfolgen. Shils sieht zwischen Zivilgesellschaft und Universalreligionen keinen Widerspruch, Ibrāhīm hingegen betrachtet die Religion nicht als einen Teil der Zivilgesellschaft.⁶⁶

2.2.1.2 Das Konzept der arabischen Linksnationalisten

Das Konzept der arabischen Linksnationalisten ist eher reaktiv zu verstehen, da die Debatte um die Zivilgesellschaft durch die arabische liberale Strömung ausgelöst wurde.

⁶⁴ Ibrahim, Saad Eddin (1992). S. 222-225. zit. nach a.a.O. S. 31.

⁶⁵ A.a.O. S. 31.

⁶⁶ Vgl. a.a.O.S. 31-32.

Im Gegensatz zu den Liberalen gibt es hier keine einheitliche Position. Einerseits waren arabische Marxisten bis in die 1970er Jahre vom Stalinismus dominiert, andererseits war man vom Staat „*als Agent des Wandels*“⁶⁷ beeindruckt, so dass es keinen Grund gab, die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft in Frage zu stellen bzw. neu zu betrachten.⁶⁸ Laut dem marokkanischen Politikwissenschaftler Laroui ist der moderne arabische Staat in seiner Grundform sultanisch geblieben, obwohl formell moderne Institutionen entstanden sind. Die Bürokratie sei, so Laroui, stets ein Mittel der sultanischen Herrschaft über eine Gesellschaft, die undifferenziert ist. Folgendes sieht er als Grund: „*Der gegenwärtige arabische Staat ist durch die Existenz vielfältiger Muster gespalten: mamlukisch, bürokratisch und rational. Er verkörpert auch alle diese Muster. Der Grund für die Spaltung liegt in der Kluft zwischen der Zivilgesellschaft (al-mujtama al-madani) und der Politik; zwischen der politischen Herrschaft und der wirklichen materiellen und moralischen Macht in der Gesellschaft und zwischen Individuen und dem Staat.*“⁶⁹

Daran anknüpfend beschäftigte sich Burhān Ġalyūn mit der Frage, welches Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in der arabischen Welt bestehe. Laut ihm müssen drei Ebenen berücksichtigt werden. Zum einen eine technische Ebene: Diese bezieht sich auf die Entwicklung der Regierungssysteme. Zum zweiten eine historische Ebene, welche sowohl die Entwicklung als auch den Einfluss interner und externer Machtfaktoren umfasst. Die dritte Dimension ist eine Wertebene, „*d.h. der Staat als Verkörperung des Bewußtseins einer Gruppe in einem bestimmten zivilisatorischen Entwicklungsstadium.*“⁷⁰ Für Ġalyūn werfen diese Ebenen die Fragestellung auf, wie der arabische Staat zu bewerten sei, ob er sultanisch geprägt ist oder einen neuen Staatstypus darstellt.⁷¹

Modernisten betrachten den arabischen Staat „*sultanisch, neomamlukisch oder patriarchisch*“. Islamisten hingegen empfinden ihn als Fremdkörper, weil dadurch fremde Normen und Werte übernommen wurden, und man sich von einer islamischen Ordnung entfernt hätte.⁷²

Ġalyūn sieht im arabischen Raum drei Staatstypen, welche seit dem 19. Jahrhundert

⁶⁷ Ibrahim, Ferhad (1995): Die arabische Debatte über Zivilgesellschaft. In: Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi: Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. S. 32.

⁶⁸ Vgl. *ibid.*

⁶⁹ Laroui (1981). S.186-187. Zit. nach. A.a.O. S. 33.

⁷⁰ Vgl. a.a.O. S. 33.

⁷¹ *Ibid.*

⁷² *Ibid.*

präsent waren:

- Den „Reformstaat“: dieser war allerdings ein Versuch eine Verbindung zwischen der Moderne und der Religion herzustellen. Jedoch zerfiel er aufgrund der durch ihn produzierten Kräfte.
- Der „Nationalstaat“, welcher aufgrund seiner Restriktionsapparate (Sicherheitsapparate statt politischer Legitimation) scheiterte.
- Der Öffnungsstaat (dawlat al-infitāh), welcher sich von der etastischen Staatswirtschaft abkehrte, und Fragen zur politischen Partizipation unbeantwortet ließ.⁷³

Ein Paradigmenwechsel von staatszentrierten Konzepten hin zur Zivilgesellschaft ging nicht vom linken Diskurs über die Rolle des Staates aus, sondern durch die stagnierende Entwicklung des Staates, aber auch aufgrund des Aufkommens religiös geprägter Bewegungen. Diese setzten sich Mitte der 1980er Jahre mit Begriffen Gramscis über „Hegemonie“, „Kultur“ sowie „Zivilgesellschaft“ auseinander. Von den Linken wurden diese Konzepte zunächst nur selektiv durch Intellektuelle in den Magrib-Staaten übernommen. Jedoch ging die Debatte mehr in Richtung Einschränkung der Macht der Islamisten und nicht des Staates gegenüber der Gesellschaft. In den Magrib-Staaten kam es aufgrund der politischen Gegebenheiten zu einer neuen Gewichtung der Zivilgesellschaft im linken Diskurs.⁷⁴

Burhān Ġalyūn sieht das Konzept folgendermaßen: Laut ihm ist der Terminus analytisch, und soll zwischen sozialen und politischen Organisationen unterscheiden. Intermediäre Organisationen, also zivile nichtstaatliche, soziale, ökonomische, kulturelle sowie religiöse, können als *„die Verkörperung der Zivilgesellschaft“*⁷⁵ bezeichnet werden. Da *„jede politische Ordnung ihre spezifische Zivilgesellschaft hat und jede Zivilgesellschaft ihren spezifischen Staat oder ihre politische Ordnung“*⁷⁶, bilden sie eine Einheit.

Für Ġalyūn ist der Staat notwendig, da er den äußeren Rahmen der unterschiedlichen Interessen bildet. Laut ihm förderte der arabische Staat nicht die Bildung einer Einheit, sondern wollte durch eine nationalistische Ideologie eine totalitäre Herrschaft aufbauen.

⁷³ Vgl. Ibrahim, Ferhad (1995): Die arabische Debatte über Zivilgesellschaft. In: Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi: Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. S. 33-34.

⁷⁴ Vgl. a.a.O. S. 34-35.

⁷⁵ A.a.O S.36.

⁷⁶ Ibid.

Somit betrachtet er den Ruf nach einer Zivilgesellschaft als wichtig, jedoch lässt der Staat ihre Etablierung nicht zu. Allerdings meint er, ein Aufbau von nicht-politischen Institutionen könne ein richtiger Weg sein. Seiner Meinung nach haben es religiös geprägte Bewegungen geschafft, zivile Foren zu schaffen, liberale jedoch nicht, „*sie blieben Gefangene ihrer etastischen Wandlungsvorstellungen.*“⁷⁷

Allerdings relativiert er auch die Zivilgesellschaft als Motor eines Wandels, da der Staat vom internationalen System gegen die Zivilgesellschaft unterstützt werden könnte. Dies macht er anhand islamistisch-geprägter Bewegungen ersichtlich. Zudem meint er, dass zwischen Demokratisierung und Zivilgesellschaft unterschieden werden müsse. Eine Demokratisierung muss nicht die Probleme der Zivilgesellschaft lösen. Der Wandel müsse weiters in der gesamten arabischen Welt stattfinden.⁷⁸

Andere Linke Autoren schätzen die Rolle des Staates in der Entwicklung einer Zivilgesellschaft anders ein. Die linke Debatte ist von unterschiedlichen Diskursen geprägt.⁷⁹

2.2.2 Die religiös geprägte Debatte und al- muğtama‘ al-ahlī:

Die Aussage der Islam sei „Dīn wa-dawla“ (also Religion und Staat) impliziert, dass man Religion nicht als Teilsystem betrachtet. Allerdings bemühte man sich auch, religiöse Systeme neu bzw. den Islam historisch neu auszulegen. Dies begann mit Aš-šayḥ ‘Alī ‘Abd ar-Rāziq in seinem Buch „al-islām wa-‘uṣūl al-ḥukm“ (Der Islam und die Grundlage der Politik). Er versuchte darzulegen, dass der Prophet als politischer Herrscher der islamischen Gemeinde nur aufgrund besonderer historischer Gegebenheit fungierte und dass dies nicht zu den islamischen Grundsätzen gehörte.⁸⁰

In der religiös geprägten Debatte begründet man, dass Normen der Moderne schon im Islam ihre Gültigkeit besitzen. Ein Beispiel dafür ist die Demokratie, die dem islamischen Šūra- Prinzip gleichgesetzt wird, sowie der Pluralismus und die Meinungsfreiheit.⁸¹

⁷⁷ Ibrahim, Ferhad (1995): Die arabische Debatte über Zivilgesellschaft. In: Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi: Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. S. 36.

⁷⁸ Vgl. a.a.O. S. 36 – 37.

⁷⁹ Vgl. a.a.O. S. 37.

⁸⁰ Vgl. Ibrahim, Ferhad (1995): Die arabische Debatte über Zivilgesellschaft. In: Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi: Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. S. S. 38.

⁸¹ Vgl. a.a.O. S. 38- 39.

Dem Begriff des al-muğtama‘ al-madanī (Zivilgesellschaft) wird der Begriff al-muğtama‘ al-ahlī (Bürgergesellschaft) gegenübergestellt. Der Terminus „drückt die Zugehörigkeit zur islamischen Kultur aus und grenzt die Bürger gegen die Staatsverwalter ab, die nach der Terminologie des islamischen Historikers Ibn Khaldun „Ahl al-Dawla“ (Leute des Staates) heißen.“⁸² Laut Kawṭarānī umfassen die Bürgergesellschaft und ihre Institutionen die Sphäre zwischen Familie und Staat. Kawṭarānī setzte sich mit der okzidentalen Wissenschaft über die islamische Gesellschaft auseinander, und falsifiziert diese in einer historischen Betrachtungsweise: Laut ihm habe es immer eine Volksgesellschaft gegeben. Deutlich wird das durch die Existenz sozial autonomer Institutionen, beispielsweise religiöse Stiftungen (Waqf), Gilden, unabhängige Rechtsgelehrte (‘ulamā’) sowie weitere Einrichtungen.⁸³

Wağīh, Kawṭarānī, Ḥālid Ziyāda, Burhān Ġalyūn, Sayid ad-Dīn ‘Abd al-Fattāh Ismā‘īl sind gegen eine Verbannung des Islams aus der Politik bzw. aus der Ebene der Zivilgesellschaft. Laut ihnen wurde durch die Etablierung weltlicher Staaten die islamische ‘umma unterdrückt. Akteure einer Bürgergesellschaft waren „ahl al-ḥiraf wa-ṭ-ṭuruq wa-ṭ-ṭawā’if“ (die Gilden), „al-waqf“ (Stiftungswesen) aber auch Kulturvereine und religiöse Bewegungen. Diese Gruppierungen waren von der Herrschaft relativ autonom und konnten Individuum, Familie und soziale Gruppen integrieren. Diesen „demokratische[n] Geist der arabischen Kultur“⁸⁴ gilt es wiederzubeleben und zwar durch die Etablierung einer religiös geprägten Bürgergesellschaft. Denn dieser sei durch den modernistischen Staat im 20. Jahrhundert beinahe zerstört worden.⁸⁵

Das islamische Mittelalter wird zudem als Blütezeit des Islams betrachtet. Es existierte ein „mittelalterlicher Gesellschaftsvertrag“ und es bestanden etablierte freiheitliche Räume. Dieser Vertrag wurde vom modernen Staat aufgekündigt, welcher nun in alle Bereiche der Gesellschaft eindrang.⁸⁶ Folge davon ist eine Zerstörung der „traditionelle[n] intermediäre[n] Sphäre, die eine organisatorische und kulturelle Vielfalt zugelassen hatte, (...)ohne dass sich im Gegenzug alternative demokratische Strukturen hätten etablieren

⁸² Ibrahim, Ferhad (1995): Die arabische Debatte über Zivilgesellschaft. In: Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi: Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. S. 39.

⁸³ Vgl. a.a.O. S. 39- 40.

⁸⁴ Hamzawy, Amr (2005): Zeitgenössisches politisches Denken in der arabischen Welt: Kontinuität und Wandel. S. 37.

⁸⁵ Vgl. ibid.

⁸⁶ Vgl. a.a.O. S. 38-39.

können.“⁸⁷

In der religiös geprägten Debatte wird die Übernahme von westlichen Begriffen kritisiert. So beispielsweise von Sayid ad-Dīn ‘Abd al-Fattāh, welcher die *„Suche nach islamischen Äquivalenten für westliche Begriffe wie Demokratie/Shura-Prinzip ..., weil zum einen Shura anders als Demokratie in einem islamischen Begrifflichkeitssystem eingebettet ist und zum anderen semantisch eine andere Bedeutung hat als die westliche Demokratie“*⁸⁸, ablehnt.

Zivilgesellschaft wird ebenfalls als Mode- oder Wanderbegriff bezeichnet. Das Konzept vernachlässige die Geschichte im islamischen Kontext. Daher sollte der Begriff nicht einfach übernommen werden, sondern ist im islamischen Kontext zu überprüfen. Im Islam gibt es zwei Arten gesellschaftlicher sowie politischer Institutionen: Die Institutionen der Gemeinschaft (mu’assasāt al-‘umma) sowie die Institutionen der Herrschaft (mu’assasāt aṣ-ṣulṭa). Sie bilden zwar eine Einheit, unterscheiden sich aber hinsichtlich ihrer Funktionen.⁸⁹ Die Institutionen der Gemeinschaft können folgendermaßen reaktiviert werden:

- *„Errichtung einer politischen Ordnung nach den Grundsätzen des islamischen Rechts, die das Zusammenwirken der politischen Institutionen und der Institutionen der Gemeinschaft ermöglichen.*
- *Bedeutungszuwachs der Institutionen der Gemeinschaft, der religiösen Stiftungen sowie der Moscheen und Rechtsgelehrten.“*⁹⁰

Eine andere Sichtweise stellt jene von Fahmī l-Huwaydī dar, welcher Zivilgesellschaft als islamkonform betrachtet, und in ihr keinen Widerspruch zu einem islamischen Staat sieht, da die Gemeinschaft (‘umma) die eigentliche Macht besitze und auch Herrschende jederzeit absetzen könne.⁹¹ So meint er: *„Die Grundlagen des Konzeptes der Zivilgesellschaft sind in der Idee des islamischen Staates impliziert. Als die islamische Nahda-Bewegung in Tunesien zur Konsolidierung der Zivilgesellschaft aufrief, hat sie lediglich eines der Prinzipien, auf denen das islamische Projekt aufgebaut ist, zum*

⁸⁷ A.a. O. S. 39.

⁸⁸ Ibrahim, Ferhad (1995): Die arabische Debatte über Zivilgesellschaft. In: Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi: Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient S. 41.

⁸⁹ Vgl. a.a. O. S. 41-42.

⁹⁰ A.a. O. S. 42.

⁹¹ Vgl. a.a.O. S. 42-43

Ausdruck gebracht.“⁹²

Die dargestellten Diskurse machen die Existenz der verschiedenen Positionen innerhalb der religiös geprägten Debatte deutlich.

2.3 Kritik am Konzept der Zivilgesellschaft

Die unterschiedlichen Vorstellungen über das Konzept der Zivilgesellschaft sind von verschiedenen Staatstheorien und Staatsbildern geprägt. Vor allem wird dies bei einer Betrachtung der darüber existenten Debatten ersichtlich. Je nach ideologischer Überzeugung lassen sich differenzierte Aufgaben und Ziele einer Zivilgesellschaft ableiten. Abdelrahman sieht jede Konzeptualisierung eines sozialen Phänomens als ideologisch besetzt: *„the conceptualization of any social phenomenon is not neutral; it is often influenced by, and thus reflects, the political persuasions and ideological outlooks of individuals engaged in the formulation of theory.“*⁹³ Der Mangel einer genauen Definition von Zivilgesellschaft hat zu einer endlosen Debatte geführt, innerhalb derer auch das gesamte Konzept in Frage gestellt wurde. Das Konzept der Zivilgesellschaft ist Objekt ideologischer Manipulationen durch verschiedene Lager geworden.⁹⁴

Zwar wurde es bereits im 17. Jahrhundert aufgegriffen, allerdings konnte das Konzept erst im 19. Jahrhundert Eingang in die politische Theorie finden. Zurückführen kann man dies auf eine Umlagerung des politischen Diskurses vom Staat auf die Zivilgesellschaft. Man war davon überzeugt, dass eine strikte Trennung zwischen staatlicher und ökonomischer Sphäre notwendig sei. Der Gedanke, die Dominanz des Staates gehe einher mit der Vormachtstellung über die Bevölkerung, war schon im 17. Jahrhundert präsent und führte zu der Auffassung, dass es notwendig sei, die Rolle des Staates einzugrenzen und zu minimieren. J.S. Mill und de Tocqueville forderten eine pluralistische, selbst-organisierte Zivilgesellschaft, welche notwendigerweise in einen Zustand der natürlichen Harmonie münden würde. Behindert wäre er nur durch eine staatliche Intervention.⁹⁵ De Tocqueville betrachtete soziale und politische Vereinigungen als *“the best means of limiting State*

⁹² Huwaida (1992): S. 199. zit. nach: a.a. O. S. 43.

⁹³ Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 10.

⁹⁴ Vgl. a.a.O. S. 18 -19.

⁹⁵ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 19-20.

power and holding it accountable.”⁹⁶ Man glaubte, soziale, kulturelle, professionelle sowie religiöse Vereinigungen, die in der Sphäre der Zivilgesellschaft angesiedelt waren, besäßen das Potenzial, die überragende Macht des Staates unter Kontrolle zu halten. Für die Liberalen bedeutete die Existenz zahlreicher Vereinigungen sowohl ein Mittel um öffentliche und private Interessen wiederherzustellen, als auch eine Garantie für eine nichtvollkommene Ausübung der Staatsmacht.⁹⁷

Größter Kritikpunkt war, dass das Konzept als Allheilmittel betrachtet wurde, während die internen Schwächen und Mängel der Zivilgesellschaft völlig außer Acht gelassen wurden. Die Zivilgesellschaft wurde dem Staat gegenübergestellt, der als „*necessary evil*“⁹⁸ betrachtet, während die „*natural society*“⁹⁹ als ein „*unqualified good*“¹⁰⁰ angesehen wurde.

Skocpol macht auf eine weitere Problematik aufmerksam: Sie zeigt in ihrem Staatskonzept auf, dass der Staat nicht nur seine eigenen Institutionen mobilisieren kann, sondern auch „Non-State Actors“, wie beispielsweise Nichtregierungsorganisationen (NGOs).¹⁰¹

Walzer betrachtet eben diese Staatsmacht als essentiell, um die Zivilgesellschaft zu stärken und zu schützen. Wenn die Zivilgesellschaft sich allein überlassen wird, dann könne sie „*generate radically unequal power relations, which only state power can challenge.*”¹⁰²

Zudem könne die Zivilgesellschaft den Staat bedrohen, beispielsweise wenn Organisationen vom Ausland unterstützt werden.¹⁰³ Die Grenzen zwischen Staat und Zivilgesellschaft sind nie fest, sondern ändern sich kontinuierlich. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass „*public and private are not natural divisions, but socially and historically constructed ones. One of the ways in which the state expands its reach is to re-draw the public/private boundaries, and reconstitute the definition of the private, so as to make it legitimate for the state to intervene in areas which had hitherto been considered inviolable.*”¹⁰⁴

⁹⁶ A.a.O. S. 26.

⁹⁷ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt.. S. 26.

⁹⁸ Keane (1988): S. 35. zit. nach: a.a.O. S. 20.

⁹⁹ Ibid.

¹⁰⁰ Ibid.

¹⁰¹ Vgl. Skocpol. zit. nach: a.a.O. S. 14.

¹⁰² Walzer (1995): S. 22. zit. nach: a.a.O. S. 29.

¹⁰³ Vgl. ibid.

¹⁰⁴ Hall (1990): S. 21-22. zit. nach: ibid.

Das Konzept der Zivilgesellschaft konnte seinen richtigen Aufschwung im Zeitalter des Neoliberalismus ab den 1980er Jahren erzielen: Man erwartete von zivilgesellschaftlichen Akteuren, Aufgaben zu übernehmen, von denen sich der Staat zurückgezogen hatte. Im Mittelpunkt des Neoliberalismus standen die Minimierung der staatlichen Rolle, die Privatisierung des öffentlichen Sektors sowie ein Abbau des Wohlfahrtsystems. In diesem Paradigma wurde erwartet, dass der Rückzug des Staates aus verschiedenen Bereichen der sozialen Leistungen von NGOs wiedergutmacht werden könnte.¹⁰⁵ Darin wird aber ein Versuch gesehen durch Strukturanpassungsprogramme hervorgerufene negative Effekte wiedergutzumachen bzw. den Neoliberalismus zu legitimieren: *“the role of NGOs is in reality the pacification of “people suffering from the effects of structural adjustment programmes” and the legitimation of these measures as well as the World Bank/IMF strategies.”*¹⁰⁶ Abdelrahman meint diesbezüglich *„it seems that in recent years the concept has become the monopoly of proponents of the neo-liberal project, who emphasize a correlation between civil society and democracy.”*¹⁰⁷

Es wird angenommen, dass es einer liberalen Wirtschaftsordnung bedarf, um Demokratie erreichen zu können. Man versucht einen Zusammenhang zwischen fehlender Demokratie und wirtschaftlichen Faktoren herzustellen. Somit geht man davon aus, dass durch den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft die autoritäre Staatsform eliminiert und stattdessen demokratische Regierungen entstehen würden. Multilaterale Finanzinstitutionen begannen Forderungen nach Demokratie zu stellen, wobei die liberale Demokratie als das beste politische System und als Endziel, indem alle sozialen und politischen Kämpfe münden sollen, dargestellt wird.¹⁰⁸ Diese angenommene demokratiefördernde Kraft zivilgesellschaftlicher Akteure wird allerdings von vielen Theoretikern insbesondere in der Transitionsforschung in Frage gestellt, da man erkannt hatte, dass die Zivilgesellschaft in vielen Staaten zu schwach sei, ihre Anliegen gegenüber den Regimen durchzusetzen.¹⁰⁹

Das Argument, der einzige Weg um ein demokratisches System zu erzielen, sei eine Reduzierung der Präsenz des Staates in der Wirtschaft, ignoriert allerdings wesentliche Aspekte. Die Ungleichheiten in Wohlstand und Verteilung von Leistungen, welche mit der liberalen Marktwirtschaft einhergehen, werden außer Acht gelassen, und somit deren

¹⁰⁵ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 25.

¹⁰⁶ Ibid.

¹⁰⁷ A.a.O. S. 29.

¹⁰⁸ Vgl. a.a. O. S. 30-31.

¹⁰⁹ Vgl. Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (2005): Lexikon der Politikwissenschaft. Band 2. N-Z. S. 1176.

negative Effekte auf die politische Gleichheit übersehen. Vor allem wird diese These stark kritisiert, da es keineswegs selbstverständlich sei, dass ökonomische Entwicklung notwendigerweise auch politische Gleichheit oder gar Demokratie mit sich bringen könnte. Zudem kann die Zivilgesellschaft den Staat nicht zur Rechenschaft ziehen, bevor diese nicht selbst demokratisch strukturiert ist. Die Abwesenheit einer internen Demokratie innerhalb zivilgesellschaftlichen Organisationen hat ihr Potential für die Demokratisierung des Staates neutralisiert.¹¹⁰

Darüber hinaus lassen sich zahlreiche Fragen hinsichtlich der Typisierung der zivilgesellschaftlichen Akteure stellen: Sollen alle Institutionen, die nicht dem Staat zugehören, als Akteure der Zivilgesellschaft bezeichnet werden? Wo beginnt der Staat und wo endet er? Können alle Vereinigungen, die außerhalb der Sphäre des Staates operieren, als Teil der Zivilgesellschaft betrachtet werden, abgesehen von ihren Zielen und ihrer Mission? Gehören demnach auch fundamentale religiöse Gruppierungen, Neonazis oder die Mafia zu Akteuren der Zivilgesellschaft? Wer zieht eine Grenze zwischen dem, was als Zivilgesellschaft zu bezeichnen ist und was nicht? Das zentrale Problem im Konzept ist, dass je öfter der Begriff benutzt wird, umso verschwommener seine Definition wird. Je unklarer das Konzept erscheint, desto größer ist wiederum die Wahrscheinlichkeit, dass es für partikuläre ideologische Absichten ausgenützt wird.¹¹¹

2.4 Das Konzept des „Korporatismus“

Einer der zentralen Gründe für das Hinterfragen des Potentials zivilgesellschaftlicher Akteure, Gleichheit und Demokratie herbeizuführen, ist die Problematik, „*that these associations are „corporatist by design.*“¹¹²

Das von Schmitter geprägte Konzept des Korporatismus wurde vielfach verwendet um die Beziehung zwischen Staat und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu beschreiben. Schmitter definiert Korporatismus als „*system of interest representation in which the constituent units are organized into a limited number of singularly, compulsory, non-competitive, hierarchically ordered and functionally differentiated categories, recognized or licensed (if*

¹¹⁰ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 34 - 35.

¹¹¹ Vgl. a.a.O. S. 26.

¹¹² Levine (1995): S. 161. zit. nach: Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 36.

not created) by the state and granted to a deliberate representational monopoly within their respective categories in exchange for observing certain controls on their selection of leaders and articulation of demands and supports.“¹¹³

Er macht eine Unterscheidung zwischen zwei Subformen, dem gesellschaftlichen sowie dem staatlichen Korporatismus. Der gesellschaftliche Korporatismus findet sich in demokratischen Regimen; Korporatismus ist hier ein System der Interessensvermittlung entwickelt von der Bevölkerung.¹¹⁴ Der gesellschaftliche Korporatismus, welcher auch als Neo-Korporatismus bezeichnet wird, meint autonome Interessensvereinigungen, die in den Staat eindringen und ihn beeinflussen.¹¹⁵

Der staatliche Korporatismus hingegen ist in autoritären Regimen zu finden, und wurde der Gesellschaft von oben, also vom Staat auferlegt.¹¹⁶ Die Einbindung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen erfolgt im staatlichen Korporatismus somit auf eine erzwungene Weise.¹¹⁷ Wichtig bei Schmitters Definition ist, dass sie die Abhängigkeit von Interessensorganisationen vom Staat klar ersichtlich macht. Dass der Staat diese Gruppen lizenziert bzw. diese auch gründet, zeigt seine Dominanz. Staatlicher Korporatismus ist ein Modell, in dem Interessen von Vereinigungen abhängig vom Staat sind und sogar zu seinen Hilfsorganisationen werden.¹¹⁸

Das Konzept des “Corporatism” beinhaltet laut Schmitter drei wesentliche Punkte:

- a) *„units of the system of interest representation (such as NGOs) are organized into singular, non-competitive, and functionally differentiated categories*
- b) *the State licenses, and in some cases creates, these organizations, and*
- c) *the State awards these organizations certain privileges in return for their accepting various forms of control over their activities*”¹¹⁹

Der staatliche Korporatismus geht wie der gesellschaftliche einen Sozialvertrag ein,

¹¹³ Schmitter (1979): S. 13. zit. nach ibid.

¹¹⁴ Vgl. Fahmy, Ninette S. (2002) The Politics of Egypt State-Society Relationship. Kapitel 2.

¹¹⁵ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 36. sowie Goldin, Adrian: Corporatism, Neo-Corporatism, and Freedom of Association. Aufrufbar unter: <http://www.labourlawresearch.net/Portals/0/GOLDIN,%20CORPORATISM...%20THE%20PAPER.pdf>. 13.2.2013.

¹¹⁶ Vgl. Fahmy, Ninette S. (2002) The Politics of Egypt State-Society Relationship. Kapitel 2.

¹¹⁷ Vgl. Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (2005): Lexikon der Politikwissenschaft. A-M. S. 484.

¹¹⁸ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 36.

¹¹⁹ Vgl. Schmitter (1974). zit. nach: a.a. O. S. 121.

allerdings unterscheidet sich der Austauschprozess. Es werden ökonomische Begünstigungen gegen politische Dominanz eingetauscht. Der Staat stellt den Gruppen Vorteile zur Verfügung, behält sich allerdings alle Rechte der Kontrolle und Selektion der Leiter vor. Zwang ist immer präsent und wird zeitweise vom Staat angewandt. Das Ausmaß des staatlichen Korporatismus hängt davon ab, wie oft von Zwangsmechanismen Gebrauch gemacht wird.¹²⁰

2.5 Sind arabische Staaten „uncivil“ societies?

Die Problematik, die sich im Nahen und Mittleren Osten ergibt, ist, dass zivilgesellschaftliche Organisationen einer strengen Repression unterworfen sind. So können sie jederzeit verboten werden. Oft ist es nicht möglich, dass sich gesellschaftliche Gruppen autonom, sowohl finanziell als auch personell, organisieren. Aus der Angst heraus, es könnten sich Gegeneliten bilden, sind auch karitative Institutionen starker Kontrolle ausgesetzt. Die Regime haben allerdings die Wohlfahrtsleistungen privaten Akteuren überlassen – konnten jedoch weiterhin die Kontrolle über diese beibehalten.¹²¹

Durch die initiierte politische Liberalisierung in einigen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens entstanden zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen. Somit glaubte man, es würde sich eine Landschaft von sozialen Akteuren entwickeln, die in einen sozialen Wandel münden würde. Diese „Akteure des Wandels“ würden Demokratisierungsprozesse nach sich ziehen.¹²² Allerdings kann, wie Albrecht aufzeigt, die Opposition selbst für Stabilität und Widerstandsfähigkeit autoritärer Regime sorgen.¹²³ Bei einer Betrachtung der politischen Umbrüche im Nahen und Mittleren Osten seit 2010 kann man jedoch beobachten, dass sich Widerstandskräfte entwickeln konnten, die einen Wandel auslösten. Inwieweit diese tatsächlich in Demokratisierungsprozesse münden, bleibt offen.

Zivilgesellschaftliche Akteure müssen drei Bedingungen erfüllen, damit sie ihren Anforderungen gerecht werden:

¹²⁰ Vgl. Fahmy, Ninette S. (2002): The Politics of Egypt State-Society Relationship. Kapitel 2.

¹²¹ Vgl. Schlumberger, Oliver (2008): Autoritarismus in der arabischen Welt. S. 105-106.

¹²² Vgl. a.a. O. S. 107.

¹²³ Vgl. Albrecht, Holger (2005): How Can Opposition Support Authoritarianism? Lessons from Egypt. S. 378.

- *„Der Staat hält sich in seinem Umfang mit gesellschaftlichen Akteuren an gewisse Spielregeln und erkennt insbesondere deren Autonomie an.*
- *Bürger treten freiwillig miteinander in Beziehungen, welche nicht ausschließlich primordiale Bindungen replizieren.*
- *Staat und Gesellschaft anerkennen und schützen die Ausübung des Bürgerrechts auf abweichende Meinung, einschließlich der Äußerung an Meinungen, die von der Mehrheit abweichen – vorausgesetzt diese Minoritäten üben keine Gewalt aus, um andere von ihrer Meinung zu überzeugen.“¹²⁴*

Oft erfüllen gesellschaftliche Organisationen in arabischen Staaten den ersten Punkt nicht. Wenn diese nicht der staatlichen Kontrolle unterliegen, dann bewegen sie sich auf einem sehr unsicherem Gebiet. Sie können jederzeit aufgelöst werden, und sind mit einer starken staatlichen Repression konfrontiert. Insbesondere Finanzierungsfragen (beispielsweise im Falle des Erhalts ausländischer Förderungen) werden genauestens überprüft und oft als Grund für Verbote oder Interventionen in einer Organisation verwendet. In Fragen des Personals sind NGOs ebenso sehr selten unabhängig. Es wird entweder direkt interveniert, oder Personen in der Führung ausgetauscht. Zudem werden Anreize angeboten, wenn NGOs mit dem Staat kooperieren. Allerdings handelt es sich nicht um Kooperation, sondern um „Kooptierung“. Zudem existiert ein Großteil der offiziell registrierten NGOs de facto nicht, oder sie sind *„ein neues Instrument der sozialen Kontrolle der Regime über ihre Bevölkerung.“¹²⁵*

Darüber hinaus werden NGOs oft nicht gegründet, um gesellschaftliche Probleme zu lösen, sondern vielmehr aufgrund partikularer, individueller Interessen. Oft gründen Einzelpersonen oder Angehörige der herrschenden Eliten ihre eigenen NGOs. (Als Beispiel lassen sich Hilfsorganisationen nennen, die vor allem von Ehefrauen der Präsidenten und Könige entweder gegründet oder geleitet werden.) Ziele dabei sind, das Themenfeld zu beherrschen, eine Entstehung oder Herausbildung von autonomen Kräften zu verhindern, aber auch rent-seeking Aktivitäten von Mitgliedern der Elite (z.B. Steuerbefreiungen oder staatliche Zuschüsse und Ähnliches) Es stellt sich daher folgende Frage: *„The question comes to mind as to whether, in fact, there is any civil society at all in the Arab Middle*

¹²⁴ Sayyid (1993): S. 230. zit. nach: Schlumberger, Oliver (2008): Autoritarismus in der arabischen Welt. S. 107.

¹²⁵ Schlumberger, Oliver (2008): Autoritarismus in der arabischen Welt. S.108.

East.“¹²⁶

Einige Studien kommen zu dem Schluss, dass es sich bei Zivilgesellschaften im arabischen Raum um „*uncivil societies*“¹²⁷ handle. In Wirklichkeit sind es GO-NGOs (government-organized NGOs) oder DO-NGOs (donor-organized NGOs).¹²⁸

Diesen Faktoren soll in der folgenden Analyse nachgegangen werden. Die zentrale Frage ist, wie die Zivilgesellschaft am Beispiel von NGOs in Ägypten zu bewerten ist. Kann auch hier von einem korporatistischen Modell oder gar von einer „uncivil society“ gesprochen werden?

2.6 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) als Beispiel zivilgesellschaftlicher Akteure

2.6.1 Definitionen und ihre Schwächen

Ähnlich der Problematik bei der Definition des Terminus Zivilgesellschaft verhält es sich mit dem Terminus „Non-Governmental Organisation“ (NGO). Das Fehlen einer präzisen und bedeutungsvollen Erklärung ist ein zentrales konzeptionelles sowie methodologisches Problem. Der Begriff ist eine Art „*catch-all*“ *term*“¹²⁹, welcher eine negative Konnotation besitzt, die durch „non“ dargestellt wird. Dies impliziert, dass NGOs nur in Verbindung zu „governmental organisations“, also Regierungsorganisationen, existieren.¹³⁰ Diese negative Konzeptualisierung führt dazu, dass NGOs auf eine „Restkategorie“ reduziert werden, wobei der Staat und seine Regierung als negativ dargestellt werden, und gleichzeitig ein positives Bild von NGOs vermittelt wird.¹³¹

Der Terminus wurde von den Vereinten Nationen geprägt, um verschiedenen Interessensgruppen und internationalen Organisationen einen offiziellen Status zu gewähren. Er wird folgendermaßen definiert: „*any organisation which is not part of government and which has not been established as a result of an agreement between*

¹²⁶ Schlumberger (2000): S.115. zit. nach: *ibid*.

¹²⁷ Abdelrahman (2002): zit. nach. Schlumberger, Oliver (2008): Autoritarismus in der arabischen Welt. S.109.

¹²⁸ Vgl. a.a.O. S. 108-109.

¹²⁹ Abdelrahman, Maha M. (2004): *Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt*. S. 41.

¹³⁰ Vgl. *ibid* und Chraibi, Mohamede (2012): Die Bedeutung der arabischen NGOs für die Stärkung der Zivilgesellschaft. Eine empirische Untersuchung am Beispiel Jemen. S. 30.

¹³¹ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): *Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt*. S. 41.

governments.”¹³² Diese Definition ist sehr weit gefasst und könnte alle möglichen Organisationen, wie beispielsweise auch multinationale Gesellschaften, Berufsverbände, oder religiöse Institutionen umfassen.¹³³

Eine weitere Begriffsbestimmung stammt von der Weltbank: Demnach sind NGOs *„groups and institutions that are entirely or largely independent of government and characterized by humanitarian or cooperative rather than commercial objectives...private organizations that pursue activities to relieve suffering, promote the interests of the poor, protect the environment, or undertake community development.*”¹³⁴

In den letzten zwei Jahrzehnten wurden Versuche gemacht, spezifischere Klassifikationen und Definitionen von NGOs zu formulieren. So wird beispielsweise zwischen privaten, freiwilligen Vereinigungen, auf Gemeinschaft basierenden Organisationen, freiwilligen Entwicklungsorganisationen u.s.w. unterschieden. Zudem wird eine Differenzierung zwischen nationalen, regionalen, oder lokalen Organisationen gemacht. Darüber hinaus gibt es Klassifikationen hinsichtlich der Mitglieder. Eine weitere Form sind „QasiNGOs“, eine Form von auf weitgehender Weise kooptierten NGOs. Oft sind ihre Führungskräfte vom Staat nominiert und der Öffentlichkeit gegenüber nicht rechenschaftspflichtig. Weiters unterscheidet man zwischen NGOs, die in Entwicklungsfragen tätig sind, sowie jenen, die sich gewissen politischen Themen widmen, wie beispielsweise Menschenrechte, Frauenrechte oder Umweltfragen, sogenannte Advocacy Organisations.¹³⁵

Die Kritik an diesen zahlreichen Klassifikationen lautet, dass dadurch ein Risiko für eine Übervereinfachung entsteht. So meint Tvedt, dass dieses „Klassifikationssystem“ oft ein verdrehtes Bild der komplexen Realität und der komplexen Beziehungen vermittelt. NGOs sind sehr differenziert, sowohl hinsichtlich ihrer Funktionen und Rollen als auch ihrer Ziele.¹³⁶

Der Mangel an einem allgemein verständlichen Konzept von NGOs, bzw. auch von Zivilgesellschaft wirkt sich negativ auf Forschungen in diesem Bereich aus. Dadurch wird der Erhalt von Informationen über NGOs, sowie eine komparative Analyse dieses Sektors erschwert. Eine weitere Problematik sind fehlende Informationen hinsichtlich der

¹³² United Nations: zit. nach: Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 41.

¹³³ Vgl. *ibid.*

¹³⁴ Weltbank: zit. nach: a.a. O. S. 41-42.

¹³⁵ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt.. S. 42.

¹³⁶ Vgl. *ibid.*

Finanzierung.¹³⁷ Es stellt sich die Frage, wie viele Gelder NGOs durch offizielle Förderungen bereitstehen. Oft sind Geberorganisationen in der Veröffentlichung ihrer Förderungen an NGOs sehr ungenau. Zwischen Daten der OECD für zentrale Geber und den veröffentlichten nationalen Informationen gibt es weite Diskrepanzen. Offizielle Förderungen haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten allerdings dramatisch erhöht.¹³⁸

In einigen Bereichen ist der Beitrag von NGOs sehr groß, besondere Leistungen erzielen sie im Gesundheitsbereich in den Dritte-Welt-Staaten. NGOs stellen sogar ein Drittel der medizinischen Versorgung in den meisten afrikanischen Staaten bereit. Laut einer Schätzung bieten NGOs 70-75% der Gesundheitsfürsorge für Niedrigverdiener in Ägypten an.¹³⁹ In der Literatur wird oft davon ausgegangen, dass NGOs gute Chancen in folgenden Bereichen besitzen: Erreichung der Armen und Bedürftigen, Kreativität sowie Innovation bei der Lösung bestehender Probleme, sowie Flexibilität und Freiheit von bürokratischen Regulationen. Dadurch erwartet man sich verschiedene Ergebnisse: Man geht beispielsweise davon aus, dass lokale Gemeinschaften gestärkt würden. Diese würden wiederum zur Etablierung eines demokratischen Systems sowie zu demokratischen Prozessen führen. Möglich wäre das, da NGOs zivilgesellschaftliche Akteure stärken würden, die zwischen dem Individuum und dem Staat vermitteln. Das könnte zu einer größeren Verantwortung sowie eine Rechenschaftspflicht seitens des Staates führen, was wiederum die Errichtung eines demokratischen Systems nach sich ziehen könnte.¹⁴⁰

Es ist äußerst schwer, die tatsächliche Anzahl der NGOs auf der Welt, ihre Ressourcen sowie die Verwendung dieser Ressourcen zu erschließen. Diese Schwierigkeit resultiert auch aus der Frage, wann man überhaupt von einer NGO sprechen kann. Das weitere Problem, dass sich hier ergibt, sind die unterschiedlichen „Gefühle“, die in der Sozialwissenschaft mit diesem Konzept in Verbindung stehen. Tätigkeiten von NGOs werden zwar geschätzt, allerdings werden NGOs auch massiv kritisiert. Der Mangel an Informationen in sogenannten Dritte-Welt-Staaten resultiert aus bewussten Manipulationen durch nationale Regierungen, welche absichtlich die Größe des NGOs Sektor, über – oder unterbewerten, je nachdem welche politische Agenda verfolgt wird.¹⁴¹

¹³⁷ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 43.

¹³⁸ Vgl. a.a. O. S. 44.

¹³⁹ Vgl. a.a. O. S. 45.

¹⁴⁰ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 40.

¹⁴¹ Vgl. a.a. O. S. 44.

2.6.2 Geschichtliche Entwicklung von NGOs

Zwar ist der Terminus „NGO“ neu, das Konzept jedoch sehr alt. Es gab immer schon Akteure, die darauf abzielten, staatliche Strukturen zu ergänzen, indem sie auf soziale Probleme, Umweltkatastrophen oder ökonomische Schwierigkeiten antworteten. Die Geschichte moderner NGOs kann in drei Perioden unterteilt werden:

- 1920-1950
- 1950- Mitte 1970
- ab den 1980er Jahren¹⁴²

1920-1950:

Obwohl moderne NGOs in westlichen Staaten schon seit dem 1. Weltkrieg existierten, war die wichtigste Periode die des zweiten Weltkrieges sowie die Zeit unmittelbar danach. Hier begannen sich, aufgrund der aus dem zweiten Weltkrieg hervorgegangenen massiven Zerstörung, zahlreiche westliche NGOs zu bilden. Beispiele hierfür sind das Internationale Komitee des Roten Kreuzes, CARE, World Vision oder Oxfam. Oft waren freiwillige Organisationen (voluntary organisations) in dieser Phase religiös inspiriert. Die Aktivitäten dieser NGOs konzentrierten sich in erster Linie darauf, Unterstützung anzubieten, beispielsweise wurde Hilfe für Kriegsoffer geleistet, oder der Wiederaufbau Europas unterstützt. Später entstanden auch Wohltätigkeitsorganisationen, welche auf eine Unterstützung finanziell Bedürftiger abzielten.¹⁴³

Die steigende Zahl von NGOs in Afrika wird auf den Kolonialismus sowie auf eine nachkoloniale Entwicklungspolitik zurückgeführt. Koloniale Mächte waren von christlich-geprägten Wohlfahrtsorganisationen begleitet.¹⁴⁴ Dies betrachten einige als Methode, mit der man durch Ausnutzung und Kooptierung lokaler sozialer Institutionen die Bevölkerung zu kontrollieren versuchte.

Vereinigungen während der Kolonialzeit waren in den meisten Fällen ethnisch geprägt und verstärkten dadurch die ethnischen Konflikte und Trennungslinien. Als problematisch

¹⁴² Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. O. S.46

¹⁴³ Vgl. ibid.

¹⁴⁴ Fowler (1992): zit. nach: a.a. O. S. 47.

wurde auch die voluntäre Tätigkeit betrachtet: koloniale Behörden nutzten die lokalen Institutionen aus, um erzwungene oder unbezahlte Arbeit zu fördern. Dies erfolgte „*for the construction of the physical infrastructure necessary for colonial accumulation.*“¹⁴⁵

Westliche NGOs, die in Kolonialstaaten agierten, waren insbesondere im Bereich der Gesundheit und der Bildung tätig. Oft förderten sie die Entstehung lokaler NGOs, die sich meist als eine Reaktion auf „importierte Ideologien und Religionen“ etablierten. Ägypten stellt hierfür ein Beispiel dar. Ägyptische NGOs entstanden Anfang des 20. Jahrhunderts als Antwort auf missionarische Gruppen, von denen man annahm, sie wollten durch Bereitstellung sozialer Leistungen für ärmere Bevölkerungsteile eine anti-islamische Ideologie verbreiten. Darüber hinaus sahen aber auch Bürger der ägyptischen Oberschicht und der Mittelklasse in westlichen NGOs ein faszinierendes Modell und gründeten somit ihre eigenen NGOs.¹⁴⁶

1950 – Mitte 1970:

Die 1950er und 1960er Jahre waren geprägt durch einen signifikanten Anstieg an westlichen NGOs und die Expansion ihrer Betätigungsfelder. Nationale Regierungen waren an NGO-Arbeit interessiert und begannen immer mehr Projekte zu finanzieren. Die ersten Regierungen, die Projekte mitfinanzierten, waren jene, die von christlich-demokratischen Parteien dominiert waren, also Deutschland und die Niederlande. Danach wurde eine ähnliche Politik von weiteren europäischen Staaten, sowie von Kanada und Australien verfolgt.¹⁴⁷ Zur selben Zeit begann man, NGOs als Allheilmittel für Probleme der Unterentwicklung zu betrachten.¹⁴⁸ Nach der Unabhängigkeit von den kolonialen Mächten waren viele Regime nicht vom Aufstieg der NGOs erfreut, und begannen somit Maßnahmen wie Kooptation, Kontrolle und Restriktion zu verfolgen, um jegliches Potential einer Entstehung oppositioneller Kräfte zu verhindern. Laut Korten wurden viele NGOs, die auch im Kampf für eine Unabhängigkeit eine Rolle gespielt hatten, „*reduced to instruments of patronage politics and largely lost their ability to provide independent leadership*“.¹⁴⁹

¹⁴⁵ Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 47.

¹⁴⁶ Vgl. *ibid.*

¹⁴⁷ a.a. O. S. 48 .

¹⁴⁸ Vgl. *ibid.*

¹⁴⁹ Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 49.

Ab den 1980er Jahren:

Der echte Aufschwung von NGOs erfolgte allerdings erst mit dem Aufstieg des Neoliberalismus. Die Wichtigkeit von NGOs in Entwicklungsfragen wird seit Anfang der 1980er Jahre, als Reaktion des staatlichen Versagens in der Lösung von Problemen, hervorgehoben. Man geht davon aus, dass staatszentrierte Lösungsansätze versagt hätten. NGOs sollten somit den Staat ersetzen.

Laut Abdelrahman ist der Aufschwung des Zivilgesellschaftskonzeptes und der NGOs einhergegangen mit dem Aufstieg der neoliberalen Politik in Westeuropa und Amerika. Heute sind NGOs zentrale Empfänger von Förderungen aus bilateralen sowie multilateralen Geberorganisationen. Diese wurden dadurch zu einem „*integral part of the new aid „industry“*“, *while a large extent, the concepts associated with their work “participation”, “empowerment” and democratization” have become the new orthodoxy in development thinking.*“¹⁵⁰

2.6.3 Mängel von NGOs

Diskussionen darüber, inwieweit NGOs wirklich unabhängig sind, sind stark polarisiert. Einerseits wird argumentiert, dass einer ihrer Vorteile eben ihre Unabhängigkeit von politischen und finanziellen Institutionen darstellt. Andererseits wird angenommen, NGOs seien sehr abhängig von Geberorganisationen.¹⁵¹ Abdelrahman zufolge riskiert jede NGO *“becoming complacency and even co-opted by the very system they criticize.”*¹⁵² Mitglieder von NGOs sind in der Regel ständig auf der Suche nach finanziellen Ressourcen, um Aktivitäten durchführen und ihre proklamierten Ziele erreichen zu können. Daher müssen sie um finanzielle Unterstützung bei Regierungen, multinationalen oder internationalen Finanzinstitutionen ansuchen. Insbesondere seit den 1980er Jahren ist es auch zu verstärkten Förderungsmaßnahmen für NGOs gekommen.¹⁵³

Oft haben Geberagenturen gewisse Prioritäten bezüglich des Typs der Projekte, die sie fördern. Somit formieren sich viele NGOs nach den Prioritäten der Geber und ihren Interessen, nur um eine Förderung zu erhalten, und nicht aufgrund tatsächlich existenter

¹⁵⁰ Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 2.

¹⁵¹ Vgl. a.a.O. S. 51.

¹⁵² Vgl. a.a.O. S. 52.

¹⁵³ Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 52.

Defizite im Land.¹⁵⁴ Die Erfahrung der NGOs, welche Arten von Projekten besonders attraktiv für Förderungen sind, steigt und daher formulieren sie ihre Prioritäten und Ziele danach. Daraus ergibt sich, dass die echten Bedürfnisse der Bevölkerung ignoriert werden – außer sie decken sich mit den Interessen der Geber. Dies kann auf fehlende Recherchen seitens der Geber zurückgeführt werden; es herrscht ein mangelndes Wissen über die echten Bedürfnisse.¹⁵⁵ Allerdings existiert auch eine andere Sichtweise: Das steigende Interesse von Geberinstitutionen NGOs zu fördern, gibt ihnen die Macht, über ihre Konditionen zu verhandeln. Somit sind die Geber nicht länger allein für die Forderungen und Bedingungen ausschlaggebend.¹⁵⁶

Die ausländische Finanzierung von NGOs bringt ein weiteres Problem mit sich: Die meisten Geber, sowohl Regierungen als auch Institutionen, stellen Hilfe bereit, für „*short-term projects rather than block grants*.“¹⁵⁷ Es wird angenommen, dass dieser Projekt-Zugang eine Methode sei, Entwicklungshilfe unter Kontrolle zu behalten.¹⁵⁸

Viele NGOs lehnen allerdings auch ausländische Förderungen strikt ab.¹⁵⁹

Ein weiteres Problem ist, dass NGOs nicht Probleme wie ethnische Gewalt, Bürgerkriege, oder politische Instabilität lösen können. Diese sind jedoch die Folgen eines sinkenden Lebensstandards, welcher oft durch Strukturanpassungsprogramme hervorgerufen wird. Die Involvierung der NGOs wird als kosmetischer Versuch der Weltbank betrachtet, ein „human face“¹⁶⁰ wiederzugeben.¹⁶¹

¹⁵⁴ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 61.

¹⁵⁵ Vgl. *ibid.*

¹⁵⁶ Vgl. a.a.O. S. 63.

¹⁵⁷ A.a.O. S. 61

¹⁵⁸ Vgl. *ibid.*

¹⁵⁹ Vgl. a.a.O. S. 64.

¹⁶⁰ Nelson (1995): S. 136. Zit nach. A.a. O. S. 58.

¹⁶¹ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 58-59.

3. Historischer Abriss Ägyptens

Dieses Kapitel soll einen kurzen Überblick über die politische Entwicklung Ägyptens ab dem 19. Jahrhundert bieten, um darauf aufbauend auf die Entwicklung der ägyptischen Zivilgesellschaft eingehen zu können.

Die Geschichte des modernen ägyptischen Staates wird oft mit der Herrschaft Muḥammad ‘Alīs (1805-1848) datiert.¹⁶² Geprägt war diese Phase von Agrarwirtschaft, Produktion und Handel sowie der Existenz ausländischer Bildungsmissionen.¹⁶³ Muḥammad ‘Alī konnte eine weitgehende Autonomie Ägyptens vom Osmanischen Reich erzielen. Dieses hatte das Land sehr lange regiert und war die dominierende Kraft in der gesamten Region. Muḥammad ‘Alīs Intention war es, Ägypten nach westlich-europäischem Modell zu formieren. Auf seinem Programm standen die Bildung einer starken nationalen Armee, die Etablierung umfangreicher industrieller Netzwerke, die Verwestlichung des traditionellen Bildungssystems sowie die Einführung von westlichem wissenschaftlichem und technischem Know-how. Er schuf eine stark zentralisierte Staatsbürokratie, denn diese war - seiner Meinung nach - die einzige Möglichkeit, seine politischen und ökonomischen Programme durchzusetzen.¹⁶⁴ Zwar konnte er eine starke Industrie und Staatsbürokratie aufbauen, allerdings wird sein Projekt eines westlich-geprägten Staates von einigen kritisch betrachtet – für diese gilt es als „Nachahmung“ kapitalistischer Systeme – *„an imitation of the capitalist States of Europa.- It was „capitalism“ without capitalists, where capitalist relations of production were missing.“*¹⁶⁵ Muḥammad ‘Alī bildete den Beginn der Integration Ägyptens im Weltwirtschaftssystem. Das Land wurde mehr denn je von Importen abhängig, aber er hinterließ es ohne Auslandsschulden.¹⁶⁶

Die Abhängigkeit Ägyptens von den Weltmärkten erreichte während der Herrschaft Abbas und Ismails, Muḥammad ‘Alīs Nachfolgern, einen alarmierenden Grad. Zudem hatte der britische Einfluss auf Ägypten weitreichende Folgen – so wurde beispielsweise

¹⁶² Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 86.

¹⁶³ Vgl. Kandil, Amani (1998): The nonprofit sector in Egypt. S. 122- 158. In: Anheier, Helmut K.; Salamon, Lester M.(1998): The nonprofit sector in the developing world. S. 126.

¹⁶⁴ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. Abdelrahman S. 86-87

¹⁶⁵ Vgl. Wabhba (1994): S. 18. zit. nach: a.a.O. S. 87.

¹⁶⁶ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 87.

Muḥammad ‘Alī’s modernes Bildungssystem in ein auf Gebühren basierendes System umgewandelt.¹⁶⁷

Am 22. Februar 1922 konnte Ägypten nun formell seine Unabhängigkeit erlangen, jedoch hatte sich Großbritannien weiterhin zahlreiche Rechte vorbehalten. Es wurde eine Verfassung proklamiert und am 19. April 1923 die konstitutionelle Monarchie ausgerufen. 1936 wurden einige der von den Briten ausbedungenen Rechte aufgehoben – dies wurde im Anglo – Ägyptischen Vertrag festgeschrieben. Allerdings war Ägypten während des zweiten Weltkrieges wieder de facto zum Protektorat geworden und die innenpolitische Situation verschlechterte sich. Es herrschten Überbevölkerung, Armut und Arbeitslosigkeit. Zudem folgten zahlreiche Aufstände und Ausschreitungen gegen britische Einrichtungen, da Großbritannien seine Truppen nicht abziehen wollte. Außerdem litt das Land an Misswirtschaft und Korruption. Durch die Niederlage gegen Israel 1948, für die König Farouk verantwortlich gemacht wurde, spitzte sich die innenpolitisch fragile Lage zu. Charakteristika dieser Zeit waren starke Klassenunterschiede, die sich durch mächtige Großgrundbesitzer und ausländische Besatzer auf der einen Seite, und die Arbeiterklasse, die keine Rechte hatte, auf der anderen Seite, manifestierten. Somit entwickelte sich die Bewegung der „Freien Offiziere“, die Ägypten vom britischen Kolonialismus sowie von der monarchischen Herrschaft befreien wollte.¹⁶⁸

Am 23. Juli 1952 gelang es den „Freien Offizieren“, die Macht zu übernehmen. Daraufgehend wurde ein Revolutionsrat gebildet, welcher für die nächsten Jahre das oberste Legislativ- und Exekutivorgan darstellte. Die Verfassung wurde aufgehoben sowie die bestehenden Parteien aufgelöst. Am 18. Juni 1953 kam es zur Ausrufung der Republik. Muḥammad Naḡīb wurde Staatspräsident, allerdings wurde er im Jahre 1954 von Ġamāl ‘Abd an-Nāṣir abgelöst.¹⁶⁹ 1956 wurde dann Nāṣir mit 99,9% zum Staatspräsidenten gewählt und danach der Revolutionsrat aufgehoben. Zudem wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die dem Präsidenten weitgehende Rechte zuschrieb. Ġamāl ‘Abd an-Nāṣir verfolgte eine Politik der Verstaatlichung, Planwirtschaft sowie Aufhebung des Großgrundbesitzes.¹⁷⁰

Nachdem Ägypten im Sechstagekrieg gegen Israel 1967 eine Niederlage erlitten hatte,

¹⁶⁷ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 89-90.

¹⁶⁸ Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 51- 52.

¹⁶⁹ Vgl. a.a. O. S. 52.

¹⁷⁰ Vgl. ibid.

spitzte sich die innenpolitische Lage zu: Hohe Arbeitslosigkeit, Auslandsschulden und verringerte Staatseinnahmen waren einige der vielen Probleme.¹⁷¹

In der Ära Abd an-Nāṣir wurde ein Subventionssystem eingeführt, das soziale Gerechtigkeit zu erzielen versuchte. Jedoch kam es auch zu vielen Fehlentwicklungen wie beispielsweise der Überbürokratisierung.¹⁷² Er verstarb schließlich im Jahre 1970.¹⁷³

Zu seinem Nachfolger wurde Muḥammad Anwar as-Sādāt. Seine Politik zeichnete sich durch eine wirtschaftliche Öffnung (Infitāḥ-Politik), sowie eine vorsichtige politische Liberalisierung aus. Sādāt wollte eine Annäherung an die USA; somit musste er auch gegenüber Israel eine Friedenspolitik führen. Um die Verhandlungsgrundlage zu verbessern, kam es im Jahre 1973 zu einem Krieg gegen Israel. Durch den Erfolg Ägyptens, war es Sādāt möglich, seine politische Linie zu propagieren. Er verfolgte eine Politik der wirtschaftlichen Öffnung und Marktwirtschaft.¹⁷⁴ Im Rahmen seiner Öffnungspolitik profitierte eine Gruppe; es kam zur Herausbildung der sogenannten „Infitāḥ-Klasse“, die sich oft durch Unterschlagungen Vorteile verschaffte. Innenpolitisch kam es immer wieder zu Unruhen, insbesondere nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Israel 1979. Sādāt verstarb im Jahre 1981 infolge eines Attentats.¹⁷⁵

Sein Nachfolger wurde Muḥammad Ḥusnī Mubārak, welcher seit 1974 Sādāts Vizepräsident war. Das politische System unter Mubārak war autoritär geprägt, allerdings erlaubte es einige Freiräume.¹⁷⁶ In der Ära Mubārak florierte die Korruption und es waren weitgehende Verflechtungen zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu erkennen. Diese manifestierten sich in der Bekleidung politischer Ämter durch Unternehmer, welche sich oft Vorteile und Begünstigungen (beispielsweise den Zugang zu öffentlichen Aufträgen, die Dominanz gewisser Marktbereiche, Begünstigungen bei Privatisierung und Erhalt von Krediten) verschafften. Politiknahe Institutionen wie Verbände oder Handelskammern waren ebenfalls von Unternehmern besetzt. Diese hatten auch einen Einfluss auf die Medien, im Parlament, sowie in NGOs.¹⁷⁷ Viele Wohlfahrtsleistungen

¹⁷¹ Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 53.

¹⁷² Vgl. Krämer, Gudrun (1986): Ägypten unter Mubarak: Identität und nationales Interesse. S. 26.

¹⁷³ Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 55.

¹⁷⁴ Vgl. ibid.

¹⁷⁵ Vgl. a.a. O. S. 57.

¹⁷⁶ Vgl. a.a. O. S. 60.

¹⁷⁷ Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 70-71.

wurden im Zuge neoliberaler Wirtschaftsreformen gekürzt – die Mehrheit der Bevölkerung lebte unter sehr schwierigen Lebensbedingungen.¹⁷⁸

Somit kam es aufgrund der sozialen Ungleichheit, der Korruption, Fehlentwicklungen sowie einer Reihe weiterer innenpolitischer Probleme am 25. Jänner 2011 zu zahlreichen Aufständen und Protesten, die als „ägyptische Revolution“ bezeichnet werden und in einen politischen Umsturz mündeten. Am 11.2.2011 musste Mubārak zurücktreten und die Regierungsgeschäfte an den Obersten Militärrat unter M. Ḥusayn Ṭanṭāwī übergeben, welcher versprach, diese schnellstmöglich an eine zivile Regierung abzutreten.¹⁷⁹ Nach mehreren Verschiebungen des Wahltermins wurde schließlich im Jahre 2012 Muḥammad Mursī zum Staatspräsidenten gewählt.¹⁸⁰ Im Dezember 2012 ist eine neue, äußerst umstrittene Verfassung in Kraft getreten.¹⁸¹

¹⁷⁸ Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 68-69.

¹⁷⁹ Vgl. a.a. O.S. 74-75.

¹⁸⁰ Vgl. Carnegie Endowment for International Peace: Egyptian Presidential Election Results. Aufrufbar unter: <http://egyptelections.carnegieendowment.org/2012/06/26/egyptian-presidential-election-results>. 27.2.2013.

¹⁸¹ Vgl. Carnegie Endowment for International Peace: Egypt's New Constitution Ratified. Aufrufbar unter: <http://egyptelections.carnegieendowment.org/2012/12/19/unofficial-results-of-the-first-round-of-egypt%e2%80%99s-december-2012-constitutional-referendum>. 27.2.2013.

4. Ägyptische Zivilgesellschaft im geschichtlichen Rückblick

Das folgende Kapitel soll die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ägypten ab der Machtübernahme Muḥammad ‘Alīs aufzeigen. Diese ist geprägt von verschiedenen politischen Einflüssen. Man unterscheidet drei wichtige Phasen:

- Ägypten ab dem 19. Jahrhundert bis 1952, wo von einer für die Zivilgesellschaft liberalen Ära gesprochen werden kann, allerdings aber auch schon Versuche unternommen wurden, die Zivilgesellschaft unter staatliche Kontrolle zu bringen.
- Die Zeit ab der Machtübernahme der Freien Offiziere, die darauffolgende Restriktionspolitik gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie eine intensive Kontrolle und Kooptierung von staatlicher Seite.
- Die Phase ab der Übernahme Anwar as-Sādāts, welche von einer partiellen Öffnungspolitik geprägt war. Mit der Machtübernahme M. Hosni Mubaraks sind keine ausgeprägten Unterschiede zu der Sādāt Ära hinsichtlich der Zivilgesellschaft zu erkennen, allerdings ist die Anzahl vor allem von Interessensorganisationen sowie ihrer Aktivitäten gestiegen.¹⁸²

Dieses Kapitel behandelt die Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Sphäre bis zur Ermordung Anwar as-Sādāts. Auf die Zivilgesellschaft in der Ära Mubārak soll erst im nachfolgenden Kapitel (Kapitel 5) eingegangen werden.

4.1 Ägypten ab Muḥammad ‘Alī – Liberale Ära für die Zivilgesellschaft?

Die erste Entwicklungsphase zivilgesellschaftlicher Akteure beginnt im 19. Jahrhundert und reicht bis zur Machtübernahme der “Freien Offiziere”, welche im Jahre 1952 durch einen Militärputsch an die Macht kommen konnten. Da diese Phase von der Gründung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Akteure geprägt war, wird sie oft in der Literatur als

¹⁸² Vgl. Transparency International (2009): National Integrity System Study. Egypt. S. 137.

„liberale Ära“ bezeichnet.¹⁸³ Ägypten kannte verschiedene Formen informeller und voluntärer Vereinigungen, die versuchten, die Angelegenheiten lokaler Gemeinden zu regeln. Beispiele dafür sind informelle Gemeinderäte, Sufiorden sowie Zünfte.¹⁸⁴ Es existierten insbesondere Akteure wie das Waqf, eine traditionelle islamische, nicht auf Profit ausgerichtete Aktivität, die durch ein System von vererbten Grundbesitzen Einkommen für wohltätige Zwecke bildete¹⁸⁵, oder als Reaktion auf bestimmte Ereignisse etablierte Stiftungsfonds.¹⁸⁶ Al-Waqf wurde in den 1950er Jahren staatlicher Administration unterstellt.¹⁸⁷

Die Entwicklung von Nichtregierungsorganisationen nach heutigem Verständnis war zum einen von ausländischen Minderheiten und religiösen Missionaren, zum anderen von der Reaktion ägyptischer Intellektueller darauf, geprägt. Die Anzahl der Minderheiten, die in Ägypten arbeiteten und sich dort niederließen, stieg in dieser Phase aufgrund der Politik der Steuerbefreiungen und juristischen Immunität für Ausländer. Lebten im Jahre 1836 nur 3000 Einwanderer in Ägypten, so vervielfachte sich die Anzahl in den nächsten Jahrzehnten und betrug 1881 schließlich 91 000. Die meisten Immigranten stammten aus Griechenland, Italien, Frankreich, England, Österreich sowie Deutschland.¹⁸⁸

Unter Muḥammad ‘Alī entstand im Jahre 1821 die erste ägyptische Nichtregierungsorganisation: Diese war eine griechische Gemeinschaft, die die in Ägypten lebende griechische Minderheit vertrat. Vereinigungen dieser Zeit waren vor allem philanthropisch und entlang ethnischer oder religiöser Linien organisiert.¹⁸⁹

Aufgrund der schnellen Verbreitung von Missionargruppen, deren Ziel allerdings die Konvertierung orthodox-koptischer Ägypter zum Katholizismus sowie zum Protestantismus war, fühlte sich sowohl die koptische als auch die muslimische Bevölkerung bedroht. Dies brachte sie dazu, eigene Organisationen zu gründen. Somit war der Anstieg von islamischen und koptischen Vereinigungen im 19. Jahrhundert auf die

¹⁸³ Vgl. Transparency International (2009): National Integrity System Study. Egypt. S. 137.

¹⁸⁴ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 123

¹⁸⁵ Vgl. Kandil, Amani (1993): Defining the Nonprofit Sector: Egypt. S. 3.

¹⁸⁶ Vgl. UNDP (2008): Egypt Human Development Report: Egypt’s Social Contract: The Role of Civil Society. S. 63.

¹⁸⁷ Vgl. Kandil, Amani (1993): Defining the Nonprofit Sector: Egypt. S. 3.

¹⁸⁸ Vgl. Kandil, Amani (1998): The nonprofit sector in Egypt. S. 122- 158. In: Anheier, Helmut K.; Salamon, Lester M. (1998): The nonprofit sector in the developing world. S. 126.

¹⁸⁹ Vgl. UNDP (2008): Egypt Human Development Report: Egypt’s Social Contract: The Role of Civil Society. S. 63.

Missionargruppen zurückzuführen.¹⁹⁰

Zivilgesellschaftliche Akteure waren insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Erziehung oder Bildung tätig.¹⁹¹ Es entstanden jedoch auch Akteure, die sich mit kulturellen und historischen Themen auseinandersetzten: So beispielsweise das „Egypt Institute“, welches von ägyptischen Intellektuellen im Jahre 1859 gegründet wurde und die Erforschung der Geschichte Ägyptens zum Ziel hatte, oder die „Knowledge Association“, etabliert 1868, um kulturelle Themen zu erforschen. Die „Geographic Association“ wurde mit dem Ziel, geographische Gegebenheiten zu erkunden, im Jahre 1875 errichtet.¹⁹² Die Leistungen dieser Organisationen waren nicht nur einer kleinen Gruppe von Mitgliedern zugänglich, sondern sollten breitere Schichten erreichen. Auch die Anzahl von Wohlfahrtsorganisationen erlebte einen Anstieg.¹⁹³

Die ägyptische Frauenbewegung der Jahrhundertwende zog die Gründung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Akteure mit sich.¹⁹⁴ Zudem begann eine Beschäftigung mit weiteren Bereichen. Politische sowie soziale Debatten dieser Zeit wurden nun aufgegriffen und neue NGOs entstanden. Einige, beispielsweise Ar-Ruwad oder An-Nahḍa, thematisierten Themen wie Landreform oder Modelle einer sozialen Sicherheit.¹⁹⁵ Zudem etablierten sich Berufsverbände. Ein Beispiel ist der Rechtsanwälteverband, welcher im Jahr 1912 gegründet wurde. Bis zur Deklaration der Verfassung im Jahre 1923 kann man von rund 165 Organisationen ausgehen, wobei viele von der damaligen ägyptischen Sozialelite gefördert oder geleitet wurden.¹⁹⁶ Mit dem Inkrafttreten der Verfassung 1923 war ein weiter Anstieg der Zahl der NGOs und der Verbände zu verzeichnen, was auf den in der Verfassung verankerten Artikel mit der Erlaubnis zur Gründung von NGOs zurückzuführen ist. Die steigende Anzahl sowie der darauf beruhende Bedarf an trainierten Arbeitskräften, die in der Lage waren, diese professionell zu leiten, führte zur Etablierung der ersten „social work school“ in Alexandria im Jahre 1936 und zu einer zweiten in Kairo im Jahre

¹⁹⁰ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 124.

¹⁹¹ Vgl. Kandil, Amani (1998): The nonprofit sector in Egypt. S. 122- 158. In: Anheier, Helmut K.; Salamon, Lester M. (1998): The nonprofit sector in the developing world. S. 128.

¹⁹² Vgl. Kandil, Amani (1993): Defining the Nonprofit Sector: Egypt. S. 4.

¹⁹³ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 123.

¹⁹⁴ Vgl. UNDP (2008): Egypt Human Development Report: Egypt's Social Contract: The Role of Civil Society. S. 63.

¹⁹⁵ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 124.

¹⁹⁶ Vgl. UNDP (2008): Egypt Human Development Report: Egypt's Social Contract: The Role of Civil Society. S. 64.

1937, die von einer privaten Initiative ausging.¹⁹⁷

Zwischen 1923 und 1952 sind zahlreiche politische und intellektuelle Bewegungen entstanden, die auch von der ägyptischen Mittelklasse getragen wurden. Sie waren liberaler oder kommunistischer Natur, oder repräsentierten nationale Ideologien. Mehr als 1000 Organisationen entstanden, unter ihnen auch verschiedene Bündnisse oder Berufsverbände.¹⁹⁸ Zudem bildeten sich in den 1920er Jahren in verschiedenen Gouvernements religiös-geprägte Bewegungen und Vereinigungen. Einige existieren auch heute noch, so beispielsweise die Muslimbruderschaft, die Christliche Jugendvereinigung sowie die Islamische Jugendvereinigung oder die Šarī'a Islamische Vereinigung. Die Islamische Jugendvereinigung, gegründet im Jahre 1927, sowie die Muslimbruderschaft, gegründet 1928, markierten einen Wendepunkt im ägyptischen Nichtregierungssektor. Beide waren sehr populär, gut organisiert, betrieben in verschiedenen arabischen Staaten Zweige und hatten einen Einfluss auf die arabische Politik.¹⁹⁹

Die Entstehung dieser verschiedenartigen Organisationen reflektierte die politische und intellektuelle Debatte über die Identität Ägyptens dieser Zeit: Sollte Ägypten seine traditionelle islamische Identität bewahren, oder einen modernen Nationalstaat bilden? Verschiedene Akteure versuchten ihre Positionen durch ihre Organisationen zu verbreiten.²⁰⁰

In der Literatur wird oft eine Unterscheidung zwischen dieser Phase und jener ab der Übernahme der „Freien Offiziere“ gemacht. Man geht davon aus, dass diese von einer Blüte zivilgesellschaftlicher Organisationen geprägt war, während man ab der Machtübernahme der „Freien Offiziere“ von einer staatlichen Intervention in der Sphäre der Zivilgesellschaft sprechen kann. Jedoch ist diese Unterscheidung fraglich, da auch schon in dieser Phase von staatlicher Seite Bemühungen gemacht wurden, diese Akteure zu kontrollieren. Dies zeigt sich anhand verschiedener Gesetze. Die Verfassung 1923 markierte den ersten Versuch, NGO-Tätigkeiten innerhalb einer Gesetzgebung zu organisieren. Zwar schrieb sie allen Ägyptern das Recht zu, NGOs zu gründen, jedoch war die darauffolgende Gesetzgebung der Beginn einer Periode, in der sich der Staat weitere

¹⁹⁷ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 124.

¹⁹⁸ Vgl. UNDP (2008): Egypt Human Development Report: Egypt's Social Contract: The Role of Civil Society. S. 64.

¹⁹⁹ Vgl. Kandil, Amani (1993): Defining the Nonprofit Sector: Egypt. S. 4.

²⁰⁰ Vgl. a.a. O. S. 5.

Machtbefugnisse aneignete, um verschiedene Tätigkeiten zu verbieten und NGOs rechenschaftspflichtiger zu machen.²⁰¹ Das Gesetz 17 aus dem Jahre 1938 beispielsweise verbot erstmals „*the work of any militant organization using force to serve the interests of a political group or party.*“²⁰² Im Jahre 1945 führte das Gesetz 49 alle Wohltätigkeitsorganisationen unter staatlicher Kontrolle. Zwar schrieb die neue Gesetzgebung dem Staat nicht die Macht zu, in Angelegenheiten der NGOs zu intervenieren oder sie aufzulösen, allerdings öffnete sie den Weg für zukünftige Manipulationen von staatlicher Seite.²⁰³ Der Versuch diese unter staatliche Kontrolle zu bringen, resultierte aus dem klaren politischen Charakter einiger dieser NGOs und der Bedrohung in einer ohnehin politisch instabilen Lage. Viele NGOs wurden als Reaktion auf die ausländische Besatzung gegründet. Ihre Ziele waren es, alternative politische und kulturelle Modelle anzubieten.²⁰⁴

Zudem gehörte es zur Praxis vieler NGOs, Mitglieder der Königsfamilie einzuladen, Ehrenpräsidenten der Vereinigungen zu werden, was eine Patron-Klient Beziehung verstärkte und dazu führte, dass diese der herrschenden Elite unterstellt wurden.²⁰⁵

Die Gründung des Sozialministeriums im Jahre 1939 war ein weiterer Schritt, um die NGOs der Kontrolle einer administrativen Körperschaft zu unterwerfen und erleichterte somit die Aufsicht ihrer Aktivitäten. Durch Gesetz 49, welches sechs Jahre später, also im Jahre 1945 verabschiedet wurde, wurden dem Ministerium Vorrechte gegenüber den NGOs zugeschrieben. Das bedeutendste davon war das Recht des Ministeriums Lizenzen für NGOs zu erteilen. Die Kriterien für eine Genehmigung oder Ablehnung waren unterschiedlich, jedoch war es beispielsweise ehemals strafrechtlich Verurteilten nicht erlaubt, NGOs zu gründen. Zudem hatte das Ministerium die Befugnis, NGOs aufzulösen, wenn diese illegalen Aktivitäten nachgingen oder Mitarbeiter nicht mit dem Ministerium kooperierten. Unter Ministeriumskontrolle standen nun auch das Budget, die Ausgaben und Vorstandstreffen sowie die Überprüfung von Mitgliederlisten. Allerdings erlaubte das Gesetz jenen Personen, denen die Gründung einer NGO vom Ministerium untersagt oder deren NGO aufgelöst wurde, diese Entscheidung gerichtlich anfechten zu lassen.²⁰⁶

²⁰¹ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): *Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt*. S. 126.

²⁰² Ibid.

²⁰³ Vgl. *ibid.*

²⁰⁴ Vgl. a.a. O. S. 127.

²⁰⁵ Vgl. *ibid.*

²⁰⁶ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): *Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt*. S. 127.

Die Verschärfung der Kontrolle über NGOs manifestierte sich durch das Gesetz 66 aus dem Jahre 1951, welches religiöse NGOs dem Innenministerium unterstellte. Zurückführen kann man dies auf den zu dieser Zeit immer größer werdenden Einfluss der Muslimbrüder.²⁰⁷

4.2 Zivilgesellschaft in der Ära Ġamāl ‘Abd an-Nāṣir

Die nächste Phase beginnt mit der Machtübernahme der Freien Offiziere 1952 und reicht bis 1970. Hinsichtlich der Zivilgesellschaft kam es zu einer Interventionspolitik seitens der Regierung.²⁰⁸ Laut Abdelrahman ist diese Phase allerdings kein Wendepunkt, sondern vielmehr von Kontinuität gekennzeichnet. Es ist insofern ein Unterschied zu verzeichnen, als NGOs noch vermehrt an korporatistischen Linien ausgerichtet waren. Der Staat stärkte die Proliferation von NGOs und gründete in vielen Fällen selbst Vereinigungen. Vor allem entstanden semi-staatliche Organisationen.²⁰⁹ Das Bestehen unabhängiger NGOs war nicht möglich. Viele Akteure wurden auch in staatliche Organisationen umgewandelt.²¹⁰ Zivilgesellschaftliche Vereinigungen waren weitgehender Kontrolle und Restriktionen ausgesetzt und entwickelten sich zu einem Instrument, mit dem der Staat versuchte, seine Herrschaft über die Gesellschaft weiter auszubauen.²¹¹ Dies wird auch hinsichtlich der in dieser Zeit in Kraft getretenen Gesetze ersichtlich.²¹²

Unter Ġamāl ‘Abd an-Nāṣir wurden alle bis dahin bestandenen Parteien verboten und stattdessen ein Einparteiensystem etabliert: die Nationale Union im Jahre 1957, welche im Jahre 1962 in die Arabische Sozialistische Union (ASU) umgewandelt wurde, war nun die einzig legale Partei.²¹³ Durch Kooptierungsmaßnahmen versuchte man sich Legitimität zu verschaffen und die Masse zu mobilisieren. Gegen alle Gruppen, die eine Kooptierung ablehnten, wurde eine strikte Repressionspolitik verfolgt. So meint Abdelrahman: „*Under Nasser, all forms of political opposition were, therefore, either crushed by force or coopted*

²⁰⁷ Vgl. a.a. O. S. 127-128.

²⁰⁸ Vgl. Transparency International (2009): National Integrity System Study. Egypt. S. 137.

²⁰⁹ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 128.

²¹⁰ UNDP (2008): Egypt Human Development Report: Egypt's Social Contract: The Role of Civil Society. S. 65.

²¹¹ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 123.

²¹² Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 129.

²¹³ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 93-94.

by the State.“²¹⁴ Als Beispiel lässt sich die Muslimbruderschaft nennen, dessen Anhänger auf brutalste Weise verfolgt wurden.²¹⁵

1956 wurden Artikel aus dem Zivilrecht, die das Recht auf Vereinigung zum Thema hatten, annulliert. Folglich wurden alle Vereinigungen und NGOs aufgelöst. Diese mussten erneut um Lizenzen bei der zuständigen Behörde – dem Sozialministerium (früher: Ministry of Social Affairs, heute Ministry of Social Solidarity and Justice) – ansuchen. Die Genehmigung erfolgte allerdings nach Belieben und war vor allem von den Prioritäten und Wünschen der Machthaber abhängig.²¹⁶ In den 1950er und 1960er Jahren vereinnahmten Regierungsdepartements bereits existierende oder neu gegründete NGOs, die soziale Leistungen insbesondere in Dörfern bereitstellten. Somit schaffte es der Staat, NGOs als Körperschaften seiner Projekte zu formieren. Auch heute findet sich dies vor allem bei community development associations.²¹⁷ Einige Organisationen wurden gestärkt und gefördert, um die ideologische Hegemonie des Staates zu festigen.²¹⁸ Beispielsweise wurden in ländlichen Orten existierende Akteure ausgenutzt, um eine Agrarreform durchzusetzen und die staatliche Kontrolle über Ägyptens ländliche Gesellschaft zu festigen.²¹⁹ Zudem erkannte der Staat schnell die Wichtigkeit des Islams als Mittel des politischen Machterhalts und nutzte religiöse Institutionen aus, um sich Legitimität zu verschaffen und die nationalistische Ideologie zu verbreiten. Das Regime unter Nāṣir verwandelte die Al-Azhar Universität in ein staatliches Sprachrohr durch Kooptation der Gelehrten und Eindämmung ihrer Macht. Allerdings erkannte Nāṣir nicht die reale Kraft der Muslimbruderschaft, welche innerhalb intellektueller Kreise sowie anderer sozialer Klassen ihren Rückhalt fand.²²⁰

Berufsverbände gehörten zu den meist manipulierten Akteuren. Nāṣir suchte Organisationen, die die gebildete Mittelklasse ansprechen könnten. Bald sah er in Berufsverbänden ein Potential, um die höheren Schichten der ägyptischen Bevölkerung zu erreichen und zu mobilisieren. Jedoch stellten diese Verbände auch eine Gefahr für das Regime dar, da sie in der Lage waren, weite Massen auch gegen das Regime aufzustacheln.

²¹⁴ Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 94.

²¹⁵ Vgl. *ibid.*

²¹⁶ Vgl. *ibid.*

²¹⁷ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 128.

²¹⁸ Vgl. a.a. O.S. 95.

²¹⁹ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 95.

²²⁰ Vgl. *ibid.*

Diese Gefahr wurde Nāṣir im Jahre 1954 klar, als die von Wafdisten dominierte „Bar Association“ parlamentarische Wahlen, Freilassung politischer Häftlinge sowie ein sofortiges Ende der Militärregierung verlangte.²²¹ Somit musste Nāṣir eine Möglichkeit finden, die Verbände für sich zu gewinnen, wobei er dies mittels zwei Strategien tat: Zum einen durch Manipulation und Gesetzesnovellierungen und zum anderen durch Korporatismus. So wurden alle Verbände gezwungen, ihre jährlichen Generalversammlungstreffen und somit auch ihre Wahlen zu verschieben. In dieser Periode wurden die Führungskräfte der Verbände direkt von der Regierung ernannt. Allerdings verstieß dies gegen damalige Verbandsgesetze sowie gegen Artikel der ägyptischen Verfassung. Mitgliedern von Berufsverbänden, welche gute Beziehungen zu prominenten Figuren des Nāṣir -Regimes pflegten, wurde der notwendige Rückhalt gegeben, um die Position des Präsidenten innerhalb der Berufsverbände einzunehmen. Auch Mitglieder des Revolutionsrates konnten solche Posten besetzen. Verbandsmitglieder wurden ausgewechselt, da diese der höheren Schicht (meist der höheren Landschicht, die sich die damals sehr teure moderne Bildung leisten konnte) angehörten.²²²

Im Jahre 1956 wurde das Gesetz 348 beschlossen, welches die zentralen Prinzipien der Politik gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen regeln sollte. Jede NGO, von der angenommen wurde, sie verfolge Ziele, die das Gesetz verletzen oder die eine Bedrohung für den Staat darstellen würden, konnte demnach aufgelöst werden. Personen, denen eine Partizipation an politischen Aktivitäten untersagt wurde, durften weder eine NGO gründen noch Mitglieder werden. Erstmals war es ihnen nicht mehr gestattet, solche Entscheidungen vor Gericht anzufechten, sondern sie mussten im Ministerium Einspruch erheben.²²³ Zudem wurde es NGOs untersagt, finanzielle Förderungen von ausländischen Organisationen zu erhalten, Gelder an diese zu überweisen oder eine Fusion mit ihnen einzugehen. In diesem Fall hatte das Ministerium das Recht, NGOs aufzulösen. 1962 wurden Regulationen beschlossen, die bestimmten, dass Kandidaten für einen führenden Posten in Verbänden Mitglieder der Arabischen Sozialistischen Union (ASU), die damalige Regierungspartei, welche von Nasser 1962 gegründet worden war, sein mussten. Im Jahre 1964 erhielt die ASU die komplette Macht über die Verbände: sie beeinflusste Wahlen, zensurierte Journalisten und verbot offene Debatten in den Treffen. Die Einstellung

²²¹ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 95.

²²² Vgl. a.a. O. S. 96.

²²³ Vgl. a.a. O. S. 129.

gegenüber Gewerkschaften war ein weiteres Beispiel eines korporatistischen Handlungsmodells. Man befürchtete, dass in Gewerkschaften Sympathisanten der Wafd-Partei, Kommunisten oder Anhänger der Muslimbruderschaft die Oberhand gewinnen würden und die Arbeiterbewegung mobilisieren könnten. Somit wurden die Organisationen der Arbeiterklasse gestärkt und selektiv kooptiert, anstatt sie vom politischen Entscheidungsprozess auszuschließen.²²⁴

1964 wurde das Gesetz 32 beschlossen, welches eine Klausel, die politische Aktivitäten verbot, beinhaltete. Allerdings war der Begriff „politisch“ undefiniert. Dies erlaubte dem Ministerium „*to utilize the law to intimidate...societies by threatening to suspend their activities if they continued certain actions or if their elected leaders were not approved by security agencies.*“²²⁵

Die Beziehung zwischen Staat und NGOs war in dieser Phase stark korporatistisch geprägt. Man versuchte, die bestehenden Organisationen für sich zu gewinnen. Sofort nach Machtübernahme der Freien Offiziere im Jahre 1952 wurden Gewerkschaften in „*singular, non-competitive, hierarchical organization[s]*“²²⁶ reorganisiert. Das Regime folgte somit „*a textbook policy of corporatism.*“²²⁷ Nāṣir wollte keinen Raum politischer Freiheit oder gar Formen liberaler Demokratie schaffen, in der die Gesellschaft frei agieren konnte. Vielmehr glaubte er, er könne eine große politische Unterstützung durch Kooptationsmaßnahmen erreichen. Unter Nāṣir dominierte der Staat sowohl das ökonomische als auch das politische Leben. Die Rolle jeglicher sozialer autonomer Kräfte wurde sofort untergraben.²²⁸

Seine Legitimation erhielt Nāṣir insbesondere durch Ägyptens Führungsrolle in der Region. Die Niederlage im Krieg gegen Israel 1967 hinterließ allerdings enorme Auswirkungen, auch auf die Legitimität des Regimes. Sie stärkte die Kräfte der Mittelklasse, die sich gegen Nāṣirs Politik wandte und brachte das Land in ein ideologisches Vakuum. Abdelrahman sieht Ähnlichkeiten zwischen Nāṣirs Strategie und die von Muḥammad ‘Alī: Die Kräfte, die ihn hätten unterstützen können, hat er sich zu seinen Feinden gemacht: “*Nāṣir had made the same mistake as Mohamed Ali: alienating*

²²⁴ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 96.

²²⁵ Al-Sayyid (1993): S. 282. zit. nach: Kassem, Maye (2004): Egyptian Politics: The Dynamics of Authoritarian Rule. S. 88.

²²⁶ Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 96.

²²⁷ Ibid.

²²⁸ Vgl. a.a. O. S. 97.

the classes that could have backed him by not giving them any real share in power. Without a strong organized political force that could back the regime after 1967 defeat, Nasser left the State vulnerable to a policy transformation after his death in 1970. The similarity between the end of Mohamed Ali's project and that of Nasser, and the subsequent policy transformation of their successors, is overwhelming."²²⁹

Die Kontrolle und Kooptation zivilgesellschaftlicher Organisationen verlief recht unkompliziert. Durch limitierte Ressourcen sowie einen Mangel an Mitgliedern konnten sich zivilgesellschaftliche Akteure nicht gegen den Staat wenden. Folglich wurden diese in formale staatliche Strukturen eingegliedert, aufgelöst oder waren nicht aktiv. Allerdings konnte das Regime zwei Gruppen trotz weitgehender Kooptierungsversuche nicht vollständig für sich gewinnen: die Gewerkschaften sowie die Berufsverbände.²³⁰

Auf der anderen Seite wurde paradoxerweise durch Nāṣirs „Modernisierungspolitik“ (bürokratische Expansion, Industrialisierung und Bildung) eine soziale Grundlage für eine zukünftige politische Partizipation geschaffen. Nāṣirs Maßnahmen, die jedoch aufgrund der Festigung der staatlichen Macht erfolgten, stärkten das Potenzial einer zukünftigen politischen Partizipation.²³¹ Als Konsequenz der Wirtschaftspolitik dieser Zeit wurde die Etablierung von Businessvereinigungen nicht erlaubt, und die Gründung von beruflichen Interessensgruppen auch nicht gefördert. Die Gründung von Menschenrechtsorganisationen wurde verhindert und jede Form von oppositioneller Aktivität war verboten.²³²

4.3 Ära Sādāt – Infitāḥpolitik und eine kontrollierte Öffnung für zivilgesellschaftliche Akteure

Die dritte Phase begann mit der Machtübernahme Sādāts und reichte bis in die Ära Mubarak.²³³ Sādāts politische Linie distanzierte Ägypten, aufgrund der Unterzeichnung des Friedensvertrags mit Israel, von der arabischen Welt und führte das Land in eine Schuldenkrise sowie eine ökonomische Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten und

²²⁹ Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 97.

²³⁰ Vgl. Kassem, Maye (2004): Egyptian Politics: The Dynamics of Authoritarian Rule. S. 89.

²³¹ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 94.

²³² Vgl. Kandil, Amani (1993): Defining the Nonprofit Sector: Egypt. S. 5.

²³³ Vgl. Transparency International (2009): National Integrity System Study. Egypt. S. 137.

internationalen Finanzinstitutionen. Durch den Friedensvertrag verlor Ägypten seine führende Rolle in der arabischen Welt. Außerdem verursachte die Infitāḥ-Politik eine weitere Verschärfung der sozialen Ungleichheiten und eine Polarisierung der Gesellschaft.²³⁴

Um sich eine Machtbasis zu verschaffen, musste sich Sādāt eine Unterstützerklientel aufbauen. Seine ökonomische Liberalisierungspolitik konnte er nur verfolgen, indem er begrenzte politische Freiheiten erlaubte. Somit lockerte er die staatliche Kontrolle und erlaubte einigen sozialen Kräften, ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen. Vor allem wollte er damit einerseits seinen Verbündeten im Westen ein positives Bild vermitteln, andererseits seine Unterstützer überzeugen.²³⁵ Die Staatsbourgeoisie sowie die bürokratische Elite, die hohe staatliche Posten dominierten, wurden privilegiert und unterstützt, sodass sie als Gewinner der Ära Sādāt hervorgingen. Im Gegenzug dienten sie durch ihre Loyalität dem Machterhalt.²³⁶ Infolge der ökonomischen Öffnung stieg die Anzahl der Unternehmerverbände, und es wurden auch finanzielle Förderungen von Gebern, insbesondere in den Bereichen Bildung, Infrastruktur, und Businessaktivitäten gestattet.²³⁷

Sādāt löste das unter Abd an-Nāṣir existierende Einparteiensystem auf und erlaubte die Wiedereinführung anderer politischer Parteien. So wurde beispielsweise im Jahre 1977 die Wafd-Partei, die vor 1952 existierte hatte, wiederbelebt. Jedoch blieb die herrschende Nationaldemokratische Partei (NDP), die Nachfolgerpartei der ASU, als stärkste politische Partei bestehen. Neue Parteien konnten nur mit einer staatlichen Zustimmung etabliert werden, und durften weder auf Religion, Klasse oder Region basieren. Die politische Liberalisierungspolitik erlaubte auch Interessensgruppen, wie NGOs, mehr Handlungsspielraum als unter Nāṣir, vorausgesetzt ihre Aktivitäten stellten die Autorität des Präsidenten nicht in Frage. Sādāt versuchte oppositionelle Kräfte zu kooptieren. Durch Begünstigung der als nicht gefährlich eingestuften Interessensgruppen wurde die Opposition geschwächt.²³⁸ In der Gründung eines Mehrparteiensystems sah Sādāt auch einen weiteren Vorteil: „*it would prevent the only legal party (NDP) from being a base for*

²³⁴ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 97.

²³⁵ Vgl. a.a. O. S. 98.

²³⁶ Vgl. a.a. O. S. 97-98.

²³⁷ UNDP (2008): Egypt Human Development Report: Egypt's Social Contract: The Role of Civil Society. S. 65.

²³⁸ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 97-98.

*the still-powerful Nāṣir ist opposition, which until then had a strong presence in the NDP.*²³⁹ Sādāts begrenzte Liberalisierung erfolgte stets aus Machtgründen. Dass er weiterhin eine autoritäre Regierungsweise verfolgte, zeigten Wahlmanipulationen, der ausgerufene Ausnahmezustand nach den Brotunruhen im Jahre 1977, eingeschränkte politische Aktivitäten, sowie die „Einführung einer Politik des „‘ayb“ bzw. der Unethik bei jeglicher Kritik des Regimes. 1981 ließ er seine Gegner aus dem linken und rechten Lager sowie Mitglieder von Parteien und Verbänden verhaften.²⁴⁰ Somit war Sādāts Politik *„a facade that masked the continuation of Nasser’s strategies of co-opting or repressing the most active social forces which posed a threat to the hegemony of the regime.*“²⁴¹

Sādāt wusste, dass die zentrale Opposition gegen seine Infitāḥ-Politik und gegen den Friedensvertrag mit Israel sowohl von den Linken als auch von religiös-geprägten Kräften kam.²⁴² Daher versuchte er seine Gegner gegeneinander auszuspielen: Er *„exploited the contradictions within civil society and its extremely weak spots in order to consolidate its [the regime’s] hegemony.*“²⁴³ Er stärkte islamistische Kräfte, um ein Gegengewicht zu den Linken und Nasseristen zu schaffen. Diese Taktik zeigte sich durch die Entlassung von Mitgliedern der Muslimbruderschaft, die unter Nāṣir verhaftet worden waren, und man erlaubte ihnen ihre Aktivitäten fortzusetzen. Auch der Anstieg von registrierten islamisch-geprägten NGOs im Sozialministerium zeigte dies auf. Ihre Nummer belief sich in den 1960er Jahren auf 17.33% und stieg auf 31.02% in den 1970er Jahren. Diese Art des Manövrierens verschiedener Elemente der Opposition erzeugte Missfallen bei den Mitgliedern einer fundamental islamistischen Gruppe, was schließlich zu einem tödlichen Attentat auf Sādāt führte, *„although it has been argued that it helped to maintain a „dynamic stability“ for some time.*“²⁴⁴

²³⁹ Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 98.

²⁴⁰ Vgl. a.a. O. S. 99.

²⁴¹ Ibid.

²⁴² Vgl. a.a. O. S. 99.

²⁴³ Ghalioun (1992): S. 743. zit. nach: a.a. O. S. 98-99.

²⁴⁴ Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 99.

5. Zivilgesellschaft ab der Ära M. Ḥusnī Mubārak

Nach der Ermordung Anwar as-Sādāts 1981 wurde M. Ḥusnī Mubārak Präsident. Schon seit den 1980er Jahren war es zu einer Vervielfachung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten gekommen. Dies kann als Antwort auf den staatlichen Rückzug aus der Bereitstellung von Wohlfahrtstätigkeiten zurückgeführt werden. Die Zahl von aktiven Organisationen in den Bereichen Gesundheit und Sozialhilfe verdoppelte sich. Viele internationale Geberorganisationen kooperierten mit lokalen Entwicklungsorganisationen. Zudem stieg auch die Zahl der Interessensgruppen, beispielsweise Menschenrechtsorganisationen oder Organisationen im Bereich der politischen Bildung, sowie Businessvereinigungen stark an. Insbesondere seit den 1990er Jahren stiegen sowohl die Anzahl der Organisationen als auch ihre Aktivitätsbereiche an. Neben Unternehmerverbänden etablierten sich auch immer mehr Wirtschaftsverbände.²⁴⁵

Eine exakte Zahl heutiger zivilgesellschaftlicher Akteure ist aufgrund der im Theorieteil erwähnten Klassifikationsschwierigkeiten nicht leicht zu ermitteln. Oft gibt es verschiedene Daten, genaue Informationen sind nur unzureichend bzw. nicht zugänglich. Zudem sind nicht alle registrierten Nichtregierungsorganisationen tatsächlich aktiv. Rund die Hälfte dieser Akteure geht in Wirklichkeit keinen Aktivitäten nach. Eine genaue Untersuchung von Nichtregierungsorganisationen wird außerdem dadurch erschwert, dass NGOs oft ihre Tätigkeitsbereiche ändern und es auch über ihre Gelder nur sehr wenige Informationen gibt.²⁴⁶

In der Ära Mubārak stieg die Zahl von NGOs weiter an, auch jene, die politische Themen aufgriffen. Darüber hinaus wurde eine beschränkte Pressefreiheit gestattet.²⁴⁷ Mitte der 1990er Jahre verzeichnete Ägypten sogar eine der größten NGO Gemeinschaften in der gesamten arabischen Welt, auch wenn viele dieser Akteure de facto nur am Papier existierten.²⁴⁸ Dem Sozialministerium zufolge existieren mit Stand 2007 21.500 NGOs, laut einer Veröffentlichung der Generalförderung für Vereinigungen (Egypt's General

²⁴⁵ Vgl. UNDP (2008): Egypt Human Development Report: Egypt's Social Contract: The Role of Civil Society. S. 65.

²⁴⁶ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 121-122.

²⁴⁷ Vgl. a.a. O. S. 108.

²⁴⁸ Vgl. ibid.

Federation of Associations) allerdings 15.151, wobei weitere 500 nicht dem Vereinsgesetz des Jahres 2002 (Gesetz 84/2002) untergeordnet sind, sondern einer anderen Gesetzgebung.²⁴⁹ Eine andere Schätzung geht von ungefähr 24.500 Organisationen aus.²⁵⁰

Der Terminus, der in Ägypten zur Bezeichnung von Nichtregierungsorganisationen verwendet wird, ist „ḡamʿīyāt ahlīya“. NGOs sind in vielfältigen Bereichen tätig, beispielsweise in der Umwelt, in den Bereichen Menschen – und Frauenrechte sowie in der Bereitstellung von Dienstleistungen, in Wohlfahrtstätigkeiten oder Entwicklungsangelegenheiten. Der Gesetzgebung nach, auf welche im Kapitel 5.2.3 eingegangen wird, müssen sich Nichtregierungsorganisationen beim Ministerium für Soziale Solidarität und Gerechtigkeit (Ministry of Social Solidarity and Justice) (Sozialministerium) registrieren.²⁵¹

Dieses Kapitel setzt sich mit Nichtregierungsorganisationen ab der Ära Mubārak auseinander. Zunächst werden die verschiedenen Formen von NGOs dargestellt. Nach dem politischen Umsturz 2011 lassen sich bezüglich der Klassifizierung keine Unterschiede verzeichnen. Danach wird auf die Gesetzgebung eingegangen und darauffolgend die interne Struktur von NGOs analysiert, sowie Probleme und Mängel erläutert. Folglich wird einerseits auf die Beziehungen zwischen den NGOs eingegangen und andererseits jene zwischen Staat und NGOs behandelt. Oft kritisieren sich NGOs gegenseitig, beispielsweise tadeln islamische NGOs Interessensorganisationen und meinen, dass diese ausländische Agenden verfolgen würden. Umgekehrt werfen Interessensorganisationen islamischen vor, ihre Handlungen wären von einer Doppelmoral bestimmt. Was die staatlichen Beziehungen anbelangt, so sind diese von Kooptation geprägt. NGOs im Bereich der Menschenrechte haben einerseits mit staatlichen Restriktionen zu kämpfen, andererseits steht ihnen die Bevölkerung auch misstrauisch gegenüber, da oft eine Angst vor ausländischem Einfluss herrscht.

²⁴⁹ Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 130.

²⁵⁰ Vgl. The International Center for Not-for-Profit Law: NGO Law Monitor: Egypt. Aufrufbar unter: <http://www.icnl.org/research/monitor/egypt.html>. 23.2.2013

²⁵¹ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 121.

5.1 Formen von NGOs

Auch eine Klassifizierung der in Ägypten bestehenden NGOs ist nicht leicht vorzunehmen. Es finden sich in der Literatur zahlreiche Klassifikationsversuche. So unterteilt beispielsweise LaTowsky ägyptische NGOs in 5 Kategorien:

- 1) Entwicklungsorganisationen (community development organizations)
- 2) religiöse Wohlfahrtsorganisationen (religious welfare associations)
- 3) private Mitgliederorganisationen (private-member associations)
- 4) nicht-religiöse Wohlfahrtsorganisationen (non-religious welfare organization) sowie
- 5) wissenschaftliche/kulturelle Organisationen (scientific/public cultural organizations).²⁵²

Shahida al-Baz erstellt eine allgemeinere Klassifikation: Sie unterscheidet die Vereinigungen in funktionale sowie strukturelle NGOs: Funktionale sind jene, die einer starken Regierungskontrolle unterliegen. Ihre Aufgaben umfassen Dienstleistungen wie Alphabetisierung, Gesundheitsvorsorge oder Kindergärten. Strukturelle NGOs wollen im Gegensatz dazu eine Veränderung der sozialen und politischen Lage: Sie setzen sich für Menschenrechte, Demokratisierung und Partizipation ein.²⁵³

Im Human Development Report der UN werden die in Ägypten existierenden NGOs in Dienstleistungs- und Wohlfahrtsorganisationen, in Entwicklungsorganisationen sowie in Interessensgruppen unterteilt.²⁵⁴ Abdelrahman fügt zusätzlich drei weitere Typologien hinzu, und fasst Dienstleistungs-, Wohlfahrts- und Entwicklungsorganisationen zusammen. Aufgrund einer spezifischeren Analyse wird in der Arbeit die Klassifikation von Abdelrahman verwendet: insgesamt umfasst sie fünf Klassifikationen:

1. Entwicklungsorganisationen (community development associations)
2. Interessensgruppen (advocacy organisations)
3. Islamische Nichtregierungsorganisationen
4. Koptische Nichtregierungsorganisationen
5. Businessvereinigungen (business associations)²⁵⁵

Die Kriterien, die für die Kategorisierung dieser Organisationen herangezogen werden,

²⁵² Vgl. LaTowsky, Robert J.: (1997): zit. nach: McGann, James G.: Pushback Against NGOs in Egypt. S. 32.

²⁵³ Vgl. Harders, Cilja: Staatsanalyse von Unten (2002): Urbane Armut und politische Partizipation in Ägypten. S. 233.

²⁵⁴ Vgl. UNDP (2008): Egypt Human Development Report: Egypt's Social Contract: The Role of Civil Society. S. 69.

²⁵⁵ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 6.

sind die Philosophie sowie die Ziele der NGOs.²⁵⁶ Sie unterliegen dem Vereinsgesetz aus dem Jahre 2002. Berufsverbände und Gewerkschaften, welche in der nachfolgenden Analyse nicht genauer behandelt werden, sind durch eine andere Gesetzgebung geregelt.²⁵⁷

5.1.1 Entwicklungsorganisationen (community development associations)

Entwicklungsorganisationen stellen jene Form von NGOs dar, die in Ägypten am häufigsten aufzufinden ist.²⁵⁸ Es gibt Wohlfahrtsorganisationen, die sich mit der Bereitstellung von speziellen Leistungen für bestimmte Gruppen, beispielsweise Familien, Ältere sowie Bedürftige auseinander setzen, oder Organisationen, die auf eine Verbesserung der generellen Konditionen durch Bereitstellung sozialer und ökonomischer Leistungen abzielen. Die Intention der Entwicklungsorganisationen ist die Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität der Bürger. Durch einkommensschaffende Aktivitäten sowie die Partizipation in lokalen Entwicklungsprojekten wird versucht, gegen finanzielle Schwierigkeiten vorzugehen.²⁵⁹ Im Mittelpunkt steht die Versorgung mit effizienten Dienstleistungen.²⁶⁰ In den meisten Fällen sind sie halbstaatliche Organisationen, was die Frage aufkommen lässt, inwiefern diese überhaupt als NGOs bezeichnet werden können. Was ihre Finanzierung sowie ihre Mitarbeiter anbelangt, so sind diese vom Sozialministerium sehr abhängig. Viele dieser Organisationen sind von diesem gegründet worden und fungieren sogar als ausführende Körperschaften in der Implementierung seiner Projekte.²⁶¹

Die starke Verflochtenheit mit dem Staat führte zur Verbreitung eines negativen Bildes von NGOs. Zudem werden sie mit Regierungsbehörden gleichgesetzt. Sowohl innerhalb der Bevölkerung als auch unter NGO-Mitgliedern kommt es zu einer unklaren, konfusen Einstellung über Identität und Ziele dieser Organisationen. Community development associations stellen Beispiele für „quasi non-governmental organizations“ (QUANGO) dar. Sie erhalten einen Großteil der staatlichen Förderung, die für den NGO Sektor vorgesehen

²⁵⁶ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 6.

²⁵⁷ Vgl. a.a. O. S.121.

²⁵⁸ Vgl. UNDP (2008): Egypt Human Development Report: Egypt's Social Contract: The Role of Civil Society. S. 69.

²⁵⁹ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 121.

²⁶⁰ Vgl. Harders, Cilja: Staatsanalyse von Unten (2002): Urbane Armut und politische Partizipation in Ägypten. S. 233.

²⁶¹ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 8.

ist. Oft gehören zu ihrem Vorstand sowie zu ihren Mitarbeitern ehemalige oder noch amtierende Ministeriumsbeamte.²⁶² Einige betreuen staatliche Projekte.²⁶³ Auf die internen Gegebenheiten dieser Organisationen wird in Kapitel 5.3 näher eingegangen.

5.1.2 Interessensorganisationen (advocacy organisations)

Interessensorganisationen betreiben Lobbyismuserbeit, um öffentliche Entscheidungen zu beeinflussen. Oft sind ihre Mitglieder Aktivisten, die eine Veränderung des politischen Status quo erzielen möchten. Sie erhalten in den meisten Fällen Fördergelder von ausländischen Gebern. Aufgrund ihrer politischen Ziele und der politisch-geprägten Projekte sind Interessensorganisationen, insbesondere jene, die im Bereich der Förderung von Menschenrechten sowie der Demokratisierung und Beobachtung von Wahlen agieren, in ständiger Konfrontation mit dem Staat.²⁶⁴ Sie setzen sich mit Themen aus den Bereichen Ökonomie, Politik oder Soziales auseinander und versuchen diese in die Öffentlichkeit zu bringen. Ihre Aktivitäten basieren meist auf Bestimmungen internationaler Abkommen sowie Menschenrechtsdeklarationen.²⁶⁵ Das Ziel ist das kollektive Wohl. Beispielsweise umfasst diese Gruppe Menschenrechts-, Umweltschutz- oder Frauenrechtsorganisationen. Menschenrechtsorganisationen arbeiten insbesondere im Bereich der Beobachtung und Überwachung von Menschenrechtsverletzungen, Förderung der Menschenrechte (durch Bewusstseinsstärkung, Durchführung von Seminaren, Konferenzen sowie Forschung und Berichte) sowie der Bereitstellung rechtlicher Hilfe für Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Frauenrechtsorganisationen haben das Ziel, das Bewusstsein für politische, soziale, ökonomische und kulturelle Rechte der Frauen zu stärken.²⁶⁶ Advocacy organisations werden oft aufgrund ihres „elitist nature of their membership and their inability to reach the masses“²⁶⁷ kritisiert. Zudem sind sie „infamous for their internal conflicts and divisions, and for their inability to agree on the most basic principles of political strategy.“²⁶⁸ Darüber hinaus gibt es meist Unstimmigkeiten zwischen den einzelnen NGOs, sodass viele in Konkurrenz zueinanderstehen und auch um Förderungen

²⁶² Vgl. a.a O. S. 128.

²⁶³ Vgl. Kandil, Amani (1993): Defining the Nonprofit Sector: Egypt. S. 7.

²⁶⁴ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 8.

²⁶⁵ Vgl. UNDP (2008): Egypt Human Development Report: Egypt's Social Contract: The Role of Civil Society. S. 69.

²⁶⁶ Vgl. a.a. O. S. 70-72.

²⁶⁷ Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 137.

²⁶⁸ Ibid.

wetteifern.²⁶⁹ Sie leiden weiters an mangelndem Vertrauen seitens der Bevölkerung, und werden oft als ausländische Interessensvertreter betrachtet, was ihre Arbeit erschwert.²⁷⁰ Jedoch sind Interessensorganisationen trotz ihrer Schwäche und Mängel „*the most outspoken of Egyptian NGOs*.“²⁷¹ Darüber hinaus besitzen vor allem Menschenrechtsorganisationen gute Beziehungen zu den Medien.²⁷²

Ein Beispiel für die Restriktion der Interessensgruppen stellt das Vorgehen gegen die Menschenrechtsorganisation „Egyptian Organisation for Human Rights (EOHR)“ dar. EOHR ist ein Zweig der „Arab Organisation for Human Rights“, welche ebenfalls in Kairo ihren Sitz hat. Seit ihrer Gründung im Jahre 1989 verweigerte ihr das Ministerium die Genehmigung. Diese Entscheidung hat EOHR beim Gericht anfechten lassen, allerdings ohne Ergebnis. Der fehlende legale Status erlaubte dem Ministerium somit, die Schikanierung der Mitglieder fortzusetzen und diese auch zu rechtfertigen. So wurde – nachdem von EOHR ein Bericht über Folter und willkürliche Verhaftungen erschien – der Generalsekretär der Organisation im Jahre 1998 verhaftet. Es wurden drei Anschuldigungen gemacht: erstens, dass gegen nationale Interessen gerichtete Informationen verbreitet wurden, zweitens der Erhalt ausländischer Förderungen, und drittens, dass diese ohne staatliche Erlaubnis akzeptiert wurden. Ein weiteres Beispiel der Restriktionspolitik zeigt die „Arab Women’s Solidarity Association“ (AWSA), welche von der ägyptischen Feministin Nawāl as-Sa’dāwī geleitet wurde. Im Jahre 1991 wurde AWSA ohne Nennung von Gründen vom Ministerium aufgelöst. Zudem wurden die Mitarbeiter der Vereinigung erst einen Monat später von dieser Entscheidung informiert. Das Kapital von AWSA wurde der semi-offiziellen NGO, der „Woman of Islam Organisation“, dessen Direktor in dieser Zeit der Generaldirektor der Sozialen Angelegenheiten in einem von Kairos Regierungsbezirken war, übergeben.²⁷³ Zudem erhielt er 10% des Kapitals als persönliches Honorar.²⁷⁴

Obwohl Interessensorganisationen wichtige Themen ansprechen, blieb ihre Effektivität, Änderungen zu erzielen – zumindest bis vor der ägyptischen Revolution 2011 – limitiert und ihre Interventionen beschränkt. Zudem führte ihre Abhängigkeit von ausländischen

²⁶⁹ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): *Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt*. S. 137.

²⁷⁰ Vgl. Interview Kamāl Nabīl und Esrā’ ‘Abd al-Fattāh .

²⁷¹ Abdelrahman, Maha M. (2004): *Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt*. S. 137.

²⁷² Interview Journalist Maṣ rī al-Yūm .

²⁷³ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): *Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt*. S. 137.

²⁷⁴ Vgl. a.a.O. S. 137- 138.

Gebern zu Kritik sowohl von der Regierung als auch der Bevölkerung.²⁷⁵

5.1.3 Islamische NGOs

Islamische NGOs sind in der Regel als „religiöse NGOs“ registriert. Unter diese Kategorie fallen auch koptische.²⁷⁶ (Diese werden im nächsten Kapitel behandelt.) Sie stellen einen großen Teil der NGOs dar und bieten soziale und medizinische Dienstleistungen meist zu günstigen Preisen an.²⁷⁷ Islamische NGOs zählen zu den aktivsten und bekanntesten. Sie sind oft populär und haben das Potenzial, eine große Anzahl qualifizierter Volontäre zu rekrutieren sowie große Bevölkerungsteile zu erreichen. Ihre Unterstützer finden sich in allen sozialen Klassen. Sie erreichen die urbane und arme Bevölkerung, aber auch die Mittel- sowie die höhere Mittelklasse.²⁷⁸ Ihre Aktivitäten wurden in der Ära Mubārak von staatlichen Behörden stark kontrolliert, da man befürchtete, sie könnten sich zu einer größeren Organisation zusammenschließen mit dem Ziel, einen islamischen Staat zu etablieren. Ein weiteres Charakteristikum ist ihre relative Unabhängigkeit vom Staat sowie von westlichen Geberorganisationen. Oft erhalten sie Spenden von Individualpersonen, internationalen islamischen NGOs oder von Staaten wie beispielsweise Saudi-Arabien.²⁷⁹ Weiters finanzieren sie sich durch Mitgliederbeiträge, Einnahmen aus den Dienstleistungen, Zuwendungen vom Sozialministerium, oder durch Zakāt-Gelder (religiöse Spenden).²⁸⁰ Islamische NGOs haben den Vorteil, dass religiöse Spenden keiner ministeriellen Kontrolle unterlegen sind.²⁸¹ Islamische Banken, welche in den 1980er Jahren unter Sādāt florierten, spielten eine große Rolle in der Verbesserung der finanziellen Lage islamischer NGOs, indem sie ihnen vermehrt Zakāt-Gelder zur Verfügung stellten.²⁸²

Der Anstieg islamischer NGOs geht auf die Ära Sādāt zurück. In den 1970er Jahren verdoppelte sich ihre Anzahl. Da Sādāt versuchte, das politische System zu liberalisieren, gewährte er durch seine Öffnungspolitik einigen Gruppen größere Freiheiten, besonders um den Westen zu beeindrucken und seine neue politische Linie der ökonomischen

²⁷⁵ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): *Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt*. S. 137. S. 138.

²⁷⁶ Vgl. a.a. O. S. 7.

²⁷⁷ Vgl. Harders, Cilja: *Staatsanalyse von Unten: Urbane Armut und politische Partizipation in Ägypten*. S. 237.

²⁷⁸ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): *Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt*. S. 139.

²⁷⁹ Vgl. a.a. O. S. 7.

²⁸⁰ Harders, Cilja: *Staatsanalyse von Unten: Urbane Armut und politische Partizipation in Ägypten*. S. 237.

²⁸¹ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): *Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt*. S.139.

²⁸² Vgl. *ibid*.

Liberalisierung zu rechtfertigen. Somit versuchte er oppositionelle Gruppierungen durch Schaffung von Freiheitsräumen zu kooptieren und für sich zu gewinnen. Vor allem unterstützte er islamisch geprägte Gruppierungen. Seine Intention war, sie gegen Nasseristen und Kommunisten auszuspielen, welche er als zentrale Bedrohung betrachtete. Eine seiner Handlungen war die Befreiung aller Mitglieder der Muslimbruderschaft, die unter Nāṣir verfolgt und verhaftet worden waren. Zudem bot er ihr einen legalen Status als NGO an. Jedoch lehnte die Muslimbruderschaft dieses Angebot ab, da sie jede Form der Vereinnahmung verhindern wollte. Islamische Gruppen profitierten am meisten von Sādāts partieller Öffnungspolitik, obwohl er am Ende seiner Ära, um ihre steigende Macht einzudämmen, wieder zu Repressionsmaßnahmen griff.²⁸³

In den 1980er Jahren blieb ein großer Teil der Bevölkerung, bedingt durch die Privatisierung der Gesundheitsfürsorge, ohne Zugang zu ärztlichen Leistungen. Islamische Organisationen versuchten diese Lücke zu schließen und stellten relevante Leistungen für bedürftige Menschen zur Verfügung.²⁸⁴ Weiters waren sie im Bildungswesen aktiv. In den 1990er Jahren stieg die Anzahl islamischer Organisationen weiter an. So betrug sie im Jahre 1970 30%, im Jahre 1991 43% der gesamten NGOs. Islamische NGOs sind allerdings keine homogene Gruppe, sondern bestehen aus verschiedenen Gruppierungen.²⁸⁵ Allgemein können sie in traditionelle sowie moderne NGOs unterteilt werden. Die traditionellen werden in der Regel durch Zakāt-Gelder finanziert und konzentrieren sich auf die Förderung der islamischen Ideologie durch soziale Tätigkeiten. Zu den modernen zählen meist Jugendorganisationen, die soziale Ungleichheiten und Mängel in der Bildung bekämpfen sowie Bedürftige unterstützen.²⁸⁶

Einige werden vom Staat unterstützt, während andere jede Beziehung zum Staat meiden.²⁸⁷ Auch gegenüber islamischen NGOs wurde eine Kooptations- sowie Restriktionspolitik verfolgt. Oft wurden sie als Gefahr eingestuft und man versuchte sie daher für sich zu gewinnen. Allerdings ließen sich nicht alle islamische NGOs kooptieren.²⁸⁸

²⁸³ Vgl. a.a. O. S. 138 – 139.

²⁸⁴ Vgl. Kandil, Amani (1998): The nonprofit sector in Egypt. S. 122- 158. In: Anheier, Helmut K.; Salamon, Lester M. (1998): The nonprofit sector in the developing world. S. 146.

²⁸⁵ Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 139.

²⁸⁶ Vgl. Allam, Rabha (2012): Engaging with traditional and modern Islamic NGOs in Egypt. S. 1.

²⁸⁷ Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S.139.

²⁸⁸ Vgl. a.a. O. S. 141.

5.1.4 Koptische NGOs

Unter den koptischen NGOs gehören einige aufgrund des Ausmaßes ihrer Tätigkeiten zu den größten, professionellsten und einflussreichsten in Ägypten. So beispielsweise die “Coptic Evangelical Organization for Social Services”, die “Coptic Association for Social Care” oder “As-Sayyid Association for Education and Development Coptic”. Diese sind sehr gut organisiert und besitzen riesige finanzielle Ressourcen. So führt beispielsweise die As-Sayyid Association 38 Schulen. Die Vereinigung betreibt auch zahlreiche andere Aktivitäten z.B. Entwicklungsprojekte, die Frauenthemen, Gesundheit, Alphabetisierungskampagnen sowie ökonomische Projekte umfassen. Aufgrund ihrer großen finanziellen Ressourcen, dem hoch qualifizierten Personal sowie ihren umfassenden Aktivitätsbereichen besitzen sie eine starke Position in staatlichen Verhandlungen.²⁸⁹ Einige sind durch ihren wertvollen Beitrag in zahlreichen Bereichen, wie Gesundheit oder Bildung, für den Staat unverzichtbar. Große koptische NGOs erhalten meist hohe Förderungen von westlichen Regierungen oder Geberorganisationen, aber auch von Personen aus dem Inland oder von der koptischen Community im Ausland. Aufgrund ihrer religiösen Identität schaffen sie es leicht, Mitarbeiter und Volontäre zu rekrutieren, da diese es als religiöse Pflicht empfinden, bedürftigen Menschen zu helfen. Große koptische NGOs machen allerdings nur einen geringen Teil aus. Die Mehrheit dieser Organisationen ist klein, in lokalen Gemeinden tätig und unterfinanziert.²⁹⁰ Sie haben allerdings wie islamische NGOs den Vorteil, dass Spenden an religiöse Institutionen keiner Kontrolle durch das Ministerium unterliegen.²⁹¹ Wie auch islamische NGOs haben koptische heterogene Orientierungen und Einstellungen gegenüber dem Staat. Der religiöse Aufschwung auf islamischer als auch auf koptischer Seite ist das Produkt *„of consecutive regimes’ policies of exclusion and the resulting vast economic inequalities.“*²⁹²

Da die Errichtung einer Kirche einer staatlichen Genehmigung bedarf und von verschiedenen Faktoren abhängig ist, wie beispielsweise der Entfernung zur nächsten Moschee oder der Größe der christlichen Gemeinschaft im Gebiet, wurden seit den 1970er Jahren vermehrt NGOs gegründet, die unter anderem als „underground churches“ fungierten. Wurde dies bekannt, mussten sie schließen und die Mitglieder sich vor Gericht

²⁸⁹ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt.. S. 141.

²⁹⁰ Vgl. a.a. O. S. 7-8.

²⁹¹ Vgl. a.a. O. S. 142-143.

²⁹² Vgl. a.a. O. S. 141.

verantworten, oder ihre Räumlichkeiten wurden gar in Brand gesteckt.²⁹³

Der Staat ist ihnen gegenüber aufgrund ihrer Beziehungen zur koptischen Community im Ausland skeptisch eingestellt. Es wird befürchtet, sie könnten sich in innenpolitische Gegebenheiten, wie beispielsweise die Diskriminierung von Kopten, einmischen.

Das häufigste Problem ist, dass Beamte des Büros für Staatssicherheit die Weitergabe ausländischer Gelder an NGOs ablehnen – trotz Genehmigung vom Ministerium und Überweisung an ägyptische Banken. Solche Verspätungen sind eine große Hürde, da es Deadlines für Projekte gibt. Werden diese nicht befolgt, riskieren sie die Einstellung weiterer Förderungen.²⁹⁴

Was die Beziehung der koptischen NGOs zur Kirche betrifft, so beharren einige auf ihrer Unabhängigkeit und pflegen daher keine Kontakte zu ihr. Sie fürchten eine starke Kontrolle seitens der Kirche. Zudem wollen sie ihre Leistungen auch der muslimischen Bevölkerung bereitstellen, und haben Bedenken, dass dies dadurch nicht mehr möglich sein könnte. Andere koptische NGOs wiederum schätzen ihre Beziehungen zur Kirche, da sie ihnen einen gewissen Schutz gegenüber dem Staat bietet.²⁹⁵

5.1.5 Businessvereinigungen

Businessvereinigungen entstanden insbesondere Mitte bzw. Ende der 1970er Jahre bedingt durch Sādāts Öffnungspolitik. Diese wurden in der Ära Sādāt sowie unter Mubārak vom Staat privilegiert behandelt. Ihr zentrales Ziel war die Förderung der Interessen der Mitglieder, die sowohl aus dem privaten als auch dem öffentlichen Sektor stammten. Der Vorstand bestand aus Kabinettsministern oder prominenten Staatsbeamten. Obwohl sie derselben Gesetzgebung wie anderen NGOs unterlagen, waren sie weder dem Eingriff noch der Kontrolle vom Ministerium ausgesetzt. Dies kann auf die Macht der Mitglieder sowie auf ihre Unterstützung von internationalen Unternehmen zurückgeführt werden.²⁹⁶ Insbesondere aufgrund der starken Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Politik, die sich durch eine Reihe von Wirtschaftsoligarchen in der Politik demonstrieren ließen, hatten

²⁹³ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 142.

²⁹⁴ Vgl. a.a. O. S. 142-143.

²⁹⁵ Vgl. a.a. O. S. 145.

²⁹⁶ Vgl. a.a.O. S. 8.

Businessvereinigungen Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess.²⁹⁷ Von ihren Aktivitäten und Zielen profitierten stets die Mitglieder, was sie von anderen NGOs, deren Ziele der gesamten Gesellschaft dienen sollten, unterscheidet.²⁹⁸

Eine weitere Typisierung kann zwischen nationalen und transnationalen NGOs gemacht werden. Transnationale haben ihren Hauptsitz im Ausland und agieren international, indem sie Büros bzw. Projekte in verschiedenen Ländern leiten.²⁹⁹ Beispiele in Ägypten sind die „Ford Foundation“, „Caritas“, „Catholic Relief Services“, „Human Rights Watch“ oder „Transparency International“.³⁰⁰

5.2 Gesetzgebung und rechtliche Grundlage

5.2.1 Verfassung 1971

Die in der Ära Mubārak geltende Verfassung war jene aus dem Jahr 1971, wobei es 2007 zu einigen Verfassungsänderungen kam.³⁰¹ Das Recht, Nichtregierungsorganisationen, Vereine und politische Parteien zu gründen, war zum einen in der ägyptischen Verfassung verankert, zum anderen durch eine Reihe von Gesetzen reguliert. In Artikel 55 steht folgendes festgeschrieben: *„Citizens shall have the right to form societies as defined in the law. The establishment of societies whose activities are hostile to the social system, clandestine or have a military character is prohibited.“*³⁰² Demnach durften Bürger zwar Vereinigungen gründen, allerdings waren Aktivitäten verboten, die sich gegen die Gesellschaftsordnung richteten, oder einen illegalen sowie militärischen Charakter besaßen.

Das Recht auf Organisierung von Gewerkschaften und Berufsverbänden war in Artikel 56 verankert: *„The creation of syndicates and unions on a democratic basis is a right guaranteed by the law, and should have a moral entity.“*³⁰³

²⁹⁷ Vgl. *ibid.*

²⁹⁸ Vgl. a.a. O. S. 147.

²⁹⁹ Vgl. Asadova, Zuleykha (2012): Exploring the Impact of Transnational Civil Society on the Egyptian Uprising: Has the Transnational Engagement Been a Success Story?

³⁰⁰ Vgl. Kandil, Amani (1993): Defining the Nonprofit Sector: Egypt. S. 8.

³⁰¹ Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 175.

³⁰² Verfassung 1971 (novelliert im Jahre 1980, 2005 und 2007): zit. nach: Kausch, Kristina (2009): Defenders in Retreat: Freedom of Association and Civil Society in Egypt. S. 4.

³⁰³ EOHR (1999): S. 4: zit. nach: Güzeldere, Ekrem Eddy (2000): Zivilgesellschaft in autoritären Staaten:

Weiters für zivilgesellschaftliche Akteure relevant waren die Artikel 54, welcher die Vereinigungsfreiheit thematisierte, Artikel 47, welcher die Redefreiheit zum Thema hatte, Artikel 48, der die Pressefreiheit beinhaltete sowie Artikel 49, in dem die Bildungs- und Forschungsfreiheit festgeschrieben war.³⁰⁴

Darüber hinaus schrieb Artikel 151 der Verfassung vor, dass vom Parlament ratifizierte internationale Verträge sowie Dokumente rechtskräftigen Charakter haben: „*The treaties shall have the force of law after their conclusion, ratification and publication in accordance with the established procedure.*“³⁰⁵ Zutreffen würde dies auf die „Deklaration der Menschenrechte“ sowie auf weitere Konventionen, welche auf die Garantie von Menschenrechten, Vereinigungsfreiheit sowie Meinungs- und Versammlungsfreiheit abzielen.³⁰⁶ Diese umfassten das „International Covenant on Civil and Political Rights“ und das „International Covenant on Social, Economic and Cultural Rights“, welche 1982 ratifiziert wurden, sowie das „African Charter on Human and People‘ Rights“, welches 1984 ratifiziert wurde.³⁰⁷

Die Gesetze, die sich mit der Zivilgesellschaft auseinandersetzten, waren das „Associations Law“, „Political Parties Law“, „Press Law“, „Penal Code“, „Emergency Law“, sowie eine Reihe weiterer Gesetze, die Berufsverbände und Gewerkschaften regulierten.³⁰⁸ Insgesamt waren die Gesetze sehr restriktiv und behinderten ein freies Agieren zivilgesellschaftlicher Akteure. Im Kapitel 5.2.3 sollen die für Nichtregierungsorganisationen (NGOs) relevanten Gesetze erläutert werden.

5.2.2 Verfassung 2012

Nach dem politischen Umsturz 2011 proklamierte der Hohe Militärrat eine Übergangsverfassung. Auf diese wird nicht eingegangen, da sie keine Gültigkeit mehr besitzt. Am 26.12.2012 ratifizierte Präsident Muḥammad Mursī, der seit Juni Präsident

Ägypten und die Türkei im Vergleich. S. 43.

³⁰⁴ Vgl. Kausch, Kristin (2009): Defenders in Retreat: Freedom of Association and and Civil Society in Egypt. S. 4.

³⁰⁵ The Constitution of the Arab Republic of Egypt, 1971 (as Amended to 2007). Aufrufbar unter: <http://www.constitutionnet.org/files/Egypt%20Constitution.pdf>. 23.2. 2013.

³⁰⁶ Vgl. Güzeldere, Ekrem Eddy (2000): Zivilgesellschaft in autoritären Staaten: Ägypten und die Türkei im Vergleich. S. 43.

³⁰⁷ Vgl. Kausch, Kristina (2009): Defenders in Retreat: Freedom of Association and and Civil Society in Egypt. S. 4.

³⁰⁸ Vgl. a.a. O. S. 5.

Ägyptens ist, eine neue, allerdings äußerst umstrittene Verfassung.³⁰⁹ 64% stimmten für die Verfassung, allerdings lag die Wahlbeteiligung nur bei 33%.³¹⁰ Sie beinhaltet ebenfalls Artikel, die das Recht auf Vereinigung thematisieren. Diese werden nachfolgend erläutert:

Das Recht auf Vereinigung findet sich in Artikel 51:

المادة (51)
للمواطنين حق تكوين الجمعيات والمؤسسات الأهلية، والأحزاب بمجرد الإخطار، وتمارس نشاطها بحرية، وتكون لها الشخصية الاعتبارية.. ولا يجوز للسلطات حلها أو حل هيئاتها الإدارية إلا بحكم قضائي³¹¹ وذلك على النحو المبين بالقانون

Article 51

Citizens have the right to establish associations and civil institutions, subject to notification only. Such institutions shall operate freely, and be deemed legal persons. Authorities may not disband them or their administrative bodies without a court order, in the manner prescribed by the law.³¹²

Demnach haben Bürger das Recht, Vereinigungen und Organisationen zu gründen. Diese dürfen nur mit einem Gerichtsbeschluss aufgelöst werden, auf jene Weise, die im Gesetz verankert ist.

Artikel 52 geht auf das Recht ein, Berufsverbände und Vereinigungen zu gründen:

المادة (52)
حرية إنشاء النقابات والاتحادات والتعاونيات مكفولة، وتكون لها الشخصية الاعتبارية، وتقوم على أساس ديمقراطي، وتمارس نشاطها بحرية، وتشارك في خدمة المجتمع وفي رفع مستوى الكفاية بين أعضائها والدفاع عن حقوقهم.. ولا يجوز للسلطات حلها أو حل مجالس إدارتها إلا بحكم قضائي³¹³

³⁰⁹ Vgl. Carnegie Endowment for International Peace: Egypt's New Constitution Ratified. Aufrufbar unter: <http://egyptelections.carnegieendowment.org/2012/12/19/unofficial-results-of-the-first-round-of-egypt%e2%80%99s-december-2012-constitutional-referendum>. 27.2.2013.

³¹⁰ Vgl. Auswärtiges Amt, Deutschland: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Aegypten/Innenpolitik_node.html. 3.3.2013.

³¹¹ Ägyptische Verfassung. Aufrufbar unter: <http://dostourmasr2012.com/dostour.pdf>. 23.2.2013.

³¹² Constitution of the Arab Republic of Egypt. Signed into law by President Mohammed Morsi on 26 December 2012. Aufrufbar unter: <http://www.icnl.org/research/library/files/Egypt/Const-2012-en.pdf>. 23.2.2013.

³¹³ Ägyptische Verfassung. Aufrufbar unter: <http://dostourmasr2012.com/dostour.pdf>. 23.2.2013.

Article 52

The freedom to form syndicates, unions and cooperatives is a right guaranteed by law.

They shall be deemed legal persons, be formed on a democratic basis, operate freely, participate in the service of community service, raising the standard of productivity among their members, and safeguarding their assets.

Authorities may not disband them or their boards except under a court order.³¹⁴

Artikel 53 geht darauf ein, dass Berufsverbände demokratisch organisiert sein sollten:

المادة (53)

ينظم القانون النقابات المهنية، وإدارتها على أساس ديمقراطي، وطريقة مساءلة أعضائها عن سلوكهم في ممارسة نشاطهم المهني وفق مواثيق شرف أخلاقية. ولا تنشأ لتنظيم المهنة سوى نقابة مهنية واحدة.³¹⁵ ولا يجوز للسلطات حل مجلس إدارتها إلا بحكم قضائي، ولا تفرض عليها الحراسة

Article 53

Professional syndicates are regulated by law and managed on a democratic basis, the accountability of their members subject to professional codes of ethics. One trade union is allowed per profession.

Authorities may not disband the boards of professional syndicates except with a court order, and may not place them under sequestration.³¹⁶

Somit beinhaltet auch die neue Verfassung wichtige Artikel, die den Bürgern das Recht zuschreibt, Organisationen zu gründen.

5.2.3 Gesetzeslage

Im Jahre 1945 wurde das Gesetz 49 verabschiedet, welches Wohltätigkeitsorganisationen staatlicher Kontrolle unterstellte. Das Ziel war es, ihre Leistungen mit den Tätigkeiten sozialer Institutionen, die humanitäre Dienste verfolgten, zu koordinieren.³¹⁷ Das Gesetz schrieb dem Staat noch keine Rechte zu, in Tätigkeiten der NGOs einzuschreiten.³¹⁸

³¹⁴ Constitution of the Arab Republic of Egypt. Signed into law by President Mohammed Morsi on 26 December 2012. Aufrufbar unter: <http://www.icnl.org/research/library/files/Egypt/Const-2012-en.pdf>. 23.2.2013.

³¹⁵ Ägyptische Verfassung. Aufrufbar unter: <http://dostourmasr2012.com/dostour.pdf>. 23.2.2013.

³¹⁶ Constitution of the Arab Republic of Egypt. Signed into law by President Mohammed Morsi on 26 December 2012. Aufrufbar unter: <http://www.icnl.org/research/library/files/Egypt/Const-2012-en.pdf>. 23.2.2013.

³¹⁷ Vgl. Agati, Mohamed (2007): Undermining Standards of Good Governance: Egypt's NGO Law and its Impact on the Transparency and Accountability of CSOs. S. 58.

³¹⁸ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 126.

In der Ära Ḡamāl ‘Abd an-Nāṣir wurde im Jahre 1964 das Vereinsgesetz 32 verabschiedet, welches dem Staat zahlreiche Befugnisse einräumte, die eine Intervention in Angelegenheiten der NGOs erlaubte. NGOs unterlagen dem ägyptischen Sozialministerium (Ministry of Social Solidarity and Justice, früher: Ministry of Social Affairs). Jede Aktivität musste vorerst vom Ministerium genehmigt werden und wurde weitgehend kontrolliert. Das Ministerium bestimmte über Genehmigung oder Ablehnung einer NGO-Gründung. Zudem konnte es jederzeit Organisationen auflösen oder mit anderen zusammenlegen.³¹⁹ Im Gesetz gab es einen Grundsatz, der NGOs verbot, politische Tätigkeiten auszuüben. Exakt hieß es, NGOs dürfen keine „*political or syndicate activities*“³²⁰ ausüben. Weiters war es nicht gestattet, neue NGOs zu gründen, wenn bereits welche mit gleichen Aufgabenbereichen existierten. Organisationen karitativen Charakters waren geringeren Restriktionen als beispielsweise Interessensorganisationen ausgesetzt.³²¹

Aufgrund der Vervielfachung zivilgesellschaftlicher Organisationen wurde die Forderung immer lauter, das bestehende Gesetz zu reformieren.³²² Es wurden auch zivilgesellschaftliche Organisationen eingeladen, ein neues NGO Gesetz auszuarbeiten. Allerdings schickte die Regierung ihren eigenen Entwurf ins Parlament, der sich von den vereinbarten Regelungen unterschied.³²³ Im Jahre 1999 wurde somit das Gesetz 153 verabschiedet. Es beinhaltete weiterhin den Grundsatz des Verbots politischer Tätigkeiten, wobei nicht näher erläutert wurde, was darunter zu verstehen ist. Aufgrund seiner ambivalenten Interpretierung sorgte es für Aufsehen. Gesetz 153 war insofern liberaler als das Gesetz aus dem Jahre 1964, da es Organisationen, vor allem jenen, die im sozialen Bereich agierten, Erleichterungen gewährte. Beispielsweise wurden die Berichtspflichten der NGOs, aber auch die Kriterien hinsichtlich der Geldbeschaffung etwas gelockert.³²⁴ Allerdings erklärte der ägyptische Verfassungsgerichtshof das Gesetz für verfassungswidrig. Grund dafür war, dass nicht beide Kammern des Parlaments darüber

³¹⁹ Vgl. Agati, Mohamed (2007): *Undermining Standards of Good Governance: Egypt’s NGO Law and its Impact on the Transparency and Accountability of CSOs*. S. 58.

³²⁰ Strohmeyer, Edda A. (2007): *Stabilität, Friede und Demokratie im Nahen Osten? 25 Jahre Ägypten unter Hosni Mubarak*. S.131.

³²¹ Vgl. a.a. O. S. 130.

³²² Vgl. a.a. O.S. 131.

³²³ Vgl. Agati, Mohamed (2007): *Undermining Standards of Good Governance: Egypt’s NGO Law and its Impact on the Transparency and Accountability of CSOs*. S. 60.

³²⁴ Vgl. Strohmeyer, Edda A. (2007): *Stabilität, Friede und Demokratie im Nahen Osten? 25 Jahre Ägypten unter Hosni Mubarak*. S. 131.

diskutierten und abstimmten.³²⁵ Daher wurde 2002 ein neues Vereinsgesetz, das Gesetz 84, verabschiedet. Der Begriff „political activity“ wird nun als „*advancing the interests of a political party and participation in election campaigns using NGO personnel or funds*“³²⁶ definiert. Jedoch bestehen weiterhin Formulierungen, die ein willkürliches Vorgehen gegen NGOs erlauben. Ein Beispiel dafür ist die Möglichkeit der Auflösung von NGOs im Falle von „*grave violations against the law, public order or public morality*.“³²⁷

Das Gesetz definiert zwei zentrale Formen von NGOs: zum einen ḡam‘īyāt, also Vereine oder associations, und zum anderen mu‘assasāt ahlīya, also bürgerliche Stiftungen oder civic foundations. NGOs unterliegen weiterhin dem Sozialministerium. NGOs dürfen auch im Bereich der Menschenrechte Tätigkeiten ausüben, und mehr als nur einer Aktivität nachgehen. Allerdings muss dies auch vom Sozialministerium genehmigt werden. Darüber hinaus haben sie durch das neue Gesetz Anspruch auf Steuerprivilegien (beispielsweise eine Ermäßigung bei Telefonkosten) erhalten.³²⁸

Von vielen wird Gesetz 84/2002 allerdings vehement kritisiert und als verfassungswidrig und „*freedom restraining*“³²⁹ betrachtet. Nach wie vor ist eine willkürliche Auflösung von NGOs möglich. Dies kann erfolgen, wenn das Ministerium vermutet, eine NGO übe Tätigkeiten aus, die sich gegen die „*Einheit der Nation*“ oder gegen die „*öffentliche Ordnung oder Moral*“ richtet. Bei solch einem Verdacht kann es die Gründung einer NGO ablehnen. Als äußerst problematisch erweist sich die fehlende Definierung dieser Begriffe und Erläuterungen.³³⁰

Zudem kann jederzeit in interne Angelegenheiten von NGOs eingegriffen werden. Gegen jede Entscheidung kann das Ministerium Einspruch erheben, auch gegen Nominierte. NGOs dürfen zudem nur in einem Gouvernement tätig sein – möchten diese in weiteren tätig werden, so ist eine Bewilligung vom Ministerium erforderlich.³³¹

Ein großes Problem stellen ausländische Fördergelder dar, die ohne Zustimmung vom Ministerium nicht akzeptiert werden dürfen. Viele NGOs sind auf solche Förderungen

³²⁵ Agati, Mohamed (2007): *Undermining Standards of Good Governance: Egypt’s NGO Law and its Impact on the Transparency and Accountability of CSOs*. S. 60.

³²⁶ Strohmeier, Edda A. (2007): *Stabilität, Friede und Demokratie im Nahen Osten? 25 Jahre Ägypten unter Hosni Mubarak*. S. 133.

³²⁷ Ibid.

³²⁸ Vgl. UNDP (2008): *Egypt Human Development Report: Egypt’s Social Contract: The Role of Civil Society*. S. 91.

³²⁹ Ibid.

³³⁰ Vgl. Transparency International (2009): *National Integrity System Study*. Egypt. S. 138.

³³¹ Vgl. a.a. O. S. 138-139.

angewiesen. Allerdings akzeptiert die Bevölkerung diese Einschränkung, da angenommen wird, ausländische Geber würden Interessen verfolgen, die nicht in Einklang mit den ägyptischen Nationalinteressen stünden. Somit herrscht „*a strong public feeling that foreign funding for advocacy organisations is illegitimate.*“³³² Wenn das Ministerium die Genehmigung ablehnt, werden die Gelder eingefroren.³³³

Dass der Erhalt von ausländischen Förderungen tatsächlich Konsequenzen mit sich bringen kann, zeigt das Beispiel Saʿd ad-Dīn Ibrāhīm, Soziologieprofessor an der amerikanischen Universität in Kairo: Da dieser Förderungen von der Europäischen Union erhalten hatte, wurde die von ihm gegründete NGO „Ibn Khaldun Center for Development Studies“ (diese setzt sich mit der Förderung von Zivilgesellschaft und Menschenrechten auseinander) gesperrt. Er wurde mit anderen seiner Mitarbeiter verhaftet, allerdings nach mehreren Berufungen wieder freigelassen.³³⁴

Jede Kooperation mit ausländischen Organisationen sowie alle Projekte und Aktivitäten sind ohne eine ministerielle Genehmigung untersagt. Da Beamte keine Verantwortung übernehmen möchten, lehnen sie oft Projekte ab.³³⁵ Weiters kontrolliert das Sozialministerium NGOs dadurch, dass es seine Beamten zu Treffen von NGOs schickt. Auch müssen diese ihre Sitzungsprotokolle an das Ministerium schicken.³³⁶

Um diesen starken Restriktionsmaßnahmen aus dem Weg zu gehen, registrieren sich viele NGOs, besonders Menschenrechtsorganisationen, als „civil company“ oder „private Handelsgesellschaften“. Als Beispiel ist das „Development and Institutionalization Support Centre“ (DISC)“ zu nennen. Kamāl Nabīl, Gründer und Leiter dieser Organisation, meint allerdings, dass sie trotzdem weitgehender Kontrolle unterliegen. Für alle Aktivitäten muss um Genehmigung angesucht werden. Jede Organisation hat einen Sicherheitsbeamten, der über jegliche Projekte und Aktivitäten informiert werden muss. Dies ist eine Herausforderung für die NGOs. Eine weitere Problematik ist, dass Geber nicht als NGOs

³³² Langohr (2004): zit. nach: Strohmeier, Edda A. (2007): Stabilität, Friede und Demokratie im Nahen Osten? 25 Jahre Ägypten unter Hosni Mubarak. S. 132.

³³³ Vgl. Kausch, Kristina (2009): Defenders in Retreat: Freedom of Association and and Civil Society in Egypt. S. 8-10.

³³⁴ Vgl. Demmelhuber, Thomas (2009): EU-Mittelmeerpolitik und der Reformprozess in Ägypten: Von der Partnerschaft zur Nachbarschaft. S. 157. sowie Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und der Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 143.

³³⁵ Vgl. Interview Kamāl Nabīl, Gründer und Leiter einer ägyptischen NGO (Development und Institutionalization Support Center (DISC) Egypt). zit. nach: Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und der Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 143.

³³⁶ Vgl. Transparency International (2009): National Integrity System Study. Egypt. S. 139.

registrierten Organisationen keine Förderungen zukommen lassen.³³⁷ Aus diesem Grund „lassen solche Organisationen Projekte über den Namen kleinerer als NGO registrierter Organisationen laufen, um auf diese Weise an Fördergelder heranzukommen. In solchen Fällen jedoch werden Möglichkeiten zur Veruntreuung von Geldern eröffnet.“³³⁸

Religiös geprägte NGOs sind im Ministerium häufig als „community development associations“ registriert. Viele islamische NGOs registrieren sich auf diese Weise, um eine zu starke Kontrolle und Repression zu vermeiden.³³⁹

Häufig arbeiten NGOs auch ohne Legalisierung, da es schwierig ist, eine Genehmigung zu erhalten. In der Praxis *“the most active human rights NGOs are those that are not registered under the legal form of any association.”*³⁴⁰ Human Rights Watch beispielsweise hat seit Jahren erfolglos versucht, ein Büro in Ägypten zu gründen. Einige der Menschenrechtsorganisationen kämpfen seit Jahren um ihre Genehmigung. In der Regel streben die meisten NGOs trotz Schwierigkeiten eine legale Registrierung an, da sie damit Probleme vermeiden wollen. Die Registrierung als legale Vereinigung ist weiters eine Voraussetzung, um ausländische Fördergelder überhaupt erhalten zu können. Außerdem sieht das Gesetz Strafen vor, wenn man einer nicht registrierten NGO angehört.³⁴¹ Im Jahre 2007 wurde tatsächlich eine NGO im Bereich der Menschenrechte von staatlichen Behörden gesperrt, und zwar die „Association for Human Rights and Legal Aid“ (AHRLA). Zwar war sie – wie Gesetz 84 vorschreibt - registriert, allerdings kam sie in ernste Schwierigkeiten, als sie sich mit Folterfällen auseinanderzusetzen begann. Einige Fälle richteten sich gegen Staatsicherheitsbeamte. Zwar wurde die AHRLA im September 2007 durch eine administrative Entscheidung verboten, doch konnte sie diese im Oktober 2007 erfolgreich anfechten.³⁴²

Seit 2010 wurden Versuche unternommen, neue das Vereinigungsrecht regelnde Gesetze zu verabschieden, allerdings ist dieser Prozess, aufgrund der Auflösung des ägyptischen

³³⁷ Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und der Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 144.

³³⁸ Vgl. Interview Kamāl Nabīl, Gründer und Leiter einer ägyptischen NGO (Development und Institutionalization Support Center (DISC) Egypt). (13.11.2010). zit. nach: Gharib, Sherin: Korruption in autoritären Regimen.

³³⁹ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S.122.

³⁴⁰ Kausch, Kristina (2009): Defenders in Retreat: Freedom of Association and and Civil Society in Egypt. S. 7.

³⁴¹ Vgl. a.a. O. S. 8-10.

³⁴² Vgl. a.a. O. S. 11.

Oberhauses (Šūra-Rat)³⁴³ ins Stocken gekommen.³⁴⁴

Das Büro für Staatssicherheit, welches dem Innenministerium angehörte, spielte eine zentrale Rolle in der Beobachtung von NGOs. In Folge des politischen Umsturzes kam es am 15.3.2011 zu dessen Auflösung. An seine Stelle trat der Nationale Sicherheitsapparat (Ġihāz al-amn al-waṭanī).³⁴⁵ Darauf wird im folgenden Kapitel eingegangen.

5.2.4 Büro für Staatssicherheit

Das Büro für Staatssicherheit (State Security Investigations Service (Mabāḥiṭ amn ad-dawla) zählte zu den Geheimdiensten Ägyptens, und war sehr gefürchtet. Es gehörte dem Innenministerium an.³⁴⁶ Formell trug zwar das Sozialministerium die Verantwortung für die Angelegenheiten von Nichtregierungsorganisationen, in der Praxis jedoch griff das Büro für Staatssicherheit in allen Belangen, die eine politische Signifikanz haben könnten, ein. So spielte es eine zentrale Rolle im Dasein von NGOs. Beispielsweise entschied es über die Registrierung einer NGO, beeinflusste die Nominierung von Vorstandsmitgliedern, oder griff in der Genehmigung oder Ablehnung des Erhalts ausländischer Fördergelder ein. Das Büro war bei Entscheidungen oft die letzte Instanz. Der Sozialminister selbst erhielt seine Anweisungen einerseits vom Büro für Staatssicherheit, andererseits vom Innenministerium. Der Eingriff des Büros sowie sein massiver Einfluss basierten auf keiner rechtlichen Grundlage. Es wurde eine Politik systematischer Überwachung und Schikanierung existierender NGOs verfolgt. So berichteten Aktivisten über eine „*culture of harassment*“³⁴⁷ durch die Ministerien sowie durch das Büro.

NGO-Mitglieder spürten die Schikanierung seitens des Sozialministeriums sowie des Büros für Staatssicherheit tagtäglich. Sie waren permanenten Kontrollen und Befehlen ausgesetzt. Außerdem gab es Anweisungen an alle Hotels, Treffen von

³⁴³ Das ägyptische Parlament besteht aus zwei Kammern: Das Unterhaus, die Volksversammlung (Mağlis as-Ša‘b), sowie dem Oberhaus, dem Šūra-Rat (Mağlis as- Šūra). Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 62.

³⁴⁴ The International Center for Not-for-Profit Law: NGO Law Monitor: Egypt. Aufrufbar unter: <http://www.icnl.org/research/monitor/egypt.html> . 23.2.2013. sowie Interview Esrā’ ‘Abd al-Fattāh

³⁴⁵ Interview, Esrā’ ‘Abd al-Fattāh

³⁴⁶ Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 142.

³⁴⁷ Kausch, Kristina (2009): Defenders in Retreat: Freedom of Association and and Civil Society in Egypt. S. 12.

Menschenrechtsorganisationen dem Büro bekannt zu geben. Auch internationale NGOs waren von dieser Restriktionspolitik betroffen. Zudem unterlagen auch Spenden diesen massiven Kontrollen und Eingriffen: Spendete ein privater Geschäftsmann Gelder an eine NGO, wurde diese systematisch drangsaliert. In vielen Fällen führte dies dazu, dass die Gelder wieder zurückgegeben wurden.³⁴⁸

Ein weiteres Problem war, dass selbst Beamte des Sozialministeriums nicht immer über die rechtlichen Vorschriften bezüglich Legalisierungen von NGOs Bescheid wussten. Oft folgten sie blind den Sicherheitsbestimmungen.³⁴⁹ In einigen Fällen lehnten sie auch gewisse Aktivitäten ab, da sie befürchteten, diese könnten auf irgendeine Weise einen politischen Einfluss haben. Zudem hatte jede Organisation einen Sicherheitsbeamten, der über alle Aktivitäten und Belangen über die NGO zu informieren war.³⁵⁰

Das Büro für Staatsicherheit kontrollierte zudem die gesamte Opposition. Nachdem es im Zuge der ägyptischen Revolution zu Protesten und Stürmungen der Sitze des Büros für Staatssicherheit gekommen war, wurde das Büro am 15. März 2011 aufgelöst. Diese Proteste fanden statt, da es Gerüchte über die Vernichtung wichtiger Akten gab. Mit der Auflösung des Büros wurde eine der zentralen Forderungen der Protestbewegung erfüllt.³⁵¹

An seiner Stelle wurde der Nationale Sicherheitsapparat (Ġihāz al-amn al-waṭanī) etabliert, welcher mit denselben Personen besetzt ist. Aus diesem Grund sind auch nach der Auflösung des Büros für Staatssicherheit nach dem politischen Umsturz 2011 diesbezüglich keine Änderungen zu verzeichnen.³⁵²

5.2.5 Ausnahmezustand

Der Ausnahmezustand galt in Ägypten seit 1967 bis 2012. Dieser wurde während des Sechstagekrieges 1967 verhängt, im Jahre 1980 für 18 Monate aufgehoben, allerdings nach der Ermordung Anwar as-Sādāt wieder ausgerufen. Seither wurde er alle drei Jahre verlängert.³⁵³ Für die Zivilgesellschaft bedeutete die Notstandsgesetzgebung eine weitere

³⁴⁸ Vgl. Kausch, Kristina (2009): Defenders in Retreat: Freedom of Association and and Civil Society in Egypt. S. 12-13.

³⁴⁹ Vgl. ibid.

³⁵⁰ Vgl. Interview Kamāl Nabīl (Leiter des DISC Egypt) 2010. zit. nach: Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 139.

³⁵¹ Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 139.

³⁵² Vgl. Interview Esrā' 'Abd al-Fattāh

³⁵³ Vgl. Agati, Mohamed (2007): Undermining Standards of Good Governance: Egypt's NGO Law and its

Restriktions- und Kontrollpolitik. Im Konkreten erlaubte sie, Personen oder Orte ohne jegliche Genehmigung zu durchsuchen. Die Post durfte überwacht werden und Bewegungsfreiheiten waren weitgehend eingeschnitten. Öffentliche Einrichtungen durften geschlossen oder Gebiete abgesperrt werden. Auch Publikationen wurden zensuriert. Der Präsident hatte eine absolute Legislativgewalt. Die Verlängerung der Notstandsgesetzgebung wurde damit begründet, dass man gegen terroristische Aktivitäten vorgehen wollte. Allerdings war sie vielmehr ein Instrument zur Ausschaltung politischer Gegner.³⁵⁴ Verdächtige wurden ohne richterlichen Beschluss inhaftiert, Zivilisten vor Militärgerichte gestellt und Demonstrationen im Namen der nationalen Sicherheit untersagt.³⁵⁵ Im Mai 2008 wurde der Ausnahmezustand wieder für drei Jahre erneuert.³⁵⁶ Nach dem politischen Umsturz 2011 wurde der Ausnahmezustand am 31. Mai 2012 aufgehoben.³⁵⁷

5.3 Interne Struktur und Mängel von NGOs

Abdelrahman hat sich in ihrer Studie mit der Struktur von in Ägypten bestehenden Nichtregierungsorganisationen auseinandergesetzt. Dabei wurden 60 lokale NGOs (community development associations, islamische sowie koptische NGOs, Interessensgruppen) analysiert.³⁵⁸ Deren Struktur setzt sich aus Generalversammlung, Vorstand, Beschäftigten sowie Volontären zusammen. Im Folgenden werden diese anhand Abdelrahmans Untersuchung genauer erläutert.

5.3.1 Generalversammlung und Vorstand

Im Gegensatz zu der oft behaupteten Annahme, dass die Generalversammlung eine große Rolle spiele, zeigt sich anhand Abdelrahmans Analyse, dass der Vorstand weitaus wichtiger ist. Die meisten Entscheidungen werden von ihm getroffen. Meist nimmt an der

Impact on the Transparency and Accountability of CSOs. S. 58.

³⁵⁴ Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 144-145.

³⁵⁵ Vgl. Hassan, Hamdy A.(2011): Civil Society in Egypt under the Mubarak Regime. In: Afro Asian Journal of Social Sciences. Volume 2. No.2.2 Quarter II 2011. S.13.

³⁵⁶ Vgl. Kausch, Kristina (2009): Defenders in Retreat: Freedom of Association and and Civil Society in Egypt. S.13.

³⁵⁷ Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 145.

³⁵⁸ Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 151.

Generalversammlung ein Mitarbeiter des Ministeriums teil. Bei ihrem Treffen sollte die Generalversammlung den Vorstand wählen sowie wichtige Themen besprechen. Im Falle, dass die Mehrheit der NGO-Mitglieder nicht daran teilnimmt, müsste die Generalversammlung innerhalb von 15 Tagen erneut stattfinden. Es müssen mindestens acht der Mitglieder anwesend sein. Zudem muss die NGO spätestens 15 Tage vor Stattfinden der Generalversammlung das Ministerium darüber benachrichtigen.³⁵⁹ In der Praxis wurde die Generalversammlung allerdings von den meisten befragten Mitarbeitern als „*honorary body*“ *with no meaningful role or actual involvement in any decisions relating to the work of the NGO*“³⁶⁰, betrachtet.

Der Vorstand ist zuständig für alle Entscheidungen, die die Tätigkeiten der NGO betreffen. Er besteht aus dem Vorstandsvorsitzenden, Kassier, Sekretär, sowie den übrigen Vorstandsmitgliedern. Vorstandmitglieder ägyptischer NGOs in ländlichen Gebieten setzen sich oft aus einflussreichen Familien der Dörfer zusammen, während jene in urbanen Gebieten größtenteils Beamte sind. Oft sind sie ehemalige oder auch amtierende Ministeriumsbeschäftigte, was insbesondere bei community development associations zu beobachten ist. Die weiteren Mitglieder sind in der Regel Beschäftigte in Regierungsinstitutionen, mit denen die NGO eng zusammenarbeitet.³⁶¹ Die elitäre Natur von NGOs wird von den Mitgliedern oft als Vorteil betrachtet. Vor allem in ländlichen Gebieten werden einflussreiche Familien gut angesehen und respektiert. In Kairo trägt allerdings der Bildungsstand bzw. der berufliche Hintergrund der Vorstandsmitglieder sehr wesentlich zu dem Erfolg einer NGO bei.³⁶² Bei der Auswahl von Vorstandsmitgliedern von ländlichen NGOs wird sowohl der Wohlstand, der Stand der Familie, aber auch die Beziehung zu anderen Familien berücksichtigt. Oft sind es auch ältere Personen, da angenommen wird, junge Menschen wären daran uninteressiert.³⁶³

Advocacy sowie große koptische NGOs unterscheiden sich von community development associations hinsichtlich der Rolle des Vorstands. Der Vorstandsvorsitzende hat eine eher beratende als leitende Funktion. Anders als in community development associations, wo die Vorstandsmitglieder für Entscheidungsfindung, Management sowie Organisation und

³⁵⁹ Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 153.

³⁶⁰ Ibid.

³⁶¹ Vgl. a.a. O. S. 154.

³⁶² Vgl. a.a. O. S. 154-155.

³⁶³ Vgl. a.a. O. S. 157-158.

Überwachung der Implementierung von Projekten verantwortlich sind, haben Interessensgruppen professionelle Mitarbeiter, die diese Tätigkeiten erledigen. Der Vorstand besitzt meist nur die Aufgabe, über Projekte der NGOs zu diskutieren oder zu entscheiden. Koptische NGOs und Interessensgruppen gaben an, dass die Vorstandsmitglieder in regelmäßigen Abständen Treffen abhalten.³⁶⁴

Oft sind NGOs elitär organisiert und nur ein oder zwei Personen für alle Tätigkeiten der NGO verantwortlich. Die weiteren Vorstandsmitglieder haben oft nur eine symbolische Bedeutung. NGOs haben Vorstandsmitglieder, da dies den legalen Anforderungen entspricht. In Wirklichkeit sind sie aber nicht aktiv. Oft ist der eigentliche Verantwortliche nicht der Vorstandsleiter, sondern der Kassier oder ein einfaches Mitglied. Dieser ist mit allen Aufgaben betraut, wie die Registrierung der NGO im Ministerium, Vorbereitung des jährlichen Budgets und Arbeitsplans, follow-up aller bürokratischen Prozedere mit den Regierungsbehörden sowie Pflege der Kontakte zu ausländischen Geberorganisationen direkt oder durch das Ministerium. Diese Person ist in allen Bereichen der Projekte involviert – von der Implementierung bis zur Überwachung.³⁶⁵

Zwar sind auch andere Mitglieder mit der Erledigung dieser Aufgaben betraut, allerdings bleibt die meiste Arbeit dem Leiter überlassen. Darüber hinaus gibt es keine genauen Jobbeschreibungen der Vorstandsmitglieder, die genaue Verantwortungsbereiche angeben. Von NGO Mitgliedern wird das auch nicht als notwendig erachtet. Diese autoritäre Arbeitsweise wird allerdings nicht als solche wahrgenommen – Leiter von NGOs beschwerten sich darüber, dass sie sich gezwungen fühlen, alle Tätigkeiten selbst zu übernehmen. Eine Nichterledigung der Aufgaben könnte eine Auflösung der NGO mit sich ziehen.³⁶⁶

Das Ministerium fördert diese Arbeitsweise, da dadurch eine Kontrolle leichter fällt. Auf diese Weise gibt es nur eine Person zu der Kontakt gepflegt werden muss, und die zur Rechenschaft gezogen werden kann. Wenn lediglich eine Person die gesamten Informationen über die NGO besitzt, fällt es dem Ministerium leichter an diese heranzukommen und dadurch Zeit zu sparen.³⁶⁷

NGOs fördern keine *“real involvement, and reproduce the same models of authority that*

³⁶⁴ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 153.

³⁶⁵ Vgl. a.a. O. S. 161.

³⁶⁶ Vgl. a.a. O.S. 162.

³⁶⁷ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 162.

prevail in the society at large.“³⁶⁸

5.3.2 Beschäftigte, Volontäre und Mitglieder

Beschäftigte in vielen community development associations sind dem Ministerium unterstellte Beamte und werden auch von diesem bezahlt. Da Ministerien in der Regel einen Überschuss an Beamten und einen Mangel an Arbeit haben, werden diese zu NGOs geschickt. NGOs freuen sich über kostenlose Arbeitskräfte, da sie an einem Personalmangel leiden. Diese Vorgehensweise wird von NGOs keineswegs als Kontrollmaßnahme wahrgenommen.³⁶⁹ Ein Mitglied einer Community development associations meint dazu: „...but of course we are dependent on the government; we could not survive without financial support from the Ministry, without employees it seems to us...This is not loss of autonomy because we had no intention of doing work that the government would not approve anyhow. Our objectives and activities are in line with the Ministry's orientation and we don't consider the government as an enemy but as a parent.“³⁷⁰ Da sowieso keine Absicht besteht, gegen das Regime ausgerichtete Projekte durchzuführen, wird das Ministerium eher als Partner statt als Feind betrachtet.

Die Beschäftigten aus dem Ministerium sind allerdings unzufrieden, wenn sie in NGOs arbeiten müssen, da sie dadurch von einer Promotion ausgeschlossen sind.³⁷¹ Abdelrahman stellt hier die Frage, inwiefern Menschen, die selbst mit ihrer sozialen Lage unzufrieden sind und sich von einer Partizipation ausgeschlossen fühlen, Bedürftigen helfen können.³⁷² Für NGOs bedeuten Mitarbeiter aus dem Ministerium ein Entgegenkommen bzw. eine Zuwendung, da sie weder für die Gehälter dieser Beschäftigten, noch für Sozialversicherungen aufkommen müssen. Solche Leistungen müssten sie selbst bezahlen, wenn sie eigene Mitarbeiter rekrutieren.³⁷³

Zudem werden selten Schulungen für Mitarbeiter angeboten. Meist haben diese sehr wenig bis gar keine Erfahrung. Als problematisch wird das von NGO Mitarbeitern nicht empfunden – man glaubt, es ist ausreichend, wenn ein Vorstandsmitglied Erfahrung in

³⁶⁸ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S.161.

³⁶⁹ Vgl. a.a. O. S. 166.

³⁷⁰ Ibid.

³⁷¹ Vgl. a.a. O. S.167.

³⁷² Vgl. a.a. O. S.169.

³⁷³ Vgl. a.a. O. S. 179.

einem ähnlichen Bereich wie der einer NGO besitzt.³⁷⁴

Das Problem, an dem viele der NGOs leiden, ist der Mangel an Volontären, dem jedoch auch mit Verständnis entgegen gekommen wird. Ein Mitarbeiter meint dazu: „*It is not fair to expect the young people, who are still struggling to build their own careers and set up families, to spend hours on voluntary work. They should keep themselves informed about the activities of the NGOs in their area but should be allowed to secure their own futures first, and then their turn will come to take responsibilities in the NGO later.*”³⁷⁵

Einer vorherrschenden Ansicht nach, sollten Wohlfahrtstätigkeiten den älteren und wohlhabenderen Menschen überlassen werden. Die langjährige Besetzung einer Position im Vorstand – oft seit der Gründung der NGO - wird damit begründet, dass es sich um eine volontäre Tätigkeit handelt. Laut Gesetz dürfen die Vorstandsmitglieder für ihre Tätigkeiten keine Gelder erhalten. Somit können nur jene an volontären Aktivitäten teilnehmen, die finanziell abgesichert sind.³⁷⁶ Die steigende finanzielle Not, mit der die Mehrheit der Bevölkerung kämpft, führt dazu, dass sie keine volontäre Tätigkeit ausüben können. Sie sind in der Regel voll beschäftigt, da sie einen oder mehrere Jobs ausüben, um überleben zu können.³⁷⁷

Was die Mitgliedschaft anbelangt, so gibt es zahlreiche inaktive Mitglieder. Sie gehen keinen Aktivitäten nach und beteiligen sich nicht an den Treffen. Viele erhoffen sich durch ihre Mitgliedschaft einen Vorteil. Wenn keine Vorteile erlangt werden können, bleiben sie in der Regel weiterhin Mitglieder in der NGO. Menschen gehen Mitgliedschaften ein, weil sie den Wunsch haben, Teil einer staatlichen Körperschaft zu werden. Insbesondere community development associations werden als staatliche Akteure angesehen, vor allem, da viele der einfachen bzw. Vorstandsmitglieder Beamte verschiedener Ministerien sind. Sie betrachten Entwicklungsorganisationen als eine Form öffentlicher bzw. staatlicher Institution, die soziale und gesundheitliche Leistungen zur Verfügung stellt.³⁷⁸

³⁷⁴ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 179.

³⁷⁵ A.a. O. S.158.

³⁷⁶ Vgl. a.a. O. S.159.

³⁷⁷ Vgl. a.a. O. S. 169.

³⁷⁸ Vgl. a.a. O. S. 162.

5.3.3 Budget

Obwohl NGOs sehr genau kontrolliert werden, gibt es keine exakten Zahlen über deren Budget, sondern lediglich Schätzungen. Insgesamt ist jedoch die finanzielle Lage prekär. Das Gesetz gibt dem Ministerium das Recht, den Zugang zu und das Management von Finanzen zu kontrollieren. Dem Ministerium werden die Finanzbilanzen der NGOs übermittelt.³⁷⁹

Die Finanzierungsquellen von NGOs setzen sich insgesamt zusammen aus:

- Förderungen aus dem Ministerium
- Mitgliedsbeiträgen
- Einkommen aus verschiedenen Leistungen oder durch Verkauf von Produkten
- Spenden (von Individualpersonen oder Organisationen)
- Ausländischen Fördergeldern³⁸⁰

Die gesamten Finanzierungsquellen werden vom Ministerium kontrolliert und dürfen nur durch eine ministerielle Genehmigung verwendet werden.³⁸¹ Bei einer großen Mehrheit der von Abdelrahman untersuchten NGOs stellen Spenden und Mitgliedsbeiträge die geringsten Einkommensquellen dar. Ausländische Finanzierung zählte zur höchsten Einkommensquelle.³⁸²

Förderungen des Ministeriums:

Alle ägyptischen NGOs, die der Gesellschaft Leistungen bereitstellen, und länger als ein Jahr im Ministerium registriert sind, sind berechtigt folgende Förderungsmaßnahmen zu erhalten³⁸³:

- Jährliche Förderungen, um die anfallenden Kosten für Administration und Service begleichen zu können. Diese dürfen nicht 75% der gesamten Ausgaben aus dem Vorjahr überschreiten.

³⁷⁹ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 177 -178.

³⁸⁰ Vgl. a.a. O. S. 178.

³⁸¹ Vgl. ibid.

³⁸² Vgl. ibid.

³⁸³ Vgl. a.a. O. S. 179.

- Außergewöhnliche Hilfe, welche an NGOs vergeben wird, mit dem Ziel ihre Schulden begleichen zu können. Diese übersteigt nicht die Höhe von 500 ägypt. Pfund.
- Bau- und Möblierungsbeihilfen, welche NGOs dabei unterstützen sollen, einen Teil ihrer Ausgaben für die Anschaffung neuer Einrichtungen begleichen zu können.³⁸⁴

Einige NGOs beklagen, dass größere Förderungen an NGOs vergeben werden, deren Mitglieder Bekannte von Ministeriumsbeamten oder einflussreichen Personen in der Regierung sind.³⁸⁵

Mitgliedschaftsbeiträge:

In der Regel sind Mitgliedschaftsbeiträge gering. Möchte eine NGO ihre Beiträge erhöhen, wäre dies nur dann möglich, wenn sie sich auflöst und um nochmalige Autorisierung ansucht. Dies erscheint allerdings vielen NGOs zu kompliziert und kann auch unerwünschte Konsequenzen mit sich ziehen. Somit wird darauf verzichtet. Von geringen Mitgliedschaftsbeiträgen sind vor allem NGOs betroffen, die in den 1960er Jahren gegründet wurden.³⁸⁶

Spenden:

Spenden sind in den meisten Fällen sehr gering. Sie können von Individuen oder von Organisationen kommen.³⁸⁷

Ausländische Förderungen:

Der Erhalt ausländischer Fördergelder ist in Ägypten äußerst umstritten. Da die Ressourcen von NGOs limitiert sind, sind ausländische Förderungen sehr begehrt. Für einige stellen sie einen zentralen Teil ihres Einkommens dar. Auch arabische Staaten fördern NGOs, beispielsweise erhalten islamische NGOs Fördergelder aus Saudi-Arabien, allerdings meint der Begriff „foreign funding“ in der Regel Fördergelder von westlichen Staaten. Zu den aktivsten gehören USAID, DANIDA, Ford Foundation, Care sowie die

³⁸⁴ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 179.

³⁸⁵ Vgl. a.a. O. S. 179.

³⁸⁶ Vgl. a.a. O. S. 180.

³⁸⁷ Vgl. a.a. O. S. 182.

niederländische und kanadische Regierung.³⁸⁸

Laut Abdelrahman ist die Beziehung zwischen NGOs und ausländischen Geberorganisationen komplex. Eines der Probleme ist die dadurch entstehende Verkomplizierung der Beziehungen zwischen Staat und NGOs, wodurch eine Konfrontation geschaffen wird.³⁸⁹ Insbesondere ausländische Förderungen werden stark vom Staat kontrolliert und oft wird die Entscheidung über Genehmigungen dazu verwendet, NGOs zu begünstigen oder zu bestrafen – je nachdem, wie sich die NGO verhält. Lässt sie eine Kooptierung zu, so genehmigt das Ministerium den Erhalt von Förderungen aus dem Ausland. Ist dies nicht der Fall, so wird die Auszahlung verhindert oder verzögert, was zur Einstellung von Projekten führen kann.

Zu dem größten Empfänger ausländischer Förderungen zählen koptische NGOs sowie Interessensgruppen.³⁹⁰

Insgesamt gibt es in Ägypten bezüglich der Frage nach ausländischen Förderungen zwei Diskurse. Der erste Diskurs geht davon aus, dass ausländische Geberorganisationen ausländische Agenden befolgen und daher abzulehnen sind. Diese Einstellung basiert auf dem Paradigma der „Abhängigkeit“. Ausländische Förderungen werden abgelehnt, weil der Westen ökonomisch stärker ist, und er dadurch ägyptische NGOs für seine eigenen Zwecke missbrauchen könnte.³⁹¹ Diese Anschauung geht allerdings davon aus, dass der Westen ein homogener Block mit gleichen Interessen sei, was nicht der Realität entspricht. Der zweite Diskurs sieht in der Ablehnung von Fördergeldern einen staatlichen Versuch, NGOs, insbesondere Menschenrechtsorganisationen, zu diskriminieren.³⁹² Die Kritik betreffend den Erhalt ausländischer Förderungen – so Esrā’ ‘Abd al-Fattāh und Journalist bei Maṣrī al-Yūm – sei nur ein Mittel um NGOs zu diffamieren.³⁹³ Der Vorwurf, NGOs erhalten Gelder, um damit ausländische Agenden zu verfolgen und im Land Chaos zu verursachen, beantwortet Esrā’ ‘Abd al-Fattāh, Aktivistin und Medienkoordinatorin der „Egyptian Democratic Academy“, einer NGO, die sich mit politischer Bildung auseinandersetzt, folgendermaßen: *“All diese Anschuldigungen sind unwahres Gerede und stellen keine Wirklichkeit dar, sondern sind lediglich ein Versuch von staatlicher Seite*

³⁸⁸ Vgl. a.a. O. S. 183.

³⁸⁹ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 183.

³⁹⁰ Vgl. a.a. O. S. 184.

³⁹¹ Vgl. Pratt, Nicola (2001): Human Rights NGOs and the „Foreign Funding Debate“ in Egypt. S. 3.

³⁹² Vgl. a.a. O. S.4.

³⁹³ Vgl. Interview Kamāl Nabīl und Interview Esrā’ ‘Abd al-Fattāh

*Angst innerhalb der Bevölkerung vor NGOs zu verbreiten.”*³⁹⁴ Der Staat versucht immer wieder auch mittels Medienkampagnen auf eine Gefahr, die von westlich geförderten NGOs angeblich ausginge, aufmerksam zu machen. Es ist immer wieder von einer westlichen Bedrohung die Rede. Insbesondere versucht man so, vor allem gegen NGOs, die sich mit politischen Themen auseinandersetzen, vorzugehen. Wenn hingegen das Development and Institutionalization Support Center, das sich unter anderem für die Förderung der Zivilgesellschaft einsetzt, Fördergelder erhält, wird dies – so Kamāl Nabīl, Gründer und Leiter der Organisation – veröffentlicht und man kann die Projekte nachvollziehen.³⁹⁵

Die Debatte um den Erhalt ausländischer Förderungen repräsentiert die Auffassung über Ägyptens Beziehung zum Westen. Diese ist von der langen Ära der Kolonialisierung geprägt sowie einer dadurch entstandenen Ansicht, alles vom Westen Stammende sei eine Bedrohung für das Land.³⁹⁶

Um Problemen aus dem Wege zu gehen, akzeptieren einige NGOs gar keine ausländischen Gelder, andere wiederum akzeptieren nur Förderungen von nichtstaatlichen Agenturen.³⁹⁷

In der Zusammenarbeit zwischen NGOs und ausländischen Geberorganisationen existieren weitere Probleme. Die Projekte sind meist kurzfristig und einige entsprechen nicht den echten Bedürfnissen der Bevölkerung.³⁹⁸ Sie bekämpfen laut NGO Mitarbeitern stets die Symptome, allerdings nicht die wahren Probleme.³⁹⁹ Hinzu kommt, dass von NGOs eine große Anzahl von Fortschrittsberichten verlangt wird. Einige NGO Mitglieder sehen darin ein fehlendes Vertrauen ausländischer Agenturen in NGOs.⁴⁰⁰ Laut einer Mitarbeiterin der Geberorganisation DANIDA sind diese Berichte wichtig, damit sie ihre Tätigkeiten an die Hauptsitze weiterleiten können. Diese wiederum machen diesbezüglich Druck, da sie vor ihren nationalen Parlamenten Rechenschaft für die von ihnen geleisteten Entwicklungshilfen im Ausland ablegen müssen und dabei unter Druck geraten. Außerdem stellen diese Berichte die einzige Garantie für die Durchführung von Projekten dar.⁴⁰¹

³⁹⁴ Vgl. Interview Esrā’ ‘Abd al-Fattāh

³⁹⁵ Vgl. Interview Kamāl Nabīl

³⁹⁶ Vgl. Pratt, Nicola (2001): Human Rights NGOs and the „Foreign Funding Debate“ in Egypt. S. 2.

³⁹⁷ Vgl. *ibid.*

³⁹⁸ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 183.

³⁹⁹ Vgl. a.a. O. S.184.

⁴⁰⁰ Vgl. a.a. O. S. 183.

⁴⁰¹ Vgl. a.a. O. S. 184.

5.3.4 Interne Defizite und Hürden

Viele zivilgesellschaftliche Organisationen weisen interne Probleme auf, da Transparenz und Demokratie in den meisten Fällen fehlen. NGOs sind oft nur aufgrund des Gründers, Managers oder Vorstandes bekannt. Zudem kann man von einer Zentralisierung der Macht ausgehen. Wie bereits beschrieben, werden Entscheidungen oft nur von wenigen Mitgliedern, meist nur von einer Person oder einer Familie, getroffen. Interessensgruppen sind häufig nur aufgrund einer charismatischen Persönlichkeit bekannt.⁴⁰²

Dadurch wird eine autoritäre Führungsweise gefördert. Das Ungleichgewicht zwischen Volontären, Mitarbeitern und dem Vorstand wirkt sich negativ auf die Tätigkeiten aus.⁴⁰³ Nicht selten ist die eigentliche Ursache im Rahmen einer NGO aktiv zu sein, finanziell bedingt.⁴⁰⁴ Es fließen in diesem Bereich auch sehr viele internationale Gelder.⁴⁰⁵

Die Zentralisierung der Macht kann äußerst leicht zu Machtmissbrauch und Korruption führen. Viele Experten sehen dies darin begründet, dass NGOs stark kontrolliert werden, und repressiven Einschränkungen ausgesetzt sind. Das Vereinsgesetz gibt keine Good-Governance Kriterien vor. Um Probleme mit der Regierung zu verhindern, agieren NGOs oft im Geheimen. Organisationen, die transparent und rechenschaftspflichtig sind, riskieren eine stärkere Intervention seitens des Staates. Um mögliche Sanktionen zu verhindern, publizieren Organisationen keine Informationen über sich.⁴⁰⁶

Aufgrund des Mangels an Good-Governance Kriterien sind NGOs „*individual initiatives, reliant on the good intentions of their founders.*“⁴⁰⁷ Projekte von NGOs haben in sehr vielen Fällen stets persönliche Profite eingebracht, und waren öffentlich nur sehr begrenzt effektiv. Wenn man die ländlichen Gebiete Ägyptens als Beispiel herannimmt, wird schnell ersichtlich, dass sich trotz dieser Förderungen nichts an der prekären sozialen Lage geändert hat – so Kamāl Nabīl .⁴⁰⁸ Eine weitere Auswirkung restriktiver Gesetze ist die

⁴⁰² Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 145.

⁴⁰³ Vgl. Nadine, Abdallah Hani (2008): Civil Society in Egypt: A Catalyst for Democratization? S.27. In: The International Journal for Not-for-Profit Law. S. 25-28.

⁴⁰⁴ Vgl. Transparency International (2009): National Integrity System Study. Egypt. S. 140.

⁴⁰⁵ Vgl. Interview Dr. Andreas Jacobs, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer Stiftung in Ägypten (2.11.2010). zit. nach: Gharib, Sherin: Korruption in autoritären Regimen S. 145.

⁴⁰⁶ Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 146.

⁴⁰⁷ Agati, Mohamed (2007): Undermining Standards of Good Governance: Egypt's NGO Law and its Impact on the Transparency and Accountability of CSOs. S. 69.

⁴⁰⁸ Vgl. Interview Kamāl Nabīl , Gründer und Leiter einer ägyptischen NGO (Development und

Angst, Machtmissbrauch zu melden, da dies den Ruf zivilgesellschaftlicher Akteure schädigen würde.⁴⁰⁹

Hamdy A. Hassan sieht daher in ägyptischen NGOs betreffend Demokratie, Rechenschaftspflicht und internen Funktionsweisen, einen Fall von *“political tyranny practiced by non-state actors.”*⁴¹⁰ Die Effektivität ägyptischer und arabischer NGOs ist limitiert aufgrund *“weak organizational set-up, lack of routine audits, absence of strict internal rules and regulations and administrative inefficiency.”*⁴¹¹

Harders Cilja, die sich in ihrer Studie mit NGOs im Bereich der Armutsbekämpfung auseinandergesetzt hat, bringt die strukturellen Probleme auf den Punkt: *“Korruption, Regierungskontrolle, Mangel an Ressourcen, mangelnde Anbindung an die Zielgruppe, mangelnde Effizienz und mangelnde interne Demokratie machen NGOs zu einem ambivalenten Akteur aus Armutsperspektive. Zudem sind sie als lokale Organisationen in weitreichenden Netzwerke der klientelistischen Mobilisierung fest eingebunden.”*⁴¹² Korruption kann auf die schlechte Bezahlung der MitarbeiterInnen zurückgeführt werden.⁴¹³ Auch das fehlende Bewusstsein und Wissen um Korruption kann als Grund dafür gelten.⁴¹⁴

Zu den weiteren Hürden, mit denen NGOs zu kämpfen haben, gehören der bereits erwähnte Mangel an Volontären sowie die verspätete Auszahlung von Fördergeldern seitens der Geberorganisationen.⁴¹⁵

Eine weitere Problematik ist die Frage um die Finanzierung. Laut Gesetz 84 aus dem Jahr 2002 dürfen NGOs keine Gelder von in- oder ausländischen Akteuren ohne staatliche Genehmigung erhalten. Oft wird die Auszahlung sehr spät genehmigt und somit können

Institutionalization Support Center (DISC) Egypt). (13.11.2010). zit nach: Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 145.

⁴⁰⁹ Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 145-146.

⁴¹⁰ Vgl. Hassan, Hamdy A. (2011): Civil Society in Egypt under the Mubarak Regime. In: Afro Asian Journal of Social Sciences. Volume 2. No.2.2 Quarter II 2011. S. 13.

⁴¹¹ Vgl. ibid.

⁴¹² Harders, Cilja (2002): Staatsanalyse von Unten: Urbane Armut und politische Partizipation in Ägypten. S. 196.

⁴¹³ Vgl. a.a. O. S. 234.

⁴¹⁴ Vgl. Interview Kamāl Nabīl, Gründer und Leiter einer ägyptischen NGO (Development und Institutionalization Support Center (DISC) Egypt). (13.11.2010). zit nach: Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 145.

⁴¹⁵ Vgl. Interview Kamāl Nabīl, Gründer und Leiter einer ägyptischen NGO (Development und Institutionalization Support Center (DISC) Egypt) (13.11.2010). zit. nach: a.a. O. S. 146.

Projekte nicht fortgesetzt werden. Dies kann auch zum Stopp der Projekte führen.⁴¹⁶

Oft leidet die Effektivität der Projekte daran, dass diese projektorientiert und nicht programmorientiert sind. Es werden nur einzelne, meist auch nur kurzfristige Projekte durchgeführt, was die Chance auf Nachhaltigkeit massiv verringert. Für effektive Ergebnisse ist es wichtig, auf langfristige Weise zu arbeiten.⁴¹⁷

Zudem werden von Geberorganisationen keine genauen Evaluierungen durchgeführt – somit können auch keine Verbesserungen für zukünftige Projekte erfolgen.⁴¹⁸ So meint Yasmine Ahmed, *“that lack of research and access to information means many programs are initiated without a deep understanding of the issues complexities, and therefore lack long-term sustainability.”*⁴¹⁹ Darüber hinaus implementieren viele NGOs dieselben Projekttypen und konkurrieren, wenn es um ausländische Förderungen geht.⁴²⁰ Die mangelnde Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen NGOs schwächt die Fähigkeit der effektiven Mobilisierung. Oft ist das öffentliche Interesse an NGOs, insbesondere an politischen, gering.

Ägypter sind gegenüber allem, was nicht vom Staat kommt, skeptisch.⁴²¹ Säkulare Organisationen haben oft wenig Rückhalt in der Gesellschaft. Islamisch-geprägte Vereinigungen zeigen hingegen mehr Effizienz und mehr Bürgernähe. Insgesamt sind NGOs eher auf Konkurrenz ausgerichtet. Sie stehen in Konflikt zueinander und kooperieren in einem geringen bis gar keinem Maß miteinander.⁴²²

Die größten Hürden für NGOs stellen die staatlichen Interventionen dar. NGOs haben aufgrund der Gesetzgebung wenige Möglichkeiten gegen staatliche Eingriffe vorzugehen. Vielen Organisationen wurde eine legale Registrierung nicht gestattet. Diese sind trotzdem aktiv und werden von staatlicher Seite toleriert.⁴²³ Der Staat hat sich nie an Gesetze

⁴¹⁶ Vgl. Hassan, Hamdy A.(2011): Civil Society in Egypt under the Mubarak Regime. In: Afro Asian Journal of Social Sciences. Volume 2. No.2.2 Quarter II 2011. S. 14.

⁴¹⁷ Vgl. Interview Kamāl Nabīl, Gründer und Leiter einer ägyptischen NGO (Development und Institutionalization Support Center (DISC) Egypt). (13.11.2010). zit. nach: Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 147.

⁴¹⁸ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 175.

⁴¹⁹ Vgl. Marroushi, Nadine (9.2.2012): „When NGOs drop „non“ from the name“ Maṣrī al-Yūm. Aufrufbar unter <http://www.egyptindependent.com/news/when-ngos-drop-non-name> . 27.2.2013.

⁴²⁰ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 177.

⁴²¹ Vgl. Interview Journalist Maṣrī al-Yūm

⁴²² Nadine, Abdallah Hani (2008): Civil Society in Egypt: A Catalyst for Democratization? S.28. In: The International Journal for Not-for-Profit Law.

⁴²³ Vgl. Güzeldere, Ekrem Eddy (2000): Zivilgesellschaft in autoritären Staaten: Ägypten und die Türkei im

gehalten – so Kamāl Nabīl.⁴²⁴ Eine nicht legalisierte Organisation kann auch im Falle ihrer Auflösung sowie sonstiger Restriktionen nicht klagen. Somit sind solche Organisationen einer ständigen Angst ausgesetzt. Ein Beispiel dafür stellt die EOHR (Egyptian Organisation for Human Rights) dar, welche mit der Begründung, es gäbe bereits eine Menschenrechtsorganisation und daher keinen Bedarf für eine weitere, keine Genehmigung erhalten konnte. Der Staat hatte nämlich zuvor eine staatsnahe Menschenrechtsorganisation, der National Council für Human Rights (NCHR), gründen lassen.⁴²⁵

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die NGO-Landschaft verbesserungswürdig ist.⁴²⁶ Es gibt Organisationen, die in erster Linie an persönlichem Profit interessiert sind, obwohl sie eigentlich zu Demokratie und Good-Governance aufrufen.⁴²⁷

5.4 Beziehungen zwischen verschiedenen NGO-Typen

Die Beziehungen zwischen verschiedenen NGO Typen spiegeln die arabischen Debatten um das Zivilgesellschaftskonzept wider. Oft kritisieren sich NGOs gegenseitig, insbesondere liberal sowie islamisch ausgerichtete NGOs. So werden beispielsweise Interessensgruppen von islamischen NGOs als „*mouthpieces*“⁴²⁸ des westlichen Demokratiediskurses bezeichnet. Vor allem wird dies mit dem Erhalt ausländischer Förderungen argumentiert. Es wird ihnen vorgeworfen, dass sie ihre Organisationen missbrauchen, um eigene Ziele zu erreichen und, dass sie sich in keinster Weise um das gesellschaftliche Wohl bemühen. Obwohl Interessensgruppen die Regierung stark kritisieren, werden sie von islamischen NGOs als dessen Verbündete angesehen.⁴²⁹

Das folgende Zitat eines Mitgliedes einer islamischen NGO verdeutlicht die Einstellung

Vergleich. S. 45.

⁴²⁴ Vgl. Interview, Kamāl Nabīl

⁴²⁵ Vgl. Güzeldere, Ekrem Eddy (2000): Zivilgesellschaft in autoritären Staaten: Ägypten und die Türkei im Vergleich. S. 45.

⁴²⁶ Vgl. Interview Dr. Andreas Jacobs, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer Stiftung in Ägypten. (2.11.2010). zit. nach: Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S.147.

⁴²⁷ Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 147.

⁴²⁸ Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 188.

⁴²⁹ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 187-188.

gegenüber Interessensgruppen, „...at least the government’s position is clear. It openly admits to being America’s ally and to normalising relations with Israel. The government accepts American money and political support in return for being America’s watchdog in the Arab world. As for these [advocacy] NGOs, they are always pretending to be fighting against imperialism and the government. In reality however, they are not better than the corrupt government; they are also funded by American and other Western countries, and they receive this funding in return for spreading American culture and ideas among Egyptians in the name of charity and goodwill“. ⁴³⁰

Auf der anderen Seite werden islamische NGOs beschuldigt, Doppelstandards zu verfolgen. Einerseits lehnen sie Konzepte der Zivilgesellschaft und der Demokratie ab, und betrachten diese als westliche Ideale, die nicht in eine islamische Gesellschaft hineinpassen, andererseits partizipieren sie willentlich an Projekten zivilgesellschaftlicher Akteure und nutzen diese als Mittel aus, mit denen sie ihre Ideen verbreiten können. Zudem wird ihnen vorgeworfen, sie würden die schlechte wirtschaftliche Lage ausnutzen, um Macht zu erlangen. Die Antwort islamischer NGOs darauf lautet, dies stelle keinen Widerspruch dar, da soziale Projekte im Mittelpunkt des Islams stehen, und islamisch geprägte Akteure immer schon Leistungen für die Bevölkerung erbracht haben. ⁴³¹

5.5 Analyse der Beziehungen zwischen Staat und NGOs – ein korporatistisches Modell?

5.5.1 „Korporatismus“ am Beispiel Ägyptens

In der Ära Mubārak ist die Anzahl der NGOs gestiegen. Dies betrachten einige als Erfolg seiner Politik, allerdings wird bei näherer Betrachtung, insbesondere der massiven Einschränkungen, mit denen zivilgesellschaftliche Akteure zu kämpfen hatten, ersichtlich, dass die Zivilgesellschaft weiterhin schwach war. ⁴³² Die Zivilgesellschaft blieb laut Kassem „as weak an entity under Mubarak as under his predecessors“. ⁴³³

⁴³⁰ A.a. O. S. 188.

⁴³¹ Vgl. a.a. O. S. 189.

⁴³² Vgl. Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und Korruptionsbekämpfung in Ägypten. S. 146.

⁴³³ Kassem (2004): zit. nach: Strohmeyer, Edda A. (2007): Stabilität, Friede und Demokratie im Nahen Osten? 25 Jahre Ägypten unter Hosni Mubarak. S. 124-125.

Bei einer Betrachtung der Gesetzeslage sowie des staatlichen Umganges mit NGOs kann zusammenfassend gesagt werden, dass die gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren verfolgte Politik von Misstrauen und Pragmatismus geprägt ist. Auf der einen Seite herrscht ein mangelndes Vertrauen in Akteure der Zivilgesellschaft und zahlreiche restriktive Gesetze schreiben der Regierung die Macht zu, NGOs nach Belieben zu kontrollieren und aufzulösen. Auf der anderen Seite fördert er diese, da sie in von ihm vernachlässigten Bereichen tätig sind.⁴³⁴ Aufgrund neoliberaler Reformen hat sich der Staat aus dem sozialen Bereich zurückgezogen. Insbesondere seit den 1990er Jahren wurden die Wohlfahrtsleistungen stark gekürzt und an *„die Stelle von Rechten und Ansprüchen sind schwer einklagbare Möglichkeiten informellen Handelns und der informellen klientelistischen Interessensvertretung getreten.“*⁴³⁵ Wohlfahrtstätigkeiten wurden größtenteils zivilgesellschaftlichen Akteuren überlassen.

Als Ergebnis dieser widersprüchlichen Einstellungen gegenüber Nichtregierungsorganisationen ist die Politik instabil, unberechenbar, und ändert sich je nach politischen Gegebenheiten.⁴³⁶ Marina Ottaway beschreibt das Regime unter Mubārak als „semi-authoritarian“⁴³⁷, Daniel Brumberg als „liberalized autocracy.“⁴³⁸ Autoritäre Strukturen wurden zwar ausgebaut und gefestigt, aber auch Maßnahmen ergriffen, die mehr oder weniger als liberal zu bezeichnen sind. Die Verbreitung zivilgesellschaftlicher Akteure sowie die Zunahme ihrer Aktivitäten können als Strategie einer „controlled liberalization“ beschrieben werden. Zivilgesellschaftlichen Akteuren wurden begrenzte Freiräume gestattet, allerdings ohne jegliche Kontrolle über diese zu verlieren. Diese Freiräume dienten sowohl nach Außen als auch nach Innen der Demonstration, es herrsche ein liberales System vor, um somit eine Legitimation des Herrschaftssystems zu erzielen.⁴³⁹

Das im theoretischen Teil angeführte Konzept des Korporatismus kann auf Ägypten

⁴³⁴ Vgl. Kandil, Amani (1998): The nonprofit sector in Egypt. S. 122- 158. In: Anheier, Helmut K.; Salamon, Lester M.(1998): The nonprofit sector in the developing world. S. 149.

⁴³⁵ Harders, Cilja (2009): Politik von unten – Perspektiven auf den autoritären Staat in Ägypten S. 301.

⁴³⁶ Vgl. Kandil, Amani (1998): The nonprofit sector in Egypt. S. 122- 158. In: Anheier, Helmut K.; Salamon, Lester M.(1998): The nonprofit sector in the developing world. S. 149.

⁴³⁷ Ottaway (2003): zit. nach: Abdallah, Nadine Hany: Civil Society in Egypt: A Catalyst for Democratization? In: The Journal of Not-for-Profit Law. S. 25.

⁴³⁸ Brumberg (2002): zit. nach: a.a.O. S. 25-26.

⁴³⁹ Vgl. Abdallah, Nadine Hany: Civil Society in Egypt: A Catalyst for Democratization? S. 26. In: The Journal of Not-for-Profit Law. S. 25-28.

übertragen werden. Drei Faktoren, wie im Kapitel 2.4 bereits erläutert, sind nach Schmitter Merkmale des Korporatismus:⁴⁴⁰

- a) Interessensgruppen sind in nicht wettbewerbsfähigen, funktional differenzierten Kategorien organisiert
- b) Der Staat lizenziert, und in einigen Fällen gründet er Organisationen
- c) Der Staat erkennt ihnen einige Privilegien zu, als Gegenleistung, dass sie Formen der Kontrolle ihrer Aktivitäten akzeptieren.⁴⁴¹

Die Beziehung zu zivilgesellschaftlichen Akteuren ist seit Nāṣir korporatistisch, allerdings auch von einer massiven restriktiven Politik geprägt. Bereits unter Nāṣir wurde eine Strategie der Vereinnahmung von NGOs verfolgt und durch Kooptierung von Gruppen versucht, die Macht weiter auszubauen. Zivilgesellschaftliche Akteure wurden beispielsweise mit staatlichen Unternehmen fusioniert, oder es wurden staatliche Organisationen in diesen Bereichen gegründet. Befolgt diese die vom Staat vorgegebenen Regeln, so wurden sie privilegiert. Im Falle eines Widerstandes waren sie restriktiven Mitteln ausgesetzt. Diese Linie setzte sich unter Sādāt ebenfalls fort. Aus Gründen des Machterhalts schaffte er mehr Freiheitsräume und förderte gezielt bestimmte Gruppierungen: Durch die Infitāḥ-Politik in den 1970er Jahren und die damit einhergehenden Kürzungen von Wohlfahrtsleistungen spitzte sich die soziale Lage zu. Um sich Legitimität zu verschaffen, musste eine kontrollierte Öffnung bzw. eine begrenzte Liberalisierung zugelassen werden, was durch eine Kooptationsstrategie der potentiellen Herausforderer erfolgte.⁴⁴²

Bianchi prägt den Begriff des „unruly corporatism“. Er argumentiert, dass Ägyptens autoritäres System auf „[a] particularly and unusually „flexible and incoherent“ variety of corporatism“⁴⁴³ basiert. Das ägyptische Modell des Korporatismus ist ein „persistently heterogeneous system of interest representation in which both pluralist and corporatist structures have played enduring roles, but in which neither mode of representation has

⁴⁴⁰ Vgl. Schmitter (1974): zit. nach: Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 121.

⁴⁴¹ Vgl. ibid.

⁴⁴² Vgl. Richter, Carola (2011): Medienstrategien ägyptischer Islamisten im Kontext von Demokratisierung. S. 46-47.

⁴⁴³ Vgl. Bianchi (1989): S. 20: zit. nach: Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 38.

attained anything approaching universal or permanent hegemony.“⁴⁴⁴

Die öffentliche Meinung in Ägypten und die Diversität politischer Organisationen zwangen das sukzessive autoritäre Regime dazu, eine Form des Korporatismus einzugehen, in welchem kosmetischer Pluralismus und politische Öffnungen Teil davon waren.⁴⁴⁵

Unter Mubārak zeigt sich der Korporatismus anhand verschiedener Faktoren. Der Staat lizenziert die Organisationen. In community development associations arbeiten oft Ministeriumsbeamte. Zudem werden auch Projekte vom Ministerium durchgeführt, so dass sie sogar als staatliche Apparate gelten können. Dies lässt die Frage aufkommen, inwiefern diese Organisationen überhaupt als NGOs bezeichnet werden können. Das nächste Kapitel geht genauer auf die Dimensionen des Korporatismus sowie der Kooptation ein.

5.5.2 Dimensionen des Korporatismus und der Kooptation

Insbesondere die Beziehung zwischen community development associations und dem Staat ist stark durch eine Verflechtung geprägt: Viele der community development associations haben enge Kontakte zu staatlichen Repräsentanten. Oft sind Ministeriumsbeamte im Vorstand der NGOs tätig. Diese nehmen eine zweideutige Rolle ein: zum einen gewährleisten sie, dass die vom Ministerium gesetzten Regeln befolgt werden, zum anderen setzen sie Ministeriumsprojekte um. Dieses Arrangement wird von vielen als Beweis einer totalen Kooptation und Verlust der Autonomie betrachtet.⁴⁴⁶ Ein NGO Mitglied, der auch Ministeriumsbeamter war, meint, dass er seine Kontakte zum Ministerium auf keinen Fall ausnütze: *„I do not abuse my connections at MOSA because I don't do anything illegal. For example, if my NGO is applying for a fund-raising permit, I don't ask my excolleagues, who are responsible for approving the permit, to shorten the process or overlook the regulations. I just give it to the person who I know is directly responsible for issuing the permits, which saves a lot of time that other NGOs waste by submitting the request to another official with other responsibilities who might take weeks*

⁴⁴⁴ Bianchi (1989): S. 20: zit. nach: Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 38.

⁴⁴⁵ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 38.

⁴⁴⁶ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 156.

to refer the request to the specialized colleague.“⁴⁴⁷

Im Jahre 1994 versuchte man, den Einfluss der Ministeriumsmitarbeiter auf NGOs etwas einzuschränken. Es sollte Ministeriumsbeamten verboten werden, Vorstandsmitglieder von NGOs zu werden. Damit wollte das Ministerium allerdings keine Freiräume schaffen, sondern man glaubte, dass die schwache Kontrolle des Ministeriums gegenüber den NGOs dadurch resultierte, dass viele Beamte auch in NGOs tätig sind, was zu einer mangelnden Überwachung führte. Der zweite Grund war, dass man dadurch die entstandene Kritik zur engen Zusammenarbeit zwischen NGOs und Ministerium verhindern wollte. Enge Verflechtungen gibt es auch zwischen NGO Mitgliedern und den verschiedenen Ministerien, da diese oft Beamte sind. Darüber hinaus existiert meist ein guter Kontakt zu einer bestimmten Person im Ministerium. Diese wird eingeladen an Veranstaltungen der NGO teilzunehmen und wird dadurch zu einem Patron der NGO. Für NGOs ist diese Beziehung wichtig. Es erspart Verzögerungen in der Durchführung der Projekte, die aus einer schlechten Beziehung heraus resultieren könnten.⁴⁴⁸ So beispielsweise meint ein Mitglied einer community development association in Kairo, dass es besser sei, professionelle Beziehungen zum Ministerium zu pflegen: *„the NGO members have to be careful not to offend this official; otherwise they might face unnecessary trouble. I know of an NGO where the board members fell out with their contact person in the ministry a year ago, and since then they have not been able to get any work done as their requests and proposals kept going mysteriously missing in the ministry offices. An NGO needs this contact person. When our relationship with him is good, we don't necessarily notice any difference in the way our work goes, but if this relationship goes bad, we certainly will“*⁴⁴⁹

Gesetzlich betrachtet sollten Vorstandstreffen monatlich stattfinden. Fehlt ein Vorstandsmitglied bei mehr als der Hälfte dieser Treffen, sollte er automatisch aus dem Vorstand ausscheiden. Dies wird von NGOs oft nicht streng befolgt. Häufig finden nicht jeden Monat Treffen statt, oder viele Vorstandmitglieder erscheinen nicht.⁴⁵⁰ In diesen Fällen wird die Zeit der Treffen falsch an das Ministerium übermittelt. Meist ist das dem Ministerium bekannt, das darüber hinwegsieht, solange eine NGO *„does not pose any threat to the morals of society or the „safety of the regime“ as it is often termed.*“⁴⁵¹

⁴⁴⁷ Ibid.

⁴⁴⁸ Vgl. A.a. O. S. 159.

⁴⁴⁹ Ibid.

⁴⁵⁰ Vgl. a.a. O. S.160.

⁴⁵¹ Ibid.

Auch die Finanzierung bleibt ein Problem. Der Staat versucht seine Dominanz vor allem mittels Kontrolle finanzieller Ressourcen der NGOs auszuüben. Dies erfolgt durch eine direkte Aufsicht des Ministeriums über Budget und Ausgaben, die Vergabe von staatlichen sowie Kontrolle über ausländische Förderungen. Der Staat stellt sehr wenige Gelder zur Verfügung und unterstützt auch nicht beim Erhalt inländischer oder ausländischer Förderungen. Organisationen mit knappen finanziellen Ressourcen bekommen diese Politik am härtesten zu spüren. Von der restriktiven Fundraising-Politik des Staates sind allerdings nicht alle Organisationen betroffen. So beispielsweise hatten es Businessvereinigungen in der Ära Mubārak viel leichter, da ihre Mitglieder enge Kontakte zum Regime pflegten. Kleinere Organisationen haben es in der Regel mit weit schärferen Restriktionen zu tun: „*Rich organizations become richer while the poor, especially those in provinces, become poorer.*“⁴⁵² Islamische NGOs haben ihre Finanzierung betreffend, einen Vorteil, da Zakāt-Gelder keiner Kontrolle unterliegen. Dies gilt auch für koptische NGOs.

Ein Beispiel für die staatlichen Eingriffe zeigt der bereits erwähnte Fall Sa’d ad-Dīn Ibrāhīm, Gründer des Ibn Khaldoun Centers. (Mit der Begründung er habe ohne staatliche Genehmigung ausländische Fördergelder erhalten, wurde er zu einer Haftstrafe verurteilt, allerdings später begnadigt.) Das macht deutlich, dass es unter Mubarak „für das Regime essentiell [war], dass es nicht der rechtliche Anspruch auf Unversehrtheit von Körper und Geist ist, der verfassungsmäßig garantiert wird, sondern die Gnade der Regimeführung, die über das Wohl und Wehe ihrer Bürger entscheidet. Damit wird Abhängigkeit perpetuiert und eine faktische Autonomie gesellschaftlicher Gruppen von der Führung effektiv unterbunden.“⁴⁵³ Nach der Machtübernahme Muḥammad Mursī hat sich diese Strategie nicht geändert.

Oft erfolgt eine Kooptation von NGO Leitern und Aktivisten durch Vergabe besserer Positionen in Regierungs- und Halbregierungsorganisationen. Währenddessen können sie weiterhin ihren NGO Tätigkeiten nachgehen. Zudem gründet der Staat selbst Organisationen und Institutionen, die in gleichen Feldern tätig sind. Beispiele dafür stellen die “Federation of Non-Governmental Organisation”, der “National Council of Human Rights” oder der “National Council of Women” dar.⁴⁵⁴

⁴⁵² Ibid.

⁴⁵³ Vgl. Schlumberger, Oliver (2008): Autoritarismus in der arabischen Welt. S. 168.

⁴⁵⁴ Abdallah, Nadine Hany: Civil Society in Egypt: A Catalyst for Democratization? S. 26. In: The Journal of

Allerdings gibt es auch viele Fälle erfolgloser Kooptationspolitik. Laut Gamal Eid, Direktor des Arab Network for Human Rights Information, lassen sich NGOs in zwei Gruppen unterteilen: *“There are serious organizations that struggle, and others that are there just to collect funding. There is pressure on the former organizations now, like the Arab Network, but we’re determined to persist. Others, however, prefer to have a good relationship with the government.”*⁴⁵⁵

Organisationen, die sich widersetzen, existieren oft im Untergrund, oder stehen am Rande ihrer Legalität. Täglich müssen sie mit einem Verbot rechnen. Oft handelt der Staat hier ambivalent. *„Zuwendungen einerseits, temporäre Verbote und Verhaftungen andererseits.“*⁴⁵⁶ Als Beispiel kann das seit 2006 wieder verbotene Hišam Mubārak Law Center in Ägypten gelten.⁴⁵⁷

Der Staat führt insbesondere gegen Menschenrechtsorganisationen und soziale Bewegungen (z.B. 6.April Bewegung, Kifāya Bewegung,...) eine Politik der Schikanierung. Die Medien stellen diese Organisationen oft als „Spione“ dar und verbreiten Gerüchte, sie würden ausländische Agenden befolgen.⁴⁵⁸

Auch religiös geprägte NGOs werden oft vom Ministerium behelligt, wenn sie bürokratische Richtlinien nicht korrekt einhalten. Das führt dazu, dass diese NGOs ihre Treffen einhalten, bzw. dort auch die meisten Mitglieder präsent sind. Paradoxerweise trägt das Ministerium somit dazu bei, ihre organisatorischen Strukturen zu verbessern.⁴⁵⁹

Darüber hinaus sind viele NGOs so ausgerichtet, dass sie in erster Linie dem Regime nutzen, und nicht gegen die echten Probleme vorgehen. Ein Beispiel hierfür gibt Alia Mossalam, welche jahrelang im Bereich der NGOs tätig war: *“Suzanne Mubarak [Ehefrau des zurückgetretenen Präsidenten M. Hosni Mubarak. Sie beschäftigte sich insbesondere mit Frauenrechten] decided she wanted to support anti-child labor, so we conducted research at the areas where it was most prevalent. I realized the children I interviewed worked because they weren’t learning anything at school. The focus should have been on how to make the working environment better, while improving education. But it wasn’t a*

Not-for-Profit Law. S. 25-28.

⁴⁵⁵ Gamal Eid: zit. nach: Marroushi, Nadine (9.2.2012): „When NGOs drop „non“ from the name“ Maṣ rī al-Yūm. Aufrufbar unter <http://www.egyptindependent.com/news/when-ngos-drop-non-name> . 27.2.2013.

⁴⁵⁶ Schlumberger, Oliver (2008): Autoritarismus in der arabischen Welt. S. 168.

⁴⁵⁷ Vgl. ibid.

⁴⁵⁸ Vgl. Abdallah, Nadine Hany: Civil Society in Egypt: A Catalyst for Democratization? S. 26. In: The Journal of Not-for-Profit Law. S. 25-28.

⁴⁵⁹ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. S. 160.

conversation to be had, because Suzanne wanted a campaign against child labor.“⁴⁶⁰

5.5.3 „Korporatismus“ oder „Co-integrationism“?

Seit Nāṣir ist die ägyptische Herrschaftsstrategie – so Pawelka – neopatrimonial geprägt. Zwar existieren formelle Gesetze und Regeln, allerdings darf man die informellen Prozesse nicht außer Acht lassen, da sie oft eine wichtigere Rolle spielen. Zudem versuchte man *„die zur Legitimierung nötigen Akteure entweder zu kooptieren oder zu unterdrücken. Kooptierende Inklusion so Pawelka in den 1980er Jahren (1985 Pawelka S. 39) sei in Ägypten dabei eher die Regel als die Ausnahme – und dies galt in weiten Teilen auch noch heute.“*⁴⁶¹ Das autoritäre System in Ägypten konnte so lange bestehen bleiben, da die Opposition, bzw. die organisierten gesellschaftlichen Gruppen (beispielsweise al-Azhar, NGOs oder Parteien) eingebunden wurden. So wurden ihre Interessen in einer gewissen Hinsicht vertreten, und konnten sogar der Herrschaftslegitimation und Machtstabilisierung dienen.⁴⁶²

Laut Fahmī lässt sich allerdings die Beziehung nicht mit dem Konzept des Korporatismus beschreiben, sondern mit dem von ihm geprägten Begriff des „co-integrationism“. Laut ihm wurde eine Mischung aus Zwang und eine neue flexible Form des Korporatismus adaptiert. Co-integrationism definiert er als *„a system of states control over the various interest groups in society through a strategy of co-option of top group leaders into the system and integrating their interests with that of the state using special privileges, patronage networks and institutionalised corruption.“*⁴⁶³ Dem Konzept des Korporatismus zufolge profitieren weitere Schichten von Mitgliedern sowohl ökonomisch als sozial, im Falle des co-integrationism jedoch profitiert nur eine ausgewählte Führerschaft, meist auf Kosten einer breiteren Schicht von Gruppenmitgliedern. Das beschreibt laut ihm den ägyptischen Fall sehr gut. Zudem widerspricht er Bianchis Annahme, der Staat habe den politischen Einfluss weiter Gruppen gestärkt. Fahmī zufolge ist das Gegenteil der Fall. So meint er, dass der Staat absichtlich daran gearbeitet hätte,

⁴⁶⁰ Alia Mossalam: zit. nach: Marroushi, Nadine (9.2.2012): „When NGOs drop „non“ from the name“. Maṣrī al-Yūm . Aufrufbar unter <http://www.egyptindependent.com/news/when-ngos-drop-non-name>. 27.2.2013.

⁴⁶¹ Richter, Carola (2011): Medienstrategien ägyptischer Islamisten im Kontext von Demokratisierung. S. 46.

⁴⁶² Vgl. Ibid.

⁴⁶³ Fahmy, Ninette S. (2002) The Politics of Egypt State-Society Relationship. Kapitel 2.

verschiedene soziale Gruppen zu schwächen. Durch verschiedene Gesetze und kontinuierliche Intervention konnte dies ermöglicht werden. Insbesondere war das bei Berufsverbänden und Gewerkschaften der Fall. Der Staat wollte deren Einfluss eindämmen, was durch eine Mischung von Zwang und co-integrationism (Privilegien, Patronage und institutionalisierte Korruption) als ergänzende Methoden der Kontrolle erfolgte. Wurde einer Vereinigung eine Einflussnahme erlaubt, so war dies stets auf eine Patron-Klient Beziehung zurückzuführen und basierte lediglich auf einer personellen und individuellen als auf einer organisatorischen Ebene.⁴⁶⁴

Man kann Fahmī zustimmen, dass es sich im Falle Ägyptens seit Nāṣir nicht nur um ein korporatistisches, sondern ein auf die Privilegierung bestimmter Personen abzielendes Modell handelt. Zwar wurden korporatistische Maßnahmen verfolgt, allerdings profitierten oft nicht die Mitglieder, sondern nur eine gewisse Schicht. Vor allem erlaubten dies die starken Verflechtungen zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in der Ära Mubarak.

Insgesamt lässt sich erkennen, dass sich NGOs zwischen einer Kooptions- und Restriktionspolitik bewegten. Zum einen wurden sie privilegiert, wenn sie die staatlichen Interessen befolgten. NGOs spielten auch eine äußerst wichtige Rolle in Entwicklungsangelegenheiten, wie in der Bereitstellung verschiedener Leistungen.⁴⁶⁵ Zum anderen wurden sie verfolgt und schikaniert, sollten sie auf irgendeine Weise die staatliche Autorität gefährden.

Zwar ist ein Großteil der NGOs kooptiert, allerdings gibt es auch zahlreiche Akteure, die sich dem widersetzen. Beide Modelle, sowohl das korporatistische als auch das „co-integrationism“ haben ein mögliches Transformationspotential von zivilgesellschaftlichen Akteuren außer Acht gelassen.⁴⁶⁶ Es kann zwar von einer schwachen Zivilgesellschaft gesprochen werden, allerdings nicht von einer „uncivil society“ – dies zeigte insbesondere die Revolution des 25. Jānners 2011, die den dreißig Jahre lang amtierenden Präsidenten M. Ḥusnī Mubārak zum Rücktritt zwang. Auf diese sowie die daraus resultierenden Änderungen für NGOs wird im nächsten Kapitel eingegangen.

⁴⁶⁴ Vgl. *ibid.*

⁴⁶⁵ Vgl. Abdelrahman, Maha M. (2004): *Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt*. S. 172.

⁴⁶⁶ Vgl. Richter, Carola (2011): *Medienstrategien ägyptischer Islamisten im Kontext von Demokratisierung*. S. 46.

6. Die Rolle von NGOs in der Post-Mubarak-Ära

Dieses Kapitel setzt sich mit dem Einfluss von NGOs auf die ägyptische Revolution, sowie mit den Änderungen, die sich für Nichtregierungsorganisationen nach dem politischen Umsturz in Ägypten ergaben, auseinander.

6.1 Einfluss von NGOs auf die ägyptische „Revolution“

Zuleykha Asadvova beschäftigt sich in ihrer Masterarbeit mit der Frage, inwieweit transnationale NGOs einen Einfluss auf die Revolution hatten. Für eine Analyse führte sie Interviews mit Repräsentanten verschiedener NGOs durch. Es zeigt sich, dass development associations, sowohl transnationale als auch nationale, selbst angeben mit dem politischen Umsturz nichts zu tun gehabt zu haben, da sie sich lediglich um eine Verbesserung der Lebensumstände bemühten.⁴⁶⁷ So beispielsweise der Repräsentant von Caritas in Ägypten, welcher meinte, dass seine Mission die Unterstützung und Hilfe bedürftiger Menschen sei, und er auch gar nicht an den Aufständen teilgenommen habe.⁴⁶⁸

Interessensgruppen allerdings sind sehr wohl der Meinung, dass sie einen Beitrag geleistet hätten. Ein Beispiel stellt Khalid Tallima mit seiner Organisation „Socialist Youth-organization – At-taḡamu“, dar. Er und andere Befragte von advocacy organisations in Ägypten meinten, dass sie einen Einfluss auf die Entstehung der Revolution gehabt hätten, da sie Änderungen in den Einstellungen der Menschen erzielen konnten. Dies geschah durch Durchführung von Seminaren, Vorträgen oder Trainings zu verschiedenen Themen wie Armut oder Demokratie. Man versuchte Menschen dazu zu bringen, ihre Rechte zu verstehen.⁴⁶⁹ Auch Kamāl Nabīl sowie Esrā’ ‘Abd al-Fattāh waren der Meinung, dass NGOs einen großen Einfluss auf die Revolution hatten, da diese über die Rechte der Menschen informierten.⁴⁷⁰

Insgesamt kann daher von einem indirekten Einfluss der NGOs gesprochen

⁴⁶⁷ Vgl. Asadvova, Zuleykha (2012): Exploring the Impact of Transnational Civil Society on the Egyptian Uprising: Has the Transnational Engagement Been a Success Story?

⁴⁶⁸ Vgl. a.a. O. S. 42.

⁴⁶⁹ Vgl. S. a.a. O. S. 43.

⁴⁷⁰ Vgl. Interview Esrā’ ‘Abd al-Fattāh, Interview Kamāl Nabīl

werden.⁴⁷¹ Arbeitslosigkeit, Menschenrechtsverletzungen, Korruption und weitere soziale Probleme führten zur Revolution. NGOs spielten eine Rolle in der Entstehung der Revolution insofern, als sie auf gewisse Themen (z.B. Menschenrechtsverletzungen, Folterungen etc.) aufmerksam machten. Hier spielten auch die Medien, vor allem private Sender, die oft viele soziale Probleme anprangerten, eine zentrale Rolle.⁴⁷² Viele Fernsehsender, wie beispielsweise Al-ğazīra, oder neue soziale Medien (Facebook, Twitter,..) waren sehr vielen Menschen zugänglich, was einen Austausch über diese Themen erlaubte, und schließlich zu einer Mobilisierung führte. Zwar waren zivilgesellschaftliche Organisationen einer starken Kooptations- sowie Restriktionspolitik unterworfen, dennoch kann davon ausgegangen werden, dass ihr Diskurs und die vorsichtige liberale Öffnung, die seitens des Regimes, allerdings stets aus Gründen des Machterhalts erfolgte, zur Thematisierung der sozialen Probleme geführt hat und damit verbunden auch eine Bewusstseinsstärkung über die tagtäglich erlebte Ungerechtigkeit entstanden ist.

Auch während der Revolution haben NGOs eine wichtige Rolle gespielt, beispielsweise haben sie die Anzahl der Opfer dokumentiert.⁴⁷³ Zudem haben einige der Mitglieder Poster oder Graffitis, die den Präsidenten oder das Militär kritisierten, oder die Probleme in Ägypten aufzeigten, an die Wände gezeichnet. Sie bereiteten Flyer oder Poster von auf brutale Weise Ermordeten vor. Dies brachte die ägyptische Jugend sowie die Bevölkerung dazu, ihre Rechte einzufordern und Rache für die Opfer zu verlangen.⁴⁷⁴

6.2 NGOs nach dem ägyptischen Umsturz 2011

Mağid Surūr, Mitglied der „One World Foundation“, welche im Jahre 2005 gegründet wurde und sich mit Themen um Demokratie und Governance auseinandersetzt, spricht sowohl über die Tätigkeiten vor als auch die Probleme nach dem politischen Umsturz: *„[...] I also want to say that before the revolution we were more active than after the revolution. These days, people do not like NGOs anymore, government keep attacking their*

⁴⁷¹ Vgl. Asadova, Zuleykha (2012): Exploring the Impact of Transnational Civil Society on the Egyptian Uprising: Has the Transnational Engagement Been a Success Story? S. 52.

⁴⁷² Vgl. A.a. O. S. 48.

⁴⁷³ Vgl. Interview Journalist Maşrī al-Yūm

⁴⁷⁴ Vgl. Asadova, Zuleykha (2012): Exploring the Impact of Transnational Civil Society on the Egyptian Uprising: Has the Transnational Engagement Been a Success Story? S. 43.

*offices; people do not trust them saying that they work only in their benefits only. Civil society in Egypt did many things. They know a lot, and they have all types of skills, but the Egyptian civil society needs stability. We have had many seminars and trainings. All the seminars were attended by new people and members all the time. 3 months before the revolution we trained oppositon to new media; we demanded rights for Egyptians outside of Egypt. Some of our members were sometimes sent to other countries, like Serbia, for training. I also want to mention that the National Democratic Insitute (NDI) is behind most of the revolutions, but not behind the January 25th*⁴⁷⁵ Mağid Surūr zeigt auf, dass seine NGO nach der Revolution vielen Schwierigkeiten ausgesetzt ist, da kein Vertrauen mehr in NGOs besteht. Nach dem politischen Umsturz ist die Anzahl der NGOs gestiegen, allerdings wurde eine Anti-NGO Kampagne geführt.

Im Dezember 2011 stürmten Sicherheitskräfte die Büros zahlreicher NGOs, vor allem von Menschenrechtsorganisationen und internationalen Stiftungen, mit der Begründung sie würden die nationale Sicherheit Ägyptens gefährden. Diese Vorgehensweise war auch vor der Revolution präsent. Nach der Revolution erhoffte man sich mehr Freiheiten für zivilgesellschaftliche Akteure. Allerdings war diese Hoffnung nur eine Illusion.⁴⁷⁶ Fünf Menschenrechtsorganisationen wurden durchsucht, eine wurde gesperrt und ägyptische sowie ausländische NGO-Beschäftigte inhaftiert. Diese hätten angeblich illegale ausländische Gelder erhalten, was die nationale Sicherheit Ägyptens bedrohen würde. Auch die Medien setzen ihre Strategie fort, pro-demokratische Aktivisten und Organisationen als „spies“ *against the Egyptian State*⁴⁷⁷ darzustellen. Allerdings wurde auch schon während der Revolution eine Anti-NGO-Medienkampagne betrieben - mit der Behauptung, die Demonstranten würden ausländische Agenden verfolgen und vom Ausland finanziert werden.

So meint Mağid Adīb, Vorsitzender des “National Centre for Human Rights”: “By accusing us of receiving funds and using them in weaking Egypt’s security, the government creates an unbridgeable gab between us and ordinary citizens.”⁴⁷⁸

⁴⁷⁵ Asadova, Zuleykha (2012): Exploring the Impact of Transnational Civil Society on the Egyptian Uprising: Hast he Transnational Engagement Been a Success Story? S. 46.

⁴⁷⁶ Sika, Nadine (2012): Democratization in Egypt: The Road Not Yet Traveled.: <http://www.democracyandsociety.com/blog/wp-content/uploads/2012/05/DS.pdf>. In: Democracy and Society. Volume 9.Issue 2 Summer 2012. S. 1.

⁴⁷⁷ A.a. O. S. 30.

⁴⁷⁸ Humanitarian News and Analysis: Tough post revolution reality for NGOs in Egypt (2011): Aufrufbar unter: <http://www.irinnews.org/Report/94065/Analysis-Tough-post-revolution-reality-for-NGOs-in-Egypt>. 22.2.2013.

Aktivisten meinen zudem, dass Menschen nicht mehr nach Entwicklungsprogrammen oder nach den politischen Kampagnen Fragen stellen, sondern nur noch, woher sie ihre Förderungen erhalten: Emad Abdel Qawy, Leiter des Justice and Citizenship Society: *“This has become a very common question these days. The funny thing is that none of these ordinary citizens had asked about this funding before.”*⁴⁷⁹

Es ist somit eine große Herausforderung für NGOs nach der Revolution tätig zu werden. Seit dieser Stürmung hat sich eine Kooperation zwischen lokalen NGOs und internationalen Agenturen weiter kompliziert.⁴⁸⁰

Auch Kamāl Nabīl, Gründer und Leiter des Development and Institutionalization Support Center, meint, dass es nach der Revolution viel schwieriger ist, als NGO tätig zu sein. Viele ausländische Organisationen fürchten sich vor einer Tätigkeit in Ägypten aufgrund der Stürmung der Büros von NGOs. Somit fallen viele Förderungen und Projekte aus. Er selbst hatte vor dem politischen Umsturz dreizehn Projekte, danach allerdings nur noch eines. Nach der Auflösung des Büros für Staatssicherheit ist es für NGOs keineswegs leichter, freier zu agieren, sondern das Gegenteil ist der Fall. Mit denselben Aufgaben wurde der Nationale Sicherheitsapparat (Ġihāz al-amn al-waṭanī) betraut, welcher auch mit denselben Personen besetzt wurde. Nabil sieht darin sogar eine weitere Hürde, insofern, als man früher eine zuständige Person hatte. Diese kannte man persönlich, und konnte sich erkundigen, warum Projekte nicht genehmigt wurden. Nach der Revolution gibt es keine bestimmten Ansprechpartner mehr.⁴⁸¹

Esrā’ ‘Abd al-Fattāh meint hingegen, dass es nach dem politischen Umsturz zu etwas mehr Freiheiten gekommen ist, insbesondere was den Auftritt in den Medien betrifft. Hürden sieht Esrā’ ‘Abd al-Fattāh, Medienkoordinatorin bei „Egyptian Democratic Academy“, einer Organisation, deren Ziel die politische Bildung und Förderung der Menschenrechte ist, in dem medialen und staatlichen Diskurs, der politisch tätige NGOs als Agenden des Auslands diffamiert. Diese Strategie ist nach dem politischen Umsturz vermehrt präsent. Zwar wurden Versuche gestartet neue Gesetze zu beschließen, allerdings ist es bis dato

⁴⁷⁹ Humanitarian News and Analysis: Tough post revolution reality for NGOs in Egypt (2011): Aufrufbar unter: <http://www.irinnews.org/Report/94065/Analysis-Tough-post-revolution-reality-for-NGOs-in-Egypt>. 22.2.2013.

⁴⁸⁰ Allam, Rabha (Mai 2012): Engaging with traditional and modern Islamic NGOs in Egypt. Mai 2012. <http://media.leidenuniv.nl/legacy/policy-brief---islamic-ngos-in-egypt.pdf>. 22.2. 2013.

⁴⁸¹ Vgl. Interview Kamāl Nabīl

noch nicht zu einem Inkrafttreten neuer Gesetze gekommen. Die jetzigen Vorschriften seien die schlechtesten und diskriminierendsten NGO-Gesetze.⁴⁸²

⁴⁸² Vgl. Interview Esrā' 'Abd al-Fattāh

7. Zusammenfassende Schlussbetrachtungen

Das Konzept der Zivilgesellschaft ist äußerst komplex. Es bestehen darüber zahlreiche Debatten, die entweder den Nutzen zivilgesellschaftlicher Akteure unterstreichen oder diesen in Frage stellen. Innerhalb der arabischen Debatte gibt es eine säkulare sowie eine religiös geprägte Auseinandersetzung. Oft spiegeln die Einstellungen zum Zivilgesellschaftsmodell verschiedene Staatsbilder wider. Die säkulare Debatte lässt sich unterteilen in ein liberales und ein linksnationalistisches Konzept. Die Stärkung der Zivilgesellschaft wird als zentrales Mittel verstanden, um sich von autoritären Staatstrukturen zu befreien. Die religiös-geprägte Debatte ist heterogen: Einige Vertreter lehnen das gesamte Konzept ab, da sie es als ein westliches wahrnehmen, das nicht mit den Gegebenheiten im arabischen Raum kompatibel ist, andere wiederum lehnen es nicht per se ab, sondern möchten es in eine islamische Ordnung integrieren. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) stellen eine wichtige Form zivilgesellschaftlicher Organisationen dar. Allerdings gibt es hier Mängel sowohl hinsichtlich einer genauen Erforschung als auch der exakten Definition.

Die Beziehung zu zivilgesellschaftlichen Organisationen in Ägypten kann in drei Phasen unterteilt werden: die Ära ab Muḥammad ‘Alī bis zur Übernahme der „Freien Offiziere“, die Zeit unter Ḡamāl ‘Abd an-Nāṣir sowie die Phase ab Anwar as-Sādāt. In der Ära Mubārak sind keine ausgeprägten Unterschiede zu verzeichnen, allerdings ist die Zahl rasant gestiegen. Autoritäre Strukturen wurden zwar ausgebaut und gefestigt, aber auch Maßnahmen ergriffen, die mehr oder weniger als liberal zu bezeichnen sind, jedoch ohne die Kontrolle über diese Akteure zu verlieren.

Verschiedene Formen informeller und voluntärer Vereinigungen existierten auch vor dem 19. Jahrhundert. Die erste NGO im heutigen Sinne entstand unter Muḥammad ‘Alī. Diese war eine griechische Vereinigung, die die Interessen der zu dieser Zeit in Ägypten lebenden griechischen Minderheit vertrat. Im 19. Jahrhundert traten verstärkt Missionargruppen auf, die verschiedene Leistungen zur Verfügung stellten. Dadurch fühlte sich die ägyptische Bevölkerung bedroht, und begann nun selbst Organisationen zu gründen. Rund um die Jahrhundertwende, einhergehend mit der ägyptischen Frauenbewegung, stieg die Zahl von NGOs weiter an. Es entstanden nun auch

Organisationen, die sich mit Themen wie der Frauenemanzipation, aber auch mit sozialen und kulturellen Fragen dieser Zeit beschäftigten. Vor allem wurden sie von der ägyptischen Oberschicht geleitet, später auch von der Mittelklasse. Nicht selten waren Mitglieder der Königsfamilie in NGOs repräsentiert, was eine Patron-Klient Beziehung förderte.

In der Verfassung 1923 wurden erstmals NGO-Tätigkeiten rechtlich geregelt. Sie schrieb Bürgern das Recht zu, NGOs zu gründen. Im Jahre 1945 wurde ein Gesetz beschlossen, das NGOs einer staatlichen Kontrolle unterstellte. Zurückzuführen war dies auf den politischen Charakter vieler dieser Organisationen. Mit der Gründung des Sozialministeriums 1939 wurden NGOs nun auch einer administrativen Körperschaft unterstellt, was eine staatliche Kontrolle erleichterte.

Nach der Übernahme der „Freien Offiziere“ kam es zu restriktiveren Maßnahmen. Man versuchte, die bestehenden NGOs für sich zu gewinnen – so wurden einige dieser Akteure in staatliche Organisationen umfunktioniert oder es wurden semi-staatliche gegründet. Akteure, die sich auf irgendeine Weise der Kooptionspolitik widersetzen, wurden verfolgt – so beispielsweise die Muslimbruderschaft. Unabhängige NGOs konnten nicht bestehen. 1956 wurden Artikel aus dem Zivilrecht, die das Recht auf Vereinigung zum Thema hatten, annulliert und im Jahre 1964 ein sehr restriktives Gesetz, das politische Aktivitäten verbot, verabschiedet.

Unter Anwar as-Sādāt, der eine kontrollierte Öffnungspolitik verfolgte, hatten zwar NGOs mehr Freiheiten, allerdings nur in einem Ausmaß, das die staatliche Hegemonie nicht in Frage stellte. Die unter Abd an-Nāṣir stark verfolgte Muslimbruderschaft wurde aus der Haft entlassen und konnte Aktivitäten nachgehen. Es wurden nur bestimmte Gruppen gezielt gefördert und man versuchte oppositionelle Kräfte gegeneinander auszuspielen. Der Machterhalt und das Fortbestehen der Legitimität galten als oberstes Prinzip.

In der Ära M. Ḥusnī Mubārak erlebten neben Wohlfahrtsorganisationen, Businessvereinigungen, Unternehmer- und Wirtschaftsverbänden auch Interessensgruppen eine Vervielfachung. Insbesondere seit den 1990er Jahren sind sowohl die Zahl der Organisationen als auch ihre Aktivitätsbereiche angestiegen. Auch waren transnationale NGOs präsent. Viele dieser Akteure bewegten sich allerdings zwischen Illegalität und Legalität – so hatten diese keine staatliche Genehmigung, operierten aber trotzdem mit

ägyptischen Behörden und konnten Projekte durchführen.

In Ägypten existieren im Allgemeinen fünf verschiedene Formen von NGOs: community development associations, Interessensgruppen, islamische und koptische Organisationen sowie Businessvereinigungen.

Community development associations beschäftigen sich mit Wohlfahrtsleistungen und sind stark vom Staat kooptiert. Viele der Mitarbeiter, aber auch der Vorstandsmitglieder sind Ministeriumsbeamte. Aufgrund der mit dem Neoliberalismus einhergehenden Strukturanpassungsprogramme und des Rückzuges des Staates aus Wohlfahrtstätigkeiten sind NGOs in diesen Bereichen tätig. So beispielsweise agieren sie in der Gesundheit, der Bildung oder bieten weitere Leistungen an, welche vom Staat vernachlässigt werden.

Interessensgruppen beschäftigen sich mit verschiedenen Bereichen wie der Förderung der Menschenrechte oder der Frauenrechte. Sie stehen oft in ständiger Konfrontation mit dem Staat, allerdings werden sie ebenfalls kooptiert. Regimekritisch können sie nur in einem bestimmten Ausmaß sein.

Islamische sowie koptische Organisationen bieten ebenfalls Leistungen an. Aufgrund ihres religiösen Charakters wurden sie unter Mubārak vom Staat schikaniert. Businessvereinigungen erhielten in der Ära Mubārak die meisten Privilegien und Vorteile. Innerhalb von NGOs lassen sich auch interne Mängel erkennen. So sind diese von einer Zentralisierung der Macht geprägt. Oft kommt es auch zu Machtmissbrauch und Korruption.

Die ägyptische Verfassung (sowohl jene, die unter Mubārak rechtskräftig war, als auch die von 2012) beinhalten das Recht, Vereinigungen zu gründen. Die gesetzliche Lage ist allerdings sehr restriktiv, das geltende Gesetz ist jenes aus dem Jahr 2002. Das Ministerium kontrolliert alle Angelegenheiten der NGOs. Unter Mubārak spielte das Büro für Staatssicherheit eine zentrale Rolle in der Überwachung und Schikanie von NGOs. Auch der Ausnahmezustand erlaubte ein Vorgehen gegen zivilgesellschaftliche Akteure.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Beziehung zwischen Staat und NGOs zum einen von Korporatismus und Kooptation (man versuchte sie für sich zu gewinnen, um die Entstehung oppositioneller Kräfte zu verhindern), zum anderen von einer Restriktionspolitik geprägt ist. Allerdings werden selten breite Schichten begünstigt, sondern vielmehr bestimmte Personen und Gruppen privilegiert. Die Politik ist von

Pragmatismus und Misstrauen geprägt.

Nach dem politischen Umsturz 2011 hoffte man auf mehr Freiheitsräume für NGOs, jedoch kam es stattdessen zur Stürmung zahlreicher NGO- Büros mit der Begründung, diese hätten ausländische Fördergelder erhalten und illegale Projekte durchgeführt. Daher kann nach dem politischen Umsturz von einer Fortsetzung der restriktiven Politik gegenüber NGOs ausgegangen werden. Trotz Aufhebung des Ausnahmezustandes und Auflösung des Büros für Staatssicherheit sind keine Unterschiede zu erkennen. An der Stelle des Büros ist der „Nationale Sicherheitsapparat“ (Ġihāz al-amn al-waṭanī) getreten, welcher mit denselben Personen besetzt ist. Die größte Hürde, mit der nun NGOs zu kämpfen haben, ist der schlechte Ruf, der medial verbreitet wurde. Diese wurden beschuldigt, ausländische Agenden zu verfolgen. NGO Mitarbeiter beklagen nun ein mangelndes Vertrauen seitens der Bevölkerung. Was die gesetzliche Ebene betrifft, so ist bis dato kein neues Gesetz in Kraft getreten.

Obwohl zahlreiche Mängel im Bereich von Nichtregierungsorganisationen zu verzeichnen sind, ist die Existenz unabhängiger zivilgesellschaftlicher Akteure, die für verschiedene Interessen eintreten, sehr relevant. Denn nur so können auch Interessen abseits vom Staat verfolgt werden. Insbesondere im Bereich von Menschenrechten bzw. politischen Aktivitäten sollten sie verstärkt aktiv werden, denn eine Watchdog-Funktion dieser Akteure ist äußerst wichtig.

8. Literaturverzeichnis

Abdelrahman, Maha M. (2004): Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt. Tauris Academic Studies.

Adloff, Frank (2005): Zivilgesellschaft: Theorie und politische Praxis. Campus Verlag.

Agati, Mohamed (2007): Undermining Standards of Good Governance: Egypt's NGO Law and its Impact on the Transparency and Accountability of CSOs. The International Journal of Non-for-Profit Law.

Ägyptische Verfassung. Aufrufbar unter: <http://dostourmasr2012.com/dostour.pdf>. 23.2.2013.

Albrecht, Holger (2005): How Can Opposition Support Authoritarianism? Lessons from Egypt. Democratization. 12:3. S. 378-197.

Allam, Rabha (2012): Engaging with traditional and modern Islamic NGOs in Egypt. Al-Ahram Center for Political and Strategic Studies ACPPS. Aufrufbar unter: <http://media.leidenuniv.nl/legacy/policy-brief---islamic-ngos-in-egypt.pdf>.

Asadova, Zuleykha (2012): Exploring the Impact of Transnational Civil Society on the Egyptian Uprising: Has the Transnational Engagement Been a Success Story? Master Thesis. Central European University.

Auswärtiges Amt, Deutschland: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Aegypten/Innenpolitik_node.html. 3.3.2013.

Beck, Martin; **Harders**, Cilja; **Jünemann**, Annette; **Stetter**, Stephan (2009): Der Nahe Osten im Umbruch: Zwischen Transformation und Autoritarismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bianchi, Robert (1989): Unruly Corporatism: Associational Life in Twentieth Century Egypt. Oxford University Press.

Bizri, Dalal al- (1994): Ghramshi fi al-Diwaniya (Gramsci im Debattier-Club). Al-jadid.

Brumberg, Daniel, The Trap of Liberalized. In: Autocracy, Journal of Democracy, Vol 13, n4, October 2002, S. 57-67.

Carnegie Endowment for International Peace: Egypt's New Constitution Ratified. Aufrufbar unter: <http://egyptelections.carnegieendowment.org/2012/12/19/unofficial-results-of-the-first-round-of-egypt%e2%80%99s-december-2012-constitutional-referendum>.

Carnegie Endowment for International Peace: Egyptian Presidential Election Results. Aufrufbar unter: <http://egyptelections.carnegieendowment.org/2012/06/26/egyptian-presidential-election-results>

Chraibi, Mohamede (2012): Die Bedeutung der arabischen NGOs für die Stärkung der Zivilgesellschaft. Eine empirische Untersuchung am Beispiel Jemen. Dissertation. Westfälische Wilhelms-Universität.

CIVICUS (2005): An Overview of Civil Society in Egypt. Civil Society Index Report for the Arab

Republic of Egypt. Cairo 2005. Aufrufbar unter:
http://www.civicus.org/new/media/Egypt_Country_Report.pdf

Constitution of the Arab Republic of Egypt. Signed into law by President Mohammed Morsi on 26 December 2012. Aufrufbar unter: <http://www.icnl.org/research/library/files/Egypt/Const-2012-en.pdf>. 23.2.2013.

Dawoud, Aliaa (2011): Shifts in Treatment of Women's Rights in Egyptian Media. Journal of International Women's Studies Vol 12. (4). July 2011.

Demmelhuber, Thomas (2009): EU-Mittelmeerpolitik und der Reformprozess in Ägypten: Von der Partnerschaft zur Nachbarschaft. Nomos Verlagsgesellschaft. Band 69.

Fahmy, Ninette S. (2002) The Politics of Egypt State-Society Relationship. Taylor & Francis.

Ghalioun, Burhan (1992): „Islam and the Crisis of Social Control Reactions“: In: Hammad et al.: Islamic Movements and Democracy. Studies in Thought and Practice. Centre for Arab Unity Studies.

Gharib, Sherin (2012): Korruption in autoritären Regimen. Diplomica Verlag.

Goldin, Adrian: Corporatism, Neo-Corporatism, and Freedom of Association. Aufrufbar unter: <http://www.labourlawresearch.net/Portals/0/GOLDIN,%20CORPORATISM...%20THE%20PAPER.pdf>

Güzeldere, Ekrem Eddy (2000): Zivilgesellschaft in autoritären Staaten: Ägypten und die Türkei im Vergleich. Freie Universität Berlin. Otto Suhr-Institut für Politikwissenschaft. Diplomarbeit.

Hall, Stuart (1990): „The State in Question“. In: G. McLennan et al.: The Idea of The Modern State, Open University Press.

Hamzawy, Amr (2005): Zeitgenössisches politisches Denken in der arabischen Welt: Kontinuität und Wandel. Deutsches Orient-Institut.

Harders, Cilja (2002): Staatsanalyse von Unten (2002): Urbane Armut und politische Partizipation in Ägypten. Deutsches Orient-Institut.

Harders, Cilja (2008): Autoritarismus von Unten: Lokale Politik in Ägypten. GIGA Institut für Nahost-Studien. Nummer 12.

Hassan, Hamdy A.(2011): Civil Society in Egypt under the Mubarak Regime. In: Afro Asian Journal of Social Sciences. Volume 2. No.2.2 Quarter II 2011.

Humanitarian News and Analysis: Tough post revolution reality for NGOs in Egypt (2011): Aufrufbar unter: <http://www.irinnews.org/Report/94065/Analysis-Tough-post-revolution-reality-for-NGOs-in-Egypt>. 22.2.2013.

Hunter, Robert F. (2000): State-Society Relations in Nineteenth- Century Egypt: The Years of Transition, 1848-79. In: Middle Easter Studies. Vol. 36. No 3. Juli. Taylor & Francis Ltd. S.145-159.

Huwaidi, Fahmi (1993): ad-Dimuqratiyya wa al-islam (Die Demokratie und der Islam). Al-Ahram.

Ibrahim, Ferhad (1995): Die arabische Debatte über Zivilgesellschaft. In: Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi (1995): Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. Leske und Budrich Verlag. S. 23-

48.

Ibrahim, Ferhad (1995): Rente und Zivilgesellschaft in Ägypten. In: Ibrahim, Ferhad: Staat und Zivilgesellschaft in Ägypten. LIT Verlag. Band 19. S. 94-115.

Ibrahim, Ferhad (1995): Staat und Zivilgesellschaft in Ägypten. LIT Verlag. Band 19.

Ibrahim, Ferhad (1998): Die osteuropäischen Erfahrungen als Vorbild? Der schwierige Weg zur Demokratie im Vorderen Orient: Der Staat und der Aufbau einer Zivilgesellschaft. In: Der Vordere Orient an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. 3/98. Aufrufbar unter: http://www.buergerimstaat.de/3_98/bis983g.htm

Ibrahim, Ferhad; **Wedel**, Heidi (1995): Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. Leske und Budrich Verlag.

Ibrahim, Saad Elddin (1982): The New Arab Social Order. Croom Helm. Independent Voices. Ed. Anthony Chase and Amr Hamzawy. Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 2006. Islamic Movements and Democracy. Studies in Thought and Practice. Centre for Arab UnitStudies.

Ibrahim, Saad Eddin (1992): Al-Khuruj min ziqaq at-tarikh (Der Ausweg aus den Sackgassen der Geschichte.

Kandil, Amani (1993): Defining the Nonprofit Sector: Egypt

Kandil, Amani (1993): Salamon, Lester M.; Anheier, Helmut K.: Defining the Nonprofit Sector: Egypt. The Johns Hopkins University Institute for Policy Studies. Working Paper Number 10.

Kandil, Amani (1998): The nonprofit sector in Egypt. S. 122- 158. In: Anheier, Helmut K.; Salamon, Lester M.(1998): The nonprofit sector in the developing world. Manchester University Press.

Kassem, Maye (2004): Egyptian Politics: The Dynamics of Authoritarian Rule. Lynne Rienner Publishers.

Kausch, Kristina (2009): Defenders in Retreat: Freedom of Association and Civil Society in Egypt. FRIDE. Working Paper 82. April 2009

Kothari, Ranjni (1988): State Against Democracy in Search of Human Governance. Ajanti Publications.

Krämer, Gudrun (1986): Ägypten unter Mubarak: Identität und nationales Interesse. Nomos Verlagsgesellschaft. Band 22.

Langohr, Vicky (2004): Too Much Civil Society, Too Little Politics: Egypt and Liberalizing Arab Regimes. In: Comparative Politics. Vol. 36. No.2. S. 181-204.

Laroui, Abdullah (1981): Mafhum ad-dawla (Die Bedeutung des Staates). al-Markaz al-Thaqafi al-Arabi.

LaTowsky, Robert J. (1997): Egypt's NGO Sector, A Briefing Paper. In: Education for Development 1.4.

Levine, Andrew (1995): „Democratic Corporatism: Prospects for Secondary Associations and Democratic Governance. In: Politics and Society. 20/4. S. 487-491.

- Marroushi**, Nadine (9.2.2012): „When NGOs drop „non“ from the name“. Maṣrī al-Yūm
Aufrufbar unter: <http://www.egyptindependent.com/news/when-ngos-drop-non-name>. 27.2.2013.
- McGann**, James G.: Pushback Against NGOs in Egypt. The Middle East: New Challenges In: International Journal of Not-for-Profit Law/vol. 10, no. 4 2008/09
- Mercer**, Claire (2002): NGOs, civil society and democratization: a critical review on the literature. In: Progress in Development Studies.
- Nadine**, Abdallah Hani (2008): Civil Society in Egypt: A Catalyst for Democratization? In: The International Journal for Not-for-Profit Law.
- Narr**, Wolf-Dieter (1994): Wie viel Entwicklung kann sozialwissenschaftliche Theorie ertragen? Am Exempel Zivilgesellschaft. Einige sachlich notwendige polemische Notate. In: Das Argument. 36. Jg., H.4/5. S. 587-597. Juli-Oktober.
- Nelson**, Paul (1995): The World Bank and Non-Governmental Organizations. The Limits of Apolitical Development. Macmilan Press Ltd.
- Nohlen**, Dieter; **Schultze**, Rainer-Olaf (2005): Lexikon der Politikwissenschaft. Verlag C.H. Beck. Band 1 A-M.
- Nohlen**, Dieter; **Schultze**, Rainer-Olaf (2005): Lexikon der Politikwissenschaft. Verlag C.H. Beck. Band 2 N-Z.
- Ottaway**, Marina (2003): Democracy Challenged: The Rise of Semi-Authoritarianism. Carnegie Endowment for International Peace.
- Pawelka**, Peter (1985): Herrschaft und Entwicklung im Nahen Osten: Ägypten. C.F. Müller Juristischer Verlag.
- Powell**, Mike; Seddon, D. (1997): „NGOs and The Development Industry“. In: Review of African Political Economy. 71. S. 3-10.
- Pratt**, Nicola (2001): Human Rights NGOs and the „Foreign Funding Debate“ in Egypt. In: Globalization and the Postcolonial State: Human Rights NGOs and the Prospects for Democratic Governance in Egypt. Dissertation. Aufrufbar unter: http://www2.warwick.ac.uk/fac/soc/pais/people/pratt/publications/foreign_funding_final_version.pdf. 20.2.2013.
- Richter**, Carola (2011): Medienstrategien ägyptischer Islamisten im Kontext von Demokratisierung. Frank and Time.
- Sayyid**, Mustapha K. (1993): A Civil Society in Egypt? In: Middle East Journal 47 (2). S. 227-242.
- Schlumberger**, Oliver (2008): Autoritarismus in der arabischen Welt: Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung. Nomos Verlagsgesellschaft.
- Schmidt**, Renate (2006): Politische Regime im Nahen und Mittleren Osten. WeltTrends Lehrtexte. Band 7. Universitätsverlag Postdam.
- Schmitter**, Philippe C. (1974): Still the Century of Corporatism? In: Review of Politics 36 (1). S. 85-131.

Schmitter, Phillipe; G.Lehmbruch (1979): Trends Toward Corporatist Intermediation. Sage Publications.

Sika, Nadine (2012): Democratization in Egypt: The Road Not Yet Traveled.: Society. Volume 9. Issue 2 Summer 2012.

Skocpol, Theda (1979): States and Revolutions. Cambridge University Press.

Strohmeyer, Edda A. (2007): Stabilität, Friede und Demokratie im Nahen Osten? 25 Jahre Ägypten unter Hosni Mubarak. Nomos Verlagsgesellschaft. Band 147.

The Constitution of the Arab Republic of Egypt, 1971 (as Amended to 2007). Aufrufbar unter: <http://www.constitutionnet.org/files/Egypt%20Constitution.pdf>. 20.2.2013.

The International Center for Not-for-Profit Law: NGO Law Monitor: Egypt. Aufrufbar unter: <http://www.icnl.org/research/monitor/egypt.html>. 20.2.2013.

Transparency International (2009): National Integrity System Study. Egypt 2009. Aufrufbar unter: http://www.transparency.org/policy_research/nis/nis_reports_by_country/africa_middle_est. 25.2.2013.

UNDP (2008): Egypt Human Development Report: Egypt's Social Contract: The Role of Civil Society. Aufrufbar unter: http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/arabstates/egypt/2008_Egypt_nhdr_en.pdf. 25.2.2013.

Wahba, Mourad (1994): The Role of the State in the Egyptian Economy 1945-1981. Ithaca Press.

Walzer, Michael (1995): „The Concept of Civil Society“ In: M. Walzer: Toward a Global Civil Society. Berghahn Books.

Walzer, Michael (1995): Toward a Global Civil Society. Berghahn Books.

Zaki, Moheb (1994): Civil Society & Democratization in Egypt, 1981-1994. Konrad-Adenauer Stiftung/The Ibn Khaldoun Center.

Interviews:

- Kamāl Nabīl, Gründer und Leiter des Development and Institutionalization Support Center (DISC), Egypt
- Esrā' 'Abd al-Fattāh, Medienkoordinatorin, Egyptian Democratic Academy und politische Aktivistin
- Journalist, Maṣrī al-Yūm

9. Anhang

9.1 Allgemeine Fakten

9.1.1 Key Indicators

Population	83,688,164 (July 2012 est.)
Capital	Cairo
Type of Government	Republic
Life Expectancy at Birth	72.93 years
Literacy Rate	72.04%
Religious Groups	Muslim (mostly Sunni) 90%, Coptic 9%, other Christian 1%
Ethnic Groups	Egyptian 99.6%, other 0.4% (2006 census)
GDP Per Capita	\$6,500 (2011 est.)

9.1.2 NGO Law Monitor at a Glance

Organizational Forms	Associations, Foundations, and Not-for-Profit Companies
Registration Body	Ministry of Social Solidarity and Justice(associations and foundations) Ministry Industry and Trade (not-for-profit companies)
Approximate Number	24,500 (2007 estimate). This number includes associations, foundations, non-profit companies, and unions.

Barriers to Entry	Registration is mandatory; informal (unregistered) associations are prohibited. Grounds for denial of registration are overly vague, inviting the exercise of excessive government discretion.
Barriers to Activities	Requirements relating to the General Assembly meetings invite interference in internal affairs of the association. Grounds for dissolution are overly vague, inviting the exercise of excessive government discretion. Sanctions for legal violations include imprisonment.
Barriers to Speech and/or Advocacy	The law prohibits NGO engagement in “political activities” – which has been used to limit NGO advocacy activity. Criminal defamation laws have been used to silence critics of the Government.
Barriers to International Contact	Advance Ministry approval is required to join or affiliate with a foreign organization.
Barriers to Resources	Advance Ministry approval is required to receive foreign funds or funds from Egyptian individuals abroad.

9.1.3 International Rankings

Ranking Body	Rank	Ranking Scale (best – worst possible)
<u>UN Human Development Index</u>	113 (2011)	1 – 182
<u>World Bank Rule of Law Index</u>	42.7 (2011)	100 – 0
<u>World Bank Voice & Accountability Index</u>	16.0 (2011)	100 – 0
<u>Transparency International</u>	118 (2012)	1 – 180
<u>Freedom House: Freedom in the World</u>	Status: Not Free Political Rights: 6	Free/Partly Free/Not Free

Civil Liberties: 5 (2012) 1 – 7
1 – 7

[Foreign Policy: Failed States Index](#)

31 (2012)

177– 1

9.1.4 Legal Snapshot - International and Regional Human Rights Agreements

Key International Agreements	Ratification*	Year
International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR)	Yes	1982
Optional Protocol to ICCPR (ICCPR-OP1)	No	--
International Covenant on Economic, Social, and Cultural Rights (ICESCR)	Yes	1982
Optional Protocol to ICESCR (OP-ICESCR)	Yes	1957
International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination (ICERD)	Yes	1967
Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW)	Yes	1981
Optional Protocol to the Convention on the Elimination of Discrimination Against Women	No	--
Convention on the Rights of the Child (CRC)	Yes	1990
International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of their Families (ICRMW)	Yes	1993
Convention on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD)	Yes	2008

Key Regional Agreements	Ratification*	Year
Arab Charter on Human Rights	Yes	2004 (signed but not ratified)
African Charter on Human and Peoples' Rights	Yes	1984
African Charter on the Rights and Welfare of the Child	No	--
Treaty Establishing the African Economic Community	No	--
Protocol to the African Charter on Human and Peoples' Rights on the Rights of Women in Africa	No	--
Protocol to the African Charter on Human and Peoples' Rights on the Establishment of an African Court on Human and Peoples' Rights	No	--

Quelle: The International Center for Not-for-Profit Law: NGO Law Monitor: Egypt. Aufrufbar unter: <http://www.icnl.org/research/monitor/egypt.html>. 20.2.2013.

9.2 Interviewleitfäden

9.2.1 Interview Journalist, Maṣrī al-Yūm

Interview 2.1.2013 21:00 auf Arabisch durchgeführt, Journalist Maṣrī al-Yūm

- What has changed for you as a journalist after the Egyptian revolution? What are the differences between working as a journalist during the era of Mubārak and afterwards? Which restrictions do journalists still have to cope with? Are there any differences concerning your working method after closing the State Security Investigations Bureau and after lifting the state of emergency? Which differences have you personally realized in your daily work?
- Do you think NGOs were influential in the Egyptian uprisings?
- Did the number of NGOs in Egypt increase after the Egyptian revolution? Are there any new laws concerning NGO regulations? How do these laws/regulations affect the daily work of NGOs?

- What do you think about this statement “NGOs which receive foreign funds pursue foreign agendas and therefore are considered to be dangerous”?

9.2.2 Interview Kamāl Nabīl , Gründer und Leiter des Development and Institutionalization Support Center

Interview, 4.2.2013 12:30 auf Arabisch durchgeführt, Kamāl Nabīl , Leiter und Gründer des „Development Institutionalization Support Centers“

- What has changed for NGOs after the Egyptian revolution? What are the differences between working as a NGO activist in the era Mubārak and afterwards? Which restrictions do they still have to cope with? Are there any differences concerning your working method after closing the State Security Investigations Bureau and after lifting the state of emergency? Which differences have you personally realized as an NGO member and founder?
- Do you think NGOs affected the Egyptian uprisings?
- Did the number of NGOs in Egypt increase after the revolution? Are there any new laws concerning NGO regulations? How do these laws affect the daily work of NGOs?
- What do you think about this statement “NGOs which receive foreign funds pursue foreign agendas and therefore are considered to be dangerous”?

9.2.3 Interview Esrā’ ‘Abd al-Fattāh , Medienkoordinatorin, Egyptian Democratic Academy und politische Aktivistin

Interview Esrā’ ‘Abd al-Fattāh , 6.2. 2013 Medienkoordinatorin „Egyptian Democratic Academy“

- What has changed for NGOs after the Egyptian revolution? What are the differences between working as an NGO activist in the era of Mubārak and afterwards? Which restrictions do they still have to cope with? Are there any differences concerning your working method after closing the State Security Investigations Bureau and after lifting the state of emergency? Which differences have you personally realized as an NGO member?

- لقد زاد عدد منظمات المجتمع المدني المسجلة رسمياً طبقاً لقانون الدولة كما زادت المبادرات وبدأ عدد كبير منها العمل على توعية المواطنين واصبح تواجدتها في الشارع المصرى على نطاق اوسع وزاد عدد المتطوعين في تلك المنظمات.
- بالنسبة للقيود المفروضة على المنظمات فمازالت كما هي دون تغير لان القوانين لم تتغير

- ولكننا لم نلاحظ تغير كبير في الوضع بعد حل جهاز مباحث أمن الدولة لانه قد حل محله جهاز الأمن الوطنى بنفس الاشخاص السابقين
- بالسبة لى ولعدد كبير من الافراد الوضع اصبح افضل بقليل واصبحت اتمتع بحرية اكبر خاصة فى الظهور فى وسائل الاعلام.

- What are the specific activities of the Egyptian Democratic Academy? How did your organization contribute to the revolution? What are the challenges for the Egyptian Democratic Academy?

- المعهد يعمل بصفة اساسية على نشر مبادئ الديمقراطية وحقوق الإنسان ونشر الابدلوجيات والمفاهيم السياسية والتسامح. وقد قام المعهد قبل الثورة بنشر التوعية السياسية بين المواطنين والتعليم المدني بالإضافة الى الحشد الى المظاهرات فى 25 يناير. ويقوم المعهد بتقديم المشاريع والتقارير لدعم التحول الديموقراطى فى مصر ونشر المفاهيم السياسية والتعريف بالمعايير الدولية لحقوق الانسان. كما يقوم المعهد بعمل عدد من الدراسات والتقارير عن اداء مرسى والحكومة وعدد من التقارير الدورية.
- نواجه عدد من العقبات خصوصا فيما يتعلق بالامن والدعاية ضد منظمات المجتمع المدني والاتهامات بالعمالة لصالح اجندات اجنبية

- Do you think NGOs were influential in the Egyptian uprisings?

- بالتأكيد كانت تلك المنظمة صاحبة تأثير كبير على الثورة المصرية بما ساهمت به من نشر للوعى واطلاع المواطنين على ثورات الشعوب الاخرى وتنظيم الحملات والمدافعة. والدليل على ذلك هو استهداف منظمات المجتمع المدني بعد الثورة من قبل الحكومات المختلفة.

- Did the number of NGOs in Egypt increase after the revolution? Are there any new laws concerning NGO regulations? How do these laws affect the daily work of NGOs?

- تم الاجابة على هذه الاسئلة ضمنا فيما سبق. ويعد قانون الجمعيات الاهلية فى مصر أسوء القوانين الموجودة وتم طرح مشاريع قوانين على مجلس الشعب السابق لكن اى منها لم تتم مناقشته. وبعض المشاريع المطروحة خاصة من الحكومة هو مسودة سيئة للغاية تعرقل من عمل منظمات المجتمع المدني فى مصر وتحد منه

- What do you think about receiving foreign funds? Do you consider this type of financial aid as a problem? What do you think about this statement “NGOs which receive foreign funds pursue foreign agendas and therefore are considered to be dangerous”?

فى مصر تعتبره الحكومة مشكلة كبيرة وتحاول الكومة ان تروج بين المواطنين خطورة المنظمات التى تأخذ تمويلها من الخارج واتهامها بالعمالة لصالح تنفيذ اجندات اجنبية وانهم يعملون على نشر الفوضى.

وكل هذه الاتهامات كلام فارغ لا اساس له من الصحة وانما هى محاولات من الحكومة لاختافة الناس من تلك المنظمات.

10. Abstract

Die vorliegende Diplomarbeit setzt sich mit dem Phänomen der Zivilgesellschaft am Beispiel Ägyptens auseinander. Im Mittelpunkt steht eine Analyse von Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Zwei Fragestellungen werden im Laufe der Untersuchung erläutert: Einerseits wird die Beziehung zwischen Staat und NGOs bzw. Staat und Zivilgesellschaft seit dem 19. Jahrhundert analysiert, andererseits werden die Unterschiede, die sich für NGOs nach dem politischen Umsturz 2011 in Ägypten ergeben haben, behandelt.

Die staatliche Beziehung zu zivilgesellschaftlichen Akteuren ist insbesondere seit Ġamāl ‘Abd an-Nāṣir korporatistisch geprägt. Man versuchte NGOs für sich zu gewinnen, um Macht und Legitimität weiter auszubauen. Es konnten keine unabhängigen Organisationen entstehen. Nāṣir ging auch sehr stark gegen Akteure, die eine Vereinnahmung ablehnten, vor. In dieser Zeit wurde ein restriktives Vereinsgesetz verabschiedet. Anwar as-Sādāt erlaubte im Zuge seiner partiellen politischen Öffnung mehr Freiheitsräume, allerdings nur für bestimmte Gruppierungen, die für den Machterhalt relevant waren und die seine Autorität nicht in Frage stellten. Unter M. Ḥusnī Mubārak kam es zu einer Vervielfachung von NGOs und es wurden vermehrt Freiheiten gewährt. Dies erfolgte jedoch ebenfalls aus Gründen des Machterhalts. NGOs bewegten sich zwischen Kooptation und Restriktion.

In Ägypten existieren verschiedene Formen von Nichtregierungsorganisationen. Einteilen lassen sich diese in Entwicklungsorganisationen (community development associations), welche für Bedürftige Leistungen anbieten, Interessensgruppen (advocacy organisations), wie beispielsweise Frauen – oder Menschenrechtsorganisationen, religiös-geprägte, unter diesen fallen sowohl islamische als auch koptische Organisationen, welche in der Regel Wohltätigkeitsorganisationen sind, sowie Businessorganisationen.

Was die gesetzliche Lage betrifft, so ist diese sehr restriktiv. NGO Aktivitäten werden stark kontrolliert. Zudem sind interne Mängel, wie Mangel an Demokratie und Transparenz, Machtmissbrauch, Korruption oder Zentralisierung der Macht bedeutende Probleme von NGOs.

Dass trotz dieser Mängel ein Wandel herbeigeführt werden konnte, zeigt der politische Umsturz 2011. NGOs hatten insofern einen Einfluss, als sie auf verschiedene Probleme

aufmerksam machten. Zudem spielten sie auch eine wichtige Rolle bei den Demonstrationen, die zum Rücktritt Mubāraks führten. Die Lage für NGOs nach dem politischen Umsturz hat sich jedoch nicht gebessert, sondern sogar verschlechtert, da man ihnen vorwirft, sie würden ausländische Agenden befolgen.

11. Curriculum Vitae

Persönliche Daten

Name: Mag.^a Sherin Gharib
E-Mail: sherin_gharib@hotmail.com
Geburtsort: Kairo, Ägypten
Staatsbürgerschaft: Österreich

Bildungsweg

<i>Seit 2006</i>	Studium der Arabistik und Islamwissenschaft; Universität Wien
<i>2006 – 2011</i>	Studium der Politikwissenschaft; Universität Wien, Abschluss mit Auszeichnung
<i>1998 – 2006</i>	GRG III, Hagenmüllergasse 30, 1030 Wien
<i>1994 – 1998</i>	Volksschule Erdbergstraße 76, 1030 Wien

Berufliche Erfahrungen

<i>Seit 2013</i>	Praktikum, Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP)
<i>Seit 2012</i>	Wirtschaftsuniversität Wien, (WU)
<i>2011-2012</i>	Stipendienstelle Wien
<i>2011</i>	Praktikum - Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK); LVAK
<i>2009 -2010</i>	Österreichisch- Ägyptische Handelskammer

Sprachkenntnisse

Deutsch, Arabisch, Englisch, Französisch

Publikationen

Mitwirkung: IFK Aktuell Konfliktlinien im Nahen Osten – Krisenmanagement als Stabilitätsgarant? Mai 2011.

Korruption in autoritären Regimen: Eine kritische Analyse der Korruption und der Korruptionsbekämpfung in Ägypten. Diplomica Verlag. 2012.

Mitverfasserin: Polis aktuell: Korruption. 01/2013.